Nr. 293. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

10 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 7,50 Mk., monatl. 2,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 5,75 Mk., für das übrige Ausland 9,75 Mk., bei täglich einmaliger Zustellung 7,75 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,20 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 11. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Der Senat gegen Wilson.

Der amerikanische Senat befiehlt die Drucklegung des Friedesvertrages.

Eine schwere Niederlage Wilsons.

Versailles, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Der „Temps" meldet aus Washington: Der Präsident Wilson hat dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ein Telegramm gesandt, das eine Untersuchung darüber verlangt, daß sich Personen im Besitze des Wortlauts des Friedensvertrages befinden, die keineswegs befugt waren, sich den Wortlaut zu verschaffen. Es sei von höchstem Interesse, den Wortlaut eines Dokuments nicht zu veröffentlichen, das gegenwärtig noch Gegenstand von Verhandlungen und änderungsfähig ist. Wilson sei sich vollständig bewußt, daß seine Ehre auf dem Spiele stehe. Er sei in dieser Angelegenheit im selben Sinne und in derselben Weise amtlich festgelegt, wie die Vertreter der anderen Großmächte. Er sei davon überzeugt, daß seine Landesgenossen nicht von ihm erwarten, daß er das gegebene Wort verletze und er hoffe, daß die Untersuchung gründlich durchgeführt wird.

Und unmittelbar unter diesem Telegramm Wilsons bringt der „Temps" aus Washington folgendes Telegramm: Als Antwort auf die Beschuldigung, daß die Kopie des Friedensvertrages nicht authentisch sei, begann der Senator Borah (?) den Vertrag von der Tribüne des Senats aus zu verlesen. Die Demokraten versuchten, diese Verlesung als reglementswidrig zu verhindern, aber der Senat beschloß mit 49 gegen 24 Stimmen, dem Senator die Erlaubnis zu erteilen, die Verlesung fortzusetzen, worauf Borah während einer Stunde weiter las. Alsdann gaben die Senatoren, die der Verlesung Widerstand geleistet hatten, nach. Daraufhin gab der Senat den Befehl mit 47 gegen 24 Stimmen, daß der Druck des Vertrages als öffentliches Dokument vorgenommen werde.

Also doch Vergewaltigung der Wilson-Ideale

Ein vielsagendes Dementi.

Amsterdam, 10. Juni. Der Pariser Korrespondent der „Daily News" meldet, er sei ermächtigt, der Behauptung entgegenzutreten, daß Wilson erklärt habe, der Friedensvertrag sei vollständig in Uebereinstimmung mit den 14 Punkten. Wilson habe niemals, weder öffentlich noch privat, irgend etwas Derartiges gesagt.

Entgegenkommen der Entente.

Die Frage der deutschen Kolonien.

Amsterdam, 10. Juni. (T. K.) Wie die „Daily Mail" aus Paris berichtet, wird die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge ein sehr umfangreiches Dokument darstellen und dreihundertfünfzig engbeschriebene Seiten umfassen.

Aus offiziös inspirierten Mitteilungen an die englische Presse läßt sich mit Gewißheit erkennen, daß die Alliierten in ihrer Note Zugeständnisse von einschneidender Bedeutung an Deutschland machen werden und daß darüber auch bereits im Viererrat völlige Einigkeit erzielt worden ist.

Haag, 10. Juni. (H. N.) Aus London wird gemeldet: „Daily Expreß" erfährt aus Paris: Falls, wie jetzt feststehen scheint, Deutschland im nächsten Oktober als Mitglied des Völkerbundes in Washington vertreten sein wird, dann wird die Besatzungsarmee sofort aus dem Rheinland zurückgezogen werden, anstatt dort 15 Jahre zu bleiben. Diese Tatsache ist vom industriellen Standpunkt von allergrößter Bedeutung. Diese Regelung wird von Lloyd George und Wilson kräftig befürwortet. Die Amerikaner in Paris sind davon überzeugt, daß der Senat das Abkommen ratifizieren wird, aber vielleicht wird die allgemeine Ratifizierung durch alle Beteiligten so spät kommen, daß die Möglichkeit einer Zusammenkunft schon im Oktober wenig wahrscheinlich ist und der Termin für diese Zusammenkunft einige Wochen später festgesetzt wird. Mit dem Wert der deutschen Kolonien ist jetzt bereits bei der Einschätzung der Entschädigung gerechnet worden. Der Wert der deutschen Kolonien ist auf 5 Milliarden Pfund Sterling geschätzt worden. Das stellt genau die Summe dar, welche nach Angabe der deutschen Delegation selbst von Deutschland gezahlt werden kann.

Der letzte Satz ist einigermaßen unklar: Soll das heißen, daß Deutschland anstelle von in bar zu leistenden Zahlungen seine Kolonien abgeben soll oder wird damit die Alternative eröffnet: entweder Entschädigung in Gold oder Waren — oder Verlust der Kolonien.

Parteitag und auswärtige Politik.

Weimar, 10. Juni 1919.

Der politisch bemerkenswerteste Vorgang der ernsten und sachlichen Sitzung, mit der heute der Parteitag eröffnet wurde, ist der Beschluß, das Thema: „Auswärtige Politik" als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und den Genossen Ed. Bernstein mit dem Referat hierüber zu betrauen. Sachlich läßt sich der Beschluß kaum rechtfertigen, weil die auswärtige Politik wohl beim Fraktionsbericht und beim Referat Scheidemann selbstverständlich mit zur Diskussion steht. Der Antrag von Teltow-Beeskow hätte denn auch kaum eine Mehrheit erzielt, wenn nicht das persönliche Element bei der Entscheidung der Delegierten mitgesprochen hätte. Das zeigte sich bei der Abstimmung, die lange zweifelhaft blieb, wo es sich um die sachliche Trennung der Materien handelt, aber eine an Einstimmigkeit grenzende Mehrheit ergab, als es an die Bestimmung des Referenten ging. Der Parteitag wollte offenbar zeigen, daß er keine Schablonisierung der Debatten wünscht, sondern Meinungen, die von den allgemein herrschenden abweichen, sehr gern hören will. Viele wollten aber auch ihre Genugtuung dahin zum Ausdruck bringen, daß der alte Kämpfer Ed. Bernstein wieder in unseren Reihen steht. Der Parteitag feierte durch seinen Beschluß eine Wiedervereinigung im kleinen und bewies dadurch, daß er seinen Gefühlen nach die Wiedervereinigung im großen will, daß er sie aber freilich nur will auf dem alten Boden sozialdemokratischer Grundsätze. Wenn wir für diese Art von Einigung eintraten, spotteten die Unabhängigen, wir forderten sie zur Rückkehr in den Schoß der allein seligmachenden Kirche auf. Das Beispiel Ed. Bernsteins zeigt, daß eine so ernste Frage nicht mit frivolen Witzeleien erledigt werden kann. Bernstein hat sich mit schlichter Selbstverständlichkeit wieder eingefunden, ohne daß ihm von irgend einer Seite das geringste Opfer der Ueberzeugung zugemutet worden wäre, und die Partei hat ihn sogleich eingeladen, vor ihrem höchsten Forum die Meinung zu vertreten, die er für die richtige hält. Damit ist gesagt, daß jeder, der Sozialdemokrat geblieben ist, der die demokratischen Grundforderungen der Partei noch nicht preisgegeben hat, seinen vorbehaltlosen Platz in der sozialdemokratischen Partei findet. Die alte Partei ist und bleibt der Sammelpunkt aller wirklichen Sozialdemokraten. Sie will die Kritik nicht unterdrücken, verschiedenen Meinungen in ihrem Rahmen Raum gewähren — nur die Einigung mit Leuten, die nicht mehr Sozialdemokraten sind, hält sie für unmöglich. Das kam auch im Referat von Wels zu klarem Ausdruck.

Das ist der Sinn der heute gefaßten Beschlüsse. Bernstein wird nach Scheidemanns Referat über die Aufgaben der Partei in einstündiger Redezeit über die auswärtige Politik sprechen. Die Debatte über beide Punkte wird zusammengelegt.

Wutgeschrei der französischen Presse.

Genf, 10. Juni (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Meldung, daß Deutschland im Oktober in den Völkerbund aufgenommen werden soll, veranlaßt die französische Presse zu lebhaften Protesten. Im „Echo de Paris" schreibt Pertinax unter der Ueberschrift: „Deutschland beginnt zu lächeln", der Friedensvertrag sei in Gefahr. „Echo de Paris" sieht sich genötigt, die außerordentliche Wirksamkeit des Begleitschreibens vom 29 Mai anzuerkennen, nach dessen Ueberreichung der deutsche Himmel sich aufklärt habe. Das Blatt sieht Frankreich den Sieg entgleiten und fordert die Regierung auf, durch eine energische Tat den Sieg wieder herzustellen. Es ist bezeichnend, daß 54 Zeilen des Artikels von der Zensur gestrichen sind. In gleichem Sinne schreibt der „Matin" unter der Ueberschrift: „Der französische Sieg ist in Gefahr". Infolge der deutschen Gegenvorschläge und der Kampagne der englischen Zeitungen sei eine radikale Aenderung des Geistes des Friedensvertrages zu befürchten, so daß es weder Sieger noch Besiegte gebe und das geschlagene Deutschland leicht gerettet neben dem siegreichen Frankreich stehe. Die „Humanité" legt ein warmes Wort für Toller ein und bittet im Namen der französischen Sozialisten die Regierung Hoffmann, sich nicht mit seinem Blute zu beflecken.

Besetzung Malmedys durch die Belgier.

Haag, 10. Juni. (HN.) Aus Brüssel wird gemeldet: Man berichtet, daß die belgischen Truppen am Donnerstag Malmedy besetzen werden.

Die Akten über die Armenierfrage.

In der Zeit zwischen Frühjahr und Ende des Jahres 1915 spielten sich auf den verschiedenen mit Armeniern besiedelten Plätzen des türkischen Gebietes furchtbare Dinge ab. Große Teile des armenischen Volkes, Frauen und Kinder einbegriffen, wurden unter dem Vorwande von Kriegsnotwendigkeiten und als Strafe für das Verbrechen einzelner Armenier deportiert und sind in Massen getötet oder tödlich dem Hunger und den Strapazen ausgesetzt worden. Diese entsetzliche Tragödie der Armenier ist in Deutschland nicht bekannt geworden, weil die Zensur des alten Regimes jede Veröffentlichung darüber unterdrückt hat. Im Ausland wurde aus der erzwungenen Schweigsamkeit der deutschen Oeffentlichkeit heterisch eine Mitschuld des deutschen Volkes an den fürchterlichen Vorgängen konstruiert. Das danken wir den alten Gewalthabern.

Für die Ausrottung des größten Teiles des armenischen Volkes gibt es keine Beschönigung. Dieser in der neueren Geschichte unerhörte Vorfall ist ein Gewaltakt brutalster Art gewesen. Wenn wir das aussprechen, so wissen wir, daß damit nichts Böses gegen das türkische Volk selbst gesagt ist. Denn dieses mit uns heute noch durch warme freundschaftliche Gesinnung verbundene Volk hat über die Urheber und Organisatoren der Grausamkeiten gegen die Armenier stets ebenso geurteilt wie wir.

Jetzt hat Dr. Johannes Lepsius, ein bekannter Armenierfreund, eine Sammlung diplomatischer Aktenstücke (Deutschland und Armenien, Tempelverlag Potsdam) veröffentlicht, die uns nicht nur einen großen Ueberblick über die Summe von Scheußlichkeiten, durch die ein großer Teil des intelligenten Volkes im vorderen Orient vernichtet worden ist, verschaffen, sondern auch dartun, daß seitens der deutschen Regierung alles geschehen ist, was zum Schutze der Armenier von ihrer Seite aus möglich war. Diejenigen Armenier, für deren Rettung die deutsche Kraft nicht ausreichte, haben sich einer geradezu rührenden Fürsorge durch die deutschen Konsuln im Innern Klein-Asiens erfreut.

Als die Hauptschuldigen der Armeniermassakres werden allgemein die ehemaligen Großwesire Said Halim Pascha und Talaat Pascha, ferner der Kriegsminister Enver Pascha und der Marineminister Djemal Pascha angesehen. Sie hatten in der Provinz zuverlässige Freunde und Helfer, die ihrerseits einen Apparat korrumpierter Unterführer mit ausreichenden Scharen bedenkenloser Bewaffneter zur Hand hatten, um die geplanten Maßnahmen zuverlässig durchzuführen.

Der formale Gang der Ereignisse war in der Regel der: unter dem Vorwand der Gefährdung der militärischen Sicherheit der Türkei wurden zuerst die armenischen Notabeln verhaftet und meist für immer stumm gemacht. Dann wurde die Entwaffnung der männlichen Armenier durchgeführt und die dann waffenlose Bevölkerung in der Richtung auf Mesopotamien zu abzutransportiert. In vielen Fällen wurden gleich bei Beginn des Transportes die Männer abseits getrieben und ermordet. Jüngere Frauen wurden vergewaltigt und in türkische Harems verkauft, die Kinder, soweit sie nicht schon umgebracht oder verhungert waren, wurden vielfach in mohammedanische Waisenhäuser geschleppt, um sie, wie ehemals die Janitscharen, zu islamisieren. Die Karawanen, die in der mesopotamischen Ebene ankamen, waren meist nur noch kümmerliche, verelendete Reste der früher aus ihren Heimatdörfern abgetriebenen Armenier. Man rechnet, daß mehr als zwei Drittel der türkischen Armenier in jenen Schreckensjahren ihr Leben lassen mußten.

Die deutsche Botschaft und alle deutschen Konsuln in der Türkei ohne Ausnahme haben ihr Bestes getan, um die gefährdeten Armenier zu schützen. Daß sie, als fremde Vertreter, das Fürchterliche nicht gewaltsam verhindern konnten, wurde zweifellos von niemand mehr beklagt, als von ihnen selbst. Freiherr von Wangenheim, der in der Hauptperiode jener Geschehnisse als deutscher Botschafter in Konstantinopel amtierte, ist dabei, wenigstens im Anfange der Deportationen, häufig von den türkischen Staatsmännern getäuscht worden. Seine Proteste lassen das ebenso erkennen, wie seine Berichte. „In Pera kennt man nur das europäische aber nicht das asiatische Gesicht der Türkei" sagt Lepsius indigniert. Wangenheim hat aber bald gelernt, auch das „asiatische Gesicht" zu sehen. Seine anfangs mit höflicher Zurückhaltung formulierten Proteste wurden

immer eindringlicher und schließlich zu offenen Anklagen gegen die Pforte. Charakteristisch ist, daß seine Proteste häufig genug gerade die entgegengesetzte Wirkung des Gewollten ausgelöst haben. Als er gegen die Massenausweisungen in Cilizien vorstellig wurde, war „die ungewollte Folge dieses Schrittes die Enthebung des Walis Djelal Pascha von Aleppo, des einzigen Walis, der in seinem Wilajet sich den Maßregeln der Regierung mit Erfolg widersetzt hatte."

Deutschland hatte bis zum Eintritt Bulgariens in den Krieg (5. Oktober 1915) keinerlei Machtmittel in der Türkei, um seinen Wünschen bei der Pforte Nachdruck zu verleihen. Im Innern von Anatolien gab es, von einzelnen Offizieren abgesehen, die den türkischen Oberkommandos zugeteilt waren, überhaupt keine deutschen Truppen.

Die verantwortlichen Männer in Konstantinopel kannten diese Schwäche sehr wohl und wußten auch, daß der Kriegszustand anderen Mächten eine Intervention unmöglich machte. Talaat Bey sagte damals, daß die Pforte den Weltkrieg dazu benutzen wolle, um mit ihren inneren Feinden — den einheimischen Christen — gründlich aufzuräumen, ohne dabei durch die diplomatische Intervention des Auslandes gestört zu werden. Die deutsche Botschaft in Konstantinopel sah die Folgen voraus, die die Ausrottung der Armenier für die Türkei haben mußte. Sie schrieb an das türkische Ministerium: „es sei vorauszusehen, daß mit dem Friedensschluß die armenische Frage von neuem zum Vorwand dienen wird, um sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei zu mischen. Die Botschaft hält es für dringlich, den Provinzialbehörden peremptorische Befehle zugehen zu lassen, daß sie wirksame Maßnahmen treffen, um Leben und Eigentum der verschickten Armenier sicher zu stellen sowohl auf dem Transport als auch in den neuen Wohnsitzen." Doch alles war in den Wind geredet. Es war unmöglich, die verbündete Regierung von dem verhängnisvollen Wege abzubringen. Man mußte ihr „die Verantwortung für die politischen und wirtschaftlichen Folgen dieser Maßregel überlassen".

Das Buch Lepsius stellt einen sicheren Beweis dafür dar, daß Deutschland niemals mit den Greueln gegen die Armenier anders zu tun gehabt hat, denn als Beschützer der unglücklichen Opfer.

Aus diesem Buche geht auch hervor, daß jene Untaten, die letzten Endes als Verbrechen gegen das türkische Volk selbst wirken mußten, allein von den damaligen Herrschern der Türkei und von ihren Kreaturen zu verantworten sind. Das türkische Volk in seiner Gesamtheit hat sich niemals aktiv daran beteiligt. Es war allerdings auch zu schwach, um gegen die bewaffneten Banden der Plünderer und Räuber, die aus Habsucht die ihnen erteilten Befehle zur Tötung der Armenier ausführten etwas unternehmen zu können. Es gibt jedoch allenthalben europäische Zeugen, die von der Hilfsbereitschaft türkischer Einwohner gegenüber den Deportierten reden können.

Wenn man die Frage der Schuld genau fassen will, so darf man nicht über Bausch und Bogen urteilen. Man muß differenzieren. Fest steht zunächst, daß das deutsche Volk von den fürchterlichen Ereignissen des Jahres 1915 fast garnichts weiß. Die himmelhohe Mauer der deutschen Regierungszensur ließ keinerlei öffentliche Nachrichten durch. Durch die veröffentlichten Aktenstücke ist ferner dargetan, daß die diplomatischen Vertretungen Deutschlands alles getan haben, was in ihrer Kraft stand, um die Maßnahmen gegen die Armenier zu konterkarrieren und den Armeniern Schutz und Hilfe zu leisten. Das ist von maßgebenden armenischen Führern offen ausgesprochen worden. Weiterhin ist es ein großes Unrecht, das türkische Volk in seiner Gesamtheit für die Armenievernichtung verantwortlich machen zu wollen.

Die Schuld liegt bei wenigen, damals mächtigen und allmächtigen Persönlichkeiten der Türkei. Aber auch hier muß noch unterschieden werden zwischen solchen, die aus politischem Fanatismus die Hand zum Verbrechen boten, und solchen, denen die nackte Habsucht, die Gier, sich an armenischen Gütern zu bereichern, die einzige Richtlinie zu ihren Handlungen war. Die letzteren waren die Schlimmsten und Unerbittlichsten. Wenn diese mit aller Rücksichtslosigkeit von der Faust der Vergeltung getroffen werden, wird sich im türkischen Volke selbst keine Stimme des Mitleids erheben. Denn sie sind es gewesen, die die Katastrophe für die nationale Selbständigkeit des türkischen Volkes vorbereitet haben.

Zunahme der Streikbewegung in Italien.

Lugano, 10. Juni. Wie die letzten italienischen Meldungen erkennen lassen, hat die Streikbewegung in Frankreich ihre Rückwirkung auf Italien nicht verfehlt. Es ist im ganzen Lande ein starkes Anwachsen der Arbeitseinstellungen zu konstatieren, die an allen Orten durch Zusammenstöße mit der Polizei einen politischen Charakter erhalten. In Neapel ist der Generalstreik proklamiert worden, anläßlich von Zusammenstößen zwischen Ausständigen und Streikbrechern kam es in den Straßen zu blutigen Zusammenstößen, bei denen Barrikaden gebaut wurden und eine Reihe von Menschen teils leicht, teils schwer verletzt wurden.

Rom erwartet für die nächste Woche einen Generalstreik der Gastwirtsgehilfen, der kaufmännischen Angestellten, die für den Fall der Nichterfüllung ihrer Forderungen bis zum 15. Juni die Arbeit niederlegen werden.

Die italienische Presse hat angesichts der innerpolitischen Vorgänge in den letzten Tagen völlig das Interesse an Paris verloren. Man verkennt nicht, daß politische Momente in der Bewegung keine unerhebliche Rolle spielen.

Ueber die Motive, von denen die Parteileitung der italienischen Sozialisten bei ihrer Propaganda für den Streik geleitet wird, äußerte sich der Generalsekretär der italienischen sozialistischen Partei dahin, daß die italienischen Ausstände gewissermaßen als Manöver für den internationalen Generalstreik zu betrachten seien, den die Vertreter der englischen, französischen und italienischen Sozialisten bei ihren Zusammenkünften in Mailand und Rom als Proteste gegen die imperialistische Gewaltpolitik der Entente beschlossen haben.

Wenn das Entente-Ultimatum an Ungarn abläuft . . .

Haag, 10. Juni. (H. N.) Aus London wird gemeldet: Dr. Dillon meldet dem „Daily Telegraph", daß die Entente die russische Regierung auffordern will, jetzt wieder ihre Truppen gegen die ungarischen Sowjettruppen vorgehen zu lassen. Die Entente hat offenbar eingesehen, welche großen Schwierigkeiten durch den Befehl veranlaßt worden sind, daß die Rumänen an der ungarischen Grenze standhalten sollen. Dadurch sind auch die Tschechoslowaken in Schwierigkeiten geraten. Obwohl noch keine besonderen Schritte unternommen sind, scheint jetzt festzustehen, daß man die **rumänischen Truppen für die Wiederherstellung der Ordnung in Ungarn** verwenden wird.

Wien, 10. Juni. (H. N.) Die Wiener Mittagszeitung meldet aus Potzsdorf in Nieder-Oesterreich: Wie hier erzählt wird, soll die ungarische Rote Truppe auf ihrem Vormarsch hinter die geschlagenen Tschechen bereits auf eine Entfernung von 20 Kilometern der niederösterreichischen Grenze bei Kutty nahegerückt sein. Die niederösterreichischen Bauern sind in Besorgnis, daß nicht nur die Gefahr eines tschechischen Einfalles, sondern auch der eines ungarischen Roten Heeres besteht.

Bevorstehender Streik in der englischen Baumwollenindustrie.

Der Korrespondent des „Daily Chronicle" in Manchester telegraphiert seinem Blatte: Das Ergebnis der Abstimmung der Arbeiter der Baumwollspinnerei über den Antrag, der darauf abzielt, auf der 46 stündigen Arbeitswoche und einer Erhöhung der Löhne um 20 Proz. zu beharren, ist nunmehr bekanntgegeben worden. 267 615 Arbeiter haben zugunsten dieses Antrages gestimmt, 6847 haben sich für das Angebot der Unternehmer ausgesprochen, d. h. für die 48 stündige Arbeitswoche und eine Lohnerhöhung von 15 Proz. Eine mehrstündige Konferenz mit den Unternehmern führte nicht zum Ziele. Es wurde weiter keine Vereinbarung getroffen, um die Verhandlungen fortzusetzen. Die Arbeiter haben sich schon entschieden, die Arbeit am 21. Juni einzustellen. Eine halbe Million Arbeiter wird von diesem Beschluß getroffen.

Die politischen Forderungen der Pariser Arbeiter.

Generalstreik der Gewerkschaften.

Bern, 10. Juni. Nach dem „Berner Tagblatt" hat die Confédération du Travail in ganz Frankreich eine Proklamation anschlagen lassen, in der die politischen Forderungen der Arbeiterschaft, sofortige Demobilisation der Armee, Amnestie für alle politisch Verurteilten einschließlich der wegen Meuterei bestraften Soldaten und Matrosen sowie Zurückziehung aller französischen Truppen aus Rußland, Ungarn usw., verlangt werden. Sämtliche Großgewerkschaften, auch die Eisenbahner und Grubenarbeiter, haben erklärt, auf Beschluß der Confédération Générale du Travail die Arbeit einzustellen. Nach übereinstimmender Meldung dürfte der Generalstreik am 23. Juni erklärt werden.

Eine Note zur Räumung Lettlands.

Berlin, 10. Juni. In der Frage der Räumung Lettlands von deutschen Truppen hat Reichsminister Erzberger durch General Freiherrn von Hammerstein in Spa folgende Note überreichen lassen:

„Ich bitte, General Rudant folgende Note für Marschall Foch zu übergeben:

1. Gegenüber dem Telegramm des Marschalls Foch vom 29. Mai, welches die Beibehaltung der deutschen Streitkräfte in Litauen und Lettland nördlich einer bestimmten Linie fordert, muß die deutsche Regierung auf ihrem Standpunkt beharren, daß sie auf Grund des Artikels XII des Waffenstillstandsvertrages das Recht hat, die eingeleitete und bereits in der Ausführung befindliche Räumung der vor dem Kriege zu Rußland gehörigen Gebiete durchzuführen. Die Berechtigung dieser Auffassung ist von der deutschen Regierung bereits verschiedentlich begründet. Ich verweise insbesondere auf meine Note vom 27. Dezember 1918 und 28. Mai 1919. Die deutsche Regierung vermag daher auch nicht anzuerkennen, daß sie auf Grund des Waffenstillstandsvertrages gebunden ist, Weisungen über die Art der Räumung entgegenzunehmen, wenn sie auch keine Bedenken trägt, das südlich der mitgeteilten Linie genannte Gebiet zuerst aufzugeben. Die planmäßige Räumung Litauens und Lettlands wird voraussichtlich in 6—8 Wochen beendet sein.

2. Bezüglich der Bedingungen für die weitere Anweisung des Grafen Goltz habe ich folgendes mitzuteilen:

General Graf Goltz hat Befehl, sich um innere Angelegenheiten Lettlands nicht zu kümmern. Er kann also die Einsetzung einer Regierung weder erleichtern, noch erschweren. General Graf Goltz hat keinerlei Waffen von lettischen Truppen zurückbehalten. Die seinerzeit vom Freikorps Pfeffer den Letten abgenommenen Waffen sind nach Meldung Hauptmanns Pfeffer in der von den Letten besetzten Kaserne zurückgelassen. Stärkung der lettischen Armee ist durchaus in unserem Sinne. Eine allgemeine Mobilisierung muß nur, solange wir im Lande sind, soweit gehindert werden, wie die zwangsweise Aushebung bolschewistisch gesinnter Leute unsere Truppe gefährdet. General Graf Goltz hat lediglich die Verantwortung für Führung und Schutz unserer Truppen. Soweit beides nicht berührt wird, hat er sich um die lettische Regierung nicht zu kümmern und sie keinesfalls in ihrer Tätigkeit zu behindern.

3. Bei den in dem Telegramm des Marschalls Foch vom 28. Mai erwähnten Zusammenziehungen handelte es sich um Formationen, die inzwischen aus den baltischen Provinzen abbefördert sind.

Reichsminister Erzberger."

Volksabstimmung in Oberschlesien und Ostpreußen.

Amsterdam, 10. Juni. (TU.) „Handelsblaad" meldet vom 10. Juni aus London: Der „Daily Telegraph" vernimmt aus maßgebender Quelle aus Paris, daß der Rat der Vier gestern in einer neuerlichen Besprechung über die polnische Frage beschlossen hat, daß eine Volksabstimmung in den strittigen Gebieten von Oberschlesien und Ostpreußen abgehalten wird. Dieser Beschluß steht nicht im Gegensatz zu den Bestimmungen des Deutschland angebotenen Friedensvertrages.

Feldpostkarten nach der Türkei zugelassen.

Wie der Waffenstillstandskommission seitens der Alliierten am 6. Juni mitgeteilt wurde, ist nunmehr die Sendung für Feldpostkarten an die in der Türkei zurückgebliebenen deutschen Truppenteile über das Feldpostbureau Spa gestattet werden.

Zur Reform des Bühnenbetriebes.

Von Emil Lind

Regisseur am Lessingtheater und Verwaltungsrat der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen.

Eine Denkschrift, von namhaften Vertretern der Literatur und des Theaters unterzeichnet, richtet sich gegen einige Punkte der Bühnenreform. Sie erhebt Einspruch im Namen der Kunst. Der Angriff wendet sich gegen die Künstlerräte, den Organisationszwang und die Fachbezeichnung.

Die Künstlerräte sind keine Forderung der Genossenschaft, sondern eine gesetzliche Einrichtung. Die Genossenschaft hat sich dieser Frage bemächtigt, gerade, um den Gedanken sinnfällig im Theaterbetriebe mit ausbauen zu helfen. Sie hat auch bereits Gelegenheit genommen, allzu radikale Anwendungen in einigen Theatern zu verhindern. Im übrigen: die Künstlerräte existieren ja schon lange in Form der Regiekollegien. Es kommt also nur deren Erweiterung in Frage. Ob eine solche von Nutzen oder Schaden sein wird, hängt von den ausführenden Personen ab. Es wäre vergeblich und eine Energievergeudung, sich gegen das Recht der Mitbestimmung zu sperren. Der Entwicklung vorauseilen, um ihren organischen Verlauf zu sichern, ist das Geheimnis aller Führung. Die Selbstverwaltung, auch der kleinen Arbeitszirkel ist unterwegs, und es ist der tiefere Sinn jeder Autonomie, Freiheiten zu geben, damit man sie gebrauchen lerne. Die Annahme, daß die Künstlerräte dazu da seien, die Entscheidungen in künstlerischen Dingen mitzubestimmen, ist eine irrige. Dem Werk gegenüber gibt es nur die Diktatur des jeweiligen Inszenators. Mitbestimmende Rechte haben die Künstlerräte nur in sozial-wirtschaftlichen Dingen. Gefahren für die Kunst können also nur bei Grenzfällen bestehen, und da werden sich allmählich aus der Praxis allgemeine Richtlinien ergeben.

Die Denkschrift will die Ungeeignetheit der Schauspieler zu Lenkern und Leitern mit ihrem ganzen Wesen psychologisch begründen, das in den Dingen untertaucht und sie nicht kritisch erwägt. Dies wäre richtig, wenn alle Künstler nur Künstlernaturen wären. Allein kein kompliziertes Individuum hat nur einen Menschen in sich, der Künstler besonders hat stets noch irgendeinen, etwa sozialen oder rechnenden oder politischen oder philosophischen Instinkt, der sogar oft stärker entwickelt ist als der künstlerische. Hier ist das geeignete Material für die Künstlerräte. Viele der unterzeichneten Direktoren geben ja den besten Beweis dafür, daß es unter den Bühnenkünstlern auch Führertalente gibt, denn sie sind ja selbst aus dem Schauspielerstand hervorgegangen.

Das beste Mittel, die Alleinherrschaft der „Mittelmäßigen" zu verhüten, ist übrigens die Mitarbeit der Besonderen. Da kann also die Zwangsorganisation nur vonnutzen sein. Inwiefern diese der Kunst oder der Selbstbestimmung des Künstlers schaden könnte, ist ganz und gar unverständlich. Diese Freiheit des Künstlers, den Führer zu wählen, bleibt ja, da alle Bühnen dem Bühnen-Verein beitreten müssen, nach wie vor bestehen, ja noch mehr, sie wird durch die nunmehr eingeführte gegenseitige Kündigungsmöglichkeit noch größer. Wohl aber kann der Zwang für die Organisation eine Machtfülle bringen, die letzten Endes jedem einzelnen zugute kommt. Die Organisation kann auch zuwege bringen, was die Direktoren trotz ihrer bisherigen uneingeschränkten Macht bei den Darstellern nicht erreichen konnten, daß ihre Filmtätigkeit die künstlerische am Theater nicht allzu sehr absorbiert.

Nun zur wichtigsten Frage, der der Fachbezeichnung. Es ist die Lebensfrage des Schauspielers, denn sie betrifft seine künstlerische und wirtschaftliche Lebensquelle: die Rolle. Die Denkschrift erscheint mir in diesem Punkte nicht ganz logisch, wenn sie dem Künstler alle wirtschaftlich-sozialen Zugeständnisse gönnen und zugleich deren Fundament untergraben will. Erstes und letztes aller Absolutisten, auch der aufgeklärtesten, auch der sachlichsten, war zu allen Zeiten: die Beherrschten so unfrei wie möglich zu halten. Die Facheinteilung ist eine wirksame Waffe dagegen, sie bildet stets die Grundlage für den Anstellungsverkehr und hat sich ergeben durch Festlegung gewisser Typen und körperlicher Ansprüche, die auch in der Literatur immer wiederkehren.

Wie kam denn der Wunsch nach der Fachbezeichnung wieder auf? Im Jahre 1876 strich der Deutsche Bühnen-Verein, eine damals rein reaktionäre Unternehmervereinigung, eigenmächtig die Fachbezeichnung, und wahrlich nicht aus künstlerischen Gründen, sondern damit die Direktoren leichter schalten und walten konnten. Damals schon sagte Ludwig Barnay: „Gegen gute und gewissenhafte Direktoren brauchen wir keine Verträge und gegen gewissenlose und unkünstlerische können wir sie nicht sorgfältig genug abwägen." Hätte in diesen 42 Jahren die Mehrheit der Direktoren den Beweis erbracht, daß sie das Vertrauen in ihre rein künstlerische Wertung verdient, hätte sie nicht unsinnig und gewissenlos dieses stärkste Fundament gegenseitiger Befruchtung untergraben, nie wäre die Schauspielerwelt, inzwischen seit den neunziger Jahren durch die naturalistische Schule auch aus sich selbst auf individuelle Besetzung eingestellt, auf diese alte Forderung zurückgekommen. Jedoch dieses Schlagwort: individuelle Besetzung war der Deckmantel für jede Art grausamer Launen- und Willkürherrschaft, war die Ursache tausendfacher seelischer und künstlerischer Qualen und der Inbegriff aller Schutzlosigkeit der Bühnenkünstler. Hier tausendfaches Menschenglück und Rettung vieler blühender Talente, dort — keineswegs Schädigung der Kunst, sondern nur eine kleine Erschwerung für ihre Diener: Wer hat da den Mut, in der Wahl zu schwanken? Wer sich diese Alternative so recht ins Herz brennen, wer von diesem Konflikt sein Blut heiß werden läßt, der muß sich sagen: selbst wenn sich in der Uebergangszeit kleine Schäden für die Kunst zeigen sollten, sie werden aufgehoben durch die künstlerische Rettung von Hunderten und Tausenden.

Müssen Menschenliebe und Kunstwille Antagonisten sein? Eines gehört freilich zur Entwicklung beider: Vertrauen, auf das sich auch der Verfasser der Denkschrift beruft. Nun gerade dieses Vertrauen haben wir erst in seine Rechte eingesetzt durch die Wahl des Direktors durch die Mitglieder des Theaters, und zwar immer der künstlerischen. Eine klarere Form des Vertrauens gibt es nicht. Dadurch allein hat er das Recht zur künstlerischen Diktatur. Jedenfalls viel mehr, als wenn irgendein Kapitalist, der zufällig unter anderen Objekten ein Theater besitzt, in den Topf der Bewerber greift, oder wenn kunstfremde Beamte nach dem Schema F einlaufende Bewerbungen beurteilen. Es werden auch auf dem Wahlwege Irrtümer vorkommen, aber neue Einrichtungen können nicht ohne Tadel funktionieren.

Die erste Dampferfahrt über den Ozean.

Während wir in diesem Jahre die Ueberwindung des Atlantischen Ozeans mit dem Flugzeug feiern, jährt sich zugleich zum 100. Male das denkwürdige Ereignis der ersten Durchquerung des Ozeans mit dem Dampfschiff. Am 22. Juni 1819 erreichte das amerikanische Dampfboot „Savannah" nach der ersten Fahrt über den Ozean glücklich Liverpool, nachdem das Schiff am 26. Mai von der nordamerikanischen Stadt Savannah abgefahren war. 1808 hatte Robert L. Stevens zum erstenmal in den Vereinigten Staaten die Möglichkeit der Dampfschiffahrt auf dem offenen Meer vorgeführt, und im Jahre 1812 legte er den Grund zu einer ersten Flotte von Meerdampfern. Fulton hatte noch kurz vor seinem Tode ein Dampfschiff gebaut, das den Atlantischen Ozean überqueren sollte, aber das Schiff wurde dann zum Dienst auf der Linie von Newport (Rhode-Island) nach Newyork verwendet. Die Schiffahrtsgesellschaft der Ostsee gab unterdessen den Auftrag zum Bau eines Dampfschiffes, das von Amerika bis nach Kronstadt fahren sollte. Zu dieser Fahrt wurde ein von Crockee und Fickett erbautes Dampfschiff mit Namen „Savannah" ausersehen; es war ein Schiff, das zugleich eine Dampfmaschine und Segel führte, es hatte 389 Tonnen. Während der Ueberfahrt bediente sich die „Savannah" 18 Tage lang der Dampfmaschine; die übrige Zeit fuhr sie unter Segel, um das kostbare Brennmaterial, das in Tannenholz bestand, zu sparen. Die Räder der Maschine waren abgenommen, und sie wurden erst wieder in Tätigkeit gesetzt, als der Hafen von Liverpool in Sicht kam. Als das Schiff im Kanal von St. Georges erschien, glaubte der englische Kommandant, daß das Schiff in Brand geraten sei. Nicht minder erstaunt war das Publikum, das sich in großen Massen um die Sehenswürdigkeit sammelte. Noch

Wels' Referat auf dem Parteitag.

1. Verhandlungstag.

Der Sitzungssaal der Nationalversammlung trägt im Hintergrunde Lorbeerschmuck, aus dem die Büsten von Karl Marx und Ferdinand Lassalle hervorschauen. Sonst ist der Saal wochentäglich einfach geblieben. An den Tischen der Regierung und der Mitglieder des Bundesrates sitzen die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, dazwischen einige sozialistische Reichsminister.

Punkt 4 Uhr heißt Genosse **Brocks**, der Vorsitzende des Weimarer Wahlvereins und Gauleiter der Buchdrucker die Delegierten in schwungvoller Ansprache willkommen. Er versinnbildlicht in knappen Worten den Geist von Weimar und fordert die Ergänzung der klassischen Ideologie durch die marxistische Tatsachendurchforschung. Dieser Parteitag müsse ein Marksstein in der Geschichte der Partei werden und der Arbeiterschaft die einheitliche packende Parole in dieser tiefernsten Zeit geben, nach der sie verlangt. Zu schwerer Arbeit sollen die Delegierten in Weimar willkommen sein (Lebhafter Beifall).

Parteivorsitzender Hermann **Müller**:

Noch niemals ist ein Parteitag ohne Feierlichkeit eröffnet worden, wie dieser gegen den Willen der Weimarer Genossen. Aber das entsprach dem Ernst der Zeit, die nichts erfordert als Arbeit. Auf dem Würzburger Parteitag hat Scheidemann prophetisch vorhergesagt, daß wir einer ungewissen Zukunft entgegengehen. Aber das haben wir nicht geahnt, daß wir noch Dreiviertel Jahre später

in einem Zustande zwischen Krieg und Frieden

schweben würden. Uns bedroht ein unerhörter harter Friede, trotzdem wir die alten Unterdrücker verjagten, das freieste Wahlrecht der Welt erlangt und die Republik errungen haben, welche die alte Sehnsucht von Hunderttausenden erfüllte. An der Spitze der jungen Republik steht unser Ebert, der mir heute telegraphierte: „Dem Parteitag wünsche ich glückliche Erfüllung seiner schweren Aufgaben in schicksalsschwerer Zeit". Wir danken unserm Ebert für die treuen Dienste, die er der Partei stets geleistet hat. Aber bei allen Erfolgen will keine reine Freude bei uns aufkommen. Wir müssen die Fahne unserer Republik **auf einem Schutt- und Trümmerhaufen** aufrichten. Die Zeit, in der wir uns im Staate durchsetzen, fällt zusammen mit einer Zeit tiefer nationaler Schmach. Wir werden uns immer wieder die Frage vorlegen, ob das alles so kommen mußte und nicht ruhen,

bis die zur Rechenschaft gezogen sein werden, die an diesem maßlosen Unglück des Volkes die Schuld tragen.

(Lebhafte Zustimmung). In den letzten Wochen sind die Gegensätze unter uns zurückgetreten, denn wir sind von einem Frieden „bedroht", im Trauerhause soll der Streit schweigen, aber wir werden **die Schuld der alten Machthaber** nicht vergessen, auch nicht **die Herren von der Vaterlandspartei, die mit ihrer Raubpolitik dieses Elend haben herbeiführen helfen,** und die in der allerneuesten Zeit wieder an die Oberfläche zu kommen suchen. Haben sie doch in der Nationalversammlung einen Antrag eingebracht, daß die Gegenvorschläge der deutschen Regierung mit der Ehre des deutschen Volkes unvereinbar seien (Lachen). Wir sagen diesen Kreisen, **daß sie zu schweigen haben, wenn von der Ehre des deutschen Volkes die Rede ist** (Lebh. Zustimmung). Wir werden auch

die Schuld der Junker und Junkergenossen

nicht vergessen, die die notwendigen Reformen die insbesondere die Reform des preußischen Wahlrechtes verzögert haben, obwohl wir ihnen zugerufen haben, daß jeder Tag der Verzögerung die Widerstandskraft des deutschen Volkes gefährde (Sehr richtig). Wir vergessen schließlich nicht

jene unverantwortlichen Militärs,

die, als alles auseinanderzufallen drohte, schleunigst jenen Waffenstillstand abschlossen, der der Vorläufer des jetzigen Gewaltfriedens war, und die sich zu ihrer Rechtfertigung jetzt die Finger wund schreiben. Bei dieser nützlichen Vorarbeit zu dem Staatsgerichtshof werden wir sie nicht stören. (Sehr richtig!) Alles dies hat dazu beigetragen, die Nerven des hungernden Volkes zu lähmen, zumal die bürgerlichen Regierungen es nicht verstanden, den Annexionisten und Hurrapatrioten den Kampf bis aufs Messer anzudrohen. So kam es, daß das deutsche Volk schließlich zur Selbsthilfe griff, und es hat gründlich von dieser Selbsthilfe Gebrauch gemacht. Allen Geschichtsklitterern zum Trotz sagen wir, daß

die Novemberwoche des Jahres 1918 einen Ehrenplatz in der Geschichte des deutschen Volkes

einnehmen wird. (Lebhafter Beifall.) Die Spukgestalten verschwanden, an drei Tagen 22 Dynastien, und es wird einem späteren Beurteiler schwer werden, in dieser Zeit einen Helden oder Märtyrer aus den Unterdrückern herauszufinden. (Sehr richtig!) Sie verkrochen sich in die Schlupfwinkel und sollten sich sehr hüten, die Arbeiterklasse zu reizen, **denn wir haben die Machtmittel, um uns gegen jede Gegenrevolution in kürzester Zeit zur Wehr zu setzen.** (Zuruf: Noske! Sehr richtig! und Heiterkeit.)

In dem großen Moment des 9. November schlugen, an jenem Tage dem Rufe unserer Feldgrauen folgend, auch die Unabhängigen widerstrebend in die dargebotene Hand ein, und das klassenbewußte Proletariat begrüßt diese Einigung, begrüßt die erste sozialistische Regierung. Leider war sie nicht von langer Dauer. Die Unabhängigen sind keine einheitliche und geschlossene Partei. Neben ehrlichen Demokraten finden sich in ihr begeisterte Anhänger der Minderheitsdiktatur, Kreise, die in der Revolution keinen gesellschaftlichen Krisenzustand sahen, sondern sie am liebsten zu einer Regierungsform machen wollten, Kreise, die die Handgranaten und Maschinengewehre in den Kampf der Geister einführten. An Zulauf fehlte es in solchen Tagen radikal auftretenden Parteien nicht. Die Unabhängigen mußten es selbst erleben, denn nach dem ersten Zulauf splitterten sich viele von ihnen ab und gründeten eine neue Partei, die der Kommunisten, und leider fanden die Unabhängigen nicht den Mut zum Trennungsstrich gegen die Kommunisten. So wurde das Arbeiten auf dem Trümmerhaufen immer schwieriger, aus dem auch die Kommunisten keine sozialistische Gesellschaftsordnung schaffen konnten. (Sehr wahr!) Die Unabhängigen verhinderten die Wahlen zur Nationalversammlung, wie sie auch

die sozialistische Mehrheit verhindert

hatten. Dadurch haben sie uns gehindert, mehr für den Sozialismus zu tun und zu erreichen. Sie sind schuld daran und sie klagen darüber! (Sehr gut!) Aber es wurde noch schlimmer. Bewaffnete Haufen wurden gebildet, um die Regierung zu stürzen, und in der kritischen Januarwoche wäre es ihnen beinahe gelungen. Wir hätten das Schicksal der Kerenski, Tscheidse und Zeretelli geteilt, wenn wir nicht damals die Nerven behalten hätten. Damals wurden die ersten Freiwilligenregimenter ins Leben gerufen, und gerade die Berliner Parteigenossen waren damit besonders einverstanden. (Sehr gut! Heiterkeit.)

Wir mißbilligen aufs schärfste alle Ausschreitungen

und fordern strengste Remedur, aber es ist ein historisches Gesetz, **daß keine Regierung sich an der Macht halten kann, die nicht eine zuverlässige militärische Stütze hat.** Ohne sie wird der Staat ein Spielball bewaffneter Haufen. **Ohne die Freiwilligen hätten wir längst mexikanische Zustände,** die jede Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens unmöglich machten. (Beifall.)

Nun sagen manche Parteigenossen, wir sollten eine sozialistische Armee haben. Aber wie soll das auch eine sozialistische Regierung durchführen, wenn es **drei** sozialistische Parteien gibt, die Kommunisten mit als Sozialisten gezählt. Haben wir es nicht erlebt, daß in den kritischen Zeiten Truppenteile lange diskutierten, daß sie sich schließlich für neutral erklärten? (Sehr gut!) Daran mögen sich die erinnern, welche die Einigung um jeden Preis verlangen. **Wir können uns nur einigen auf dem Boden der sozialistischen Grundsätze.** Eine Einigung mit den Kommunisten erscheint uns gänzlich ausgeschlossen, und wir stimmen ja darin auch ganz mit den Kommunisten überein. Wir werden von dem

Boden der Demokratie

unter keinen Umständen abgehen und uns niemals zur Diktatur der Minderheit bekennen. (Zustimmung.)

Trotz des begreiflichen Schmerzes über die Zerreißung der Einheit ist die Parteispaltung doch sehr natürlich, in dem Augenblick, in dem wir Regierungspartei wurden. Neben der regierenden Partei steht immer eine Oppositionspartei, die mehr fordert, als die Regierung geben kann. Besonders in dieser Zeit der Verarmung. Regierungsgeschäfte lassen sich nicht nach dem Grundsatz einer Agitationsbroschüre leiten. Viele Genossen sind darauf geistig noch nicht eingestellt. Wenn wir die Parteischule wieder eröffnen, wird das Fach der politischen Pädagogik, der **Erziehung zur Verantwortlichkeit** einen besonderen Raum einnehmen (lebhafte Zustimmung), denn die Verantwortlichkeit ist eine Frage, deren Pflege wir vernachlässigt haben, als wir noch eine agitierende, organisierende kritisierende Partei waren. (Sehr gut!) Das Maß des uns drohenden Gewaltfriedens ist uns in diesem Augenblicke noch nicht bekannt. Aber hauptleidtragend bei dem, was die französischen und englischen Ludendorff und Tirpitz diktieren, wird die deutsche Arbeiterklasse sein, und doch hat sie in dieser Stunde eine große historische Mission. Sie war mit der ganzen ökonomischen Entwicklung der

Träger des deutschen Einheitsgedankens,

schon zu der Zeit, als Bebel und Liebknecht Groß-Deutschland propagiert haben, was sich jetzt vielleicht verwirklichen wird, und zu dem wir unsere österreichischen Brüder in gemeinsamem Leid unsere Grüße übersenden. In Erinnerung an diese Vergangenheit muß sich jetzt zeigen, daß die deutsche Nation sich auf ihre Arbeiterklasse verlassen kann. Speyer, Ludwigshafen, Wiesbaden und Mainz haben die ersten Proben gegeben. Dort haben die deutschen Arbeiter unsere Kultur verteidigt, und wir werden sie verteidigen, bis der siegreiche Sozialismus alle Völker von dem Joche befreit hat. Nur ein Volk das sich selbst aufgibt kann aus dem Buche der Geschichte gestrichen werden. Die deutsche Arbeiterklasse mit ihrem 50jährigen gemeinsamen Klassenkampf kann ihr Volk nicht aufgeben. Darum rufe ich von dieser historischen Stelle aus den deutschen Arbeitern zu, besonders den Arbeiterbrüdern an Saar und Memel, Rhein und Weichsel: **„Was auch geschehe, stehe zu deinem Volk, es ist dein ungeborner Platz."** (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Hierauf erklärt Hermann Müller den Parteitag für eröffnet.

Zu Vorsitzenden werden auf Vorschlag von Scholich-Breslau mit gleichen Rechten Heinrich Schulz und Paul Löbe gewählt.

Heinrich **Schulz**: Wir werden uns bemühen, durch eine geordnete, sachliche Geschäftsführung dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Auf Vorschlag von Krüger-Potsdam werden zu Schriftführern gewählt Anders-Königsberg, Andrae-Hannover, Ritter-Berlin, Frau Hoppe-Berlin, Enz-Barmen, Fellisch-Chemnitz, Knieriem-München, Schönfelder-Hamburg und Schönwalder-Oberlangenbielau.

Durch Zuruf wird auch eine neungliedrige Mandatsprüfungskommission gewählt. Diese soll auch die einzige Beschwerde mit erledigen, die vorliegt. — Die Geschäftsordnung wird debattelos angenommen.

Zur Tagesordnung liegen eine Reihe von Anträgen vor, welche die Behandlung der auswärtigen Politik, der Sozialisierung, des Heerwesens, der Jugendpflege usw. durch besondere Referate wünschen.

Leuteres-Hamburg widerrät jeder Erweiterung der Tagesordnung. Dagegen werden wir, um Wiederholungen zu vermeiden, den Vorstandsbericht, den Bericht der Kontrollkommission, den Pressebericht und den Fraktionsbericht zusammen beraten.

Eduard **Bernstein** spricht für den Antrag, die auswärtige Politik in einem besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Gerade jetzt ist eine Klärung der auswärtigen Fragen notwendig und ein Bedürfnis. Unsere Stellung zur Internationale bedarf einer Klärung, denn man sieht auf uns mit Mißtrauen. Auch zur Kontinentalpolitik müssen wir Stellung nehmen.

Hoch-Hanau: Alle politischen Fragen kann man nicht zusammen besprechen, mindestens zwei Fragen, Sozialisierung und auswärtige Politik, müssen abgesondert werden. Wie soll man sonst in 10 Minuten über alles sprechen?

Otto **Braun** (Parteivorstand): Wenn wir fertig werden wollen, müssen wir ein starkes Maß von Selbstbeschränkung üben. Für eine Debatte über die auswärtige Politik gibt es keinen ungeeigneteren Zeitpunkt als jetzt, wo wir gar nicht voraussehen können, in welchem Verhältnis wir wieder zum Ausland stehen werden. (Beifall.)

Emmel-Apolda: Wozu soll man erst die Berichte zusammenlegen und die Debatte wieder trennen? Dabei gewinnt man doch nichts.

Bretthorst-Brieg: Man will dem Parteitag höchstens 2 bis 3 Tage Zeit lassen, man will alles abwürgen, und wir sollen es fressen. So soll es schon gestern beschlossen worden sein. Wir dürfen uns nicht im Lande, wo wir ohnehin einen schweren Stand haben, nachsagen lassen, daß wir uns von den Drahtziehern haben einlullen lassen. (Große Unruhe.) Ich denke gewiß nicht so, aber die Unaufgeklärten draußen sollen auch nicht so denken.

Vorsitzender **Schulz**: Ich bitte doch, nicht falsche Gerüchte hier in die Debatte zu ziehen. **Es ist keinerlei Beschränkung der Redefreiheit** beschlossen worden. Wenn wir uns in der Zeit beschränken müssen, so geschieht das nicht, weil wir es wollen, sondern weil wir es müssen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag,

die auswärtige Politik als besonderen Punkt

auf die Tagesordnung zu setzen, wird **mit 213 gegen 165 Stimmen angenommen.** Der Punkt wird mit dem Referat Scheidemanns über die Aufgaben der Partei in der Republik verbunden. Als Korreferenten sind Eduard Bernstein und Dr. David vorgeschlagen. Mit großer Mehrheit wird Bernstein gewählt.

Die übrigen Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung werden abgelehnt. Der Geschäftsordnungsantrag Leuteres wird abgelehnt, angenommen dagegen ein Antrag Emmel, den Fraktionsbericht besonders zu besprechen und die übrigen Punkte aber miteinander zu verbinden. Die Tagungszeit des Parteitages wird festgesetzt von 9 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr und die Redezeit in der Debatte beträgt 10 Minuten. Nunmehr erhält zur Erstattung des Vorstandsberichts das Wort

Otto Wels:

Ich habe über die politische Tätigkeit des Parteivorstandes zu berichten. Dunkel und schwer liegt hinter uns die blutige Vergangenheit, noch dunkler und schwerer die Zukunft vor uns. Unser Schicksal liegt nicht mehr in den Händen des deutschen Volkes, sondern in denen des siegreichen Ententekapitalismus, der in Deutschland den internationalen Sozialismus treffen will. Darum ist unser Kampf für einen erträglichen Frieden zugleich

ein Kampf für die internationale Sozialdemokratie,

in dem wir hoffen, immer kräftiger die Unterstützung der gesamten Internationale zu finden (Bravo!) Der Herbst des vorigen Jahres war ein beispielloser Zusammenbruch der physischen, moralischen und materiellen Tatkräfte unseres Volkes. Die Hungerblockade werden wir noch Jahrzehntelang spüren. Selbst wenn endlich Mehl, Fett, Speck, Hülsenfrüchte und Rohstoffe hereinkommen werden. Die in der Kriegszeit Geborenen, die unterernährten Mütterleibern Entwachsenen werden uns mit ihrer physischen Schwäche an die Zeit der Hungerblockade erinnern. Die vielen Tuberkulösen und Rachitischen — wir nennen die Rachitis die englische Krankheit — werden die Erinnerungen an den Hungerkrieg nicht verblassen lassen und den Entschluß festigen, **daß solch eine Zeit nie und nimmer wiederkehren darf.** (Beifall). Die uns herrlichen Zeiten entgegenführen wollten, haben nur das Wort von Marx erfüllt, daß die erhebende Seite des Krieges die sei, die Nation auf die Probe zu stellen. Wie eine Mumie zerfällt, wenn sie der Luft ausgesetzt ist, so fällt der Krieg Todesurteile über alle Einrichtungen, die keine Lebenskraft mehr besitzen. In der Tat sind die herrschenden Gewalten in Deutschland durch den Krieg wie Staub zerfallen. Das fanatische Wort: Das gleiche Wahlrecht in Preußen bedeutet den Verlust des Krieges, war nur die Wiederaufnahme des alten Junkerwortes, lieber noch 10mal die Schlacht bei Jena verlieren als die Bauernbefreiung durchzuführen. Im Zusammenbruch hatte das deutsche Volk nur eine Hoffnung, die Sozialdemokratie. Die gerade Linie unserer Kriegspolitik, die zugleich stets Friedenspolitik war, hat uns **das Vertrauen des deutschen Volkes** in weitestem Umfange errungen. Nur Alldeutsche und Unabhängige haben den Wahnsinn geglaubt, daß Deutschland mit der Spitze des Schwertes der ganzen Welt den Frieden vorschreiben könnte. Wir haben die ringenden Kräfte richtiger eingeschätzt; wir haben

die Bedrohung Deutschlands von vorn herein richtig erkannt,

wir haben unser Volk auf den Ausgang eingestellt, der wirklich eingetreten ist. (Sehr wahr!) Während infolgedessen unsere Macht immer mehr wächst, zeigen sich im Innern der Partei Zersetzungserscheinungen, Unsicherheit und Unfähigkeit, sich zurechtzufinden. Ein großer Teil der führenden Genossen ist aus ihrem Arbeitsfeld herausgerissen und in Aemter eingetreten. Auf der anderen Seite gingen Akademiker, insbesondere Litenten durch die Partei. Viele Leute stürzen sich mit kühnen Purzelbaum über die Partei hinweg, gleich zu den Unabhängigen und Kommunisten. (Sehr wahr!) Das böse Wort Novembersozialist darf kein Heimatsrecht in unserer Partei haben. (Sehr richtig!) Jeder hat in ihr seinen Platz, der unsere Grundanschauungen teilt. Wir haben fünfzig Jahre Oppositions- und Agitationspartei, wir haben mehr mit den Bedürfnissen des Tages gearbeitet, als auf wirkliche sozialistische Erziehung gewirkt. Jetzt müssen wir aus der Agitation und dem Streben nach Massengunst heraus, wir die Geschulten, wir die Weiterblickenden, wir die sozialistisch Erzogenen müssen die Frage stellen und beantworten: **Was frommt wirklich der Entwicklung zum Sozialismus?** Wir müssen in der Politik von heute die Entwicklung für morgen anbahnen. Alte Agitatoren und Theoretiker des Sozialismus müssen von jetzt seine Praktiker werden. (Bravo!) In Würzburg hat Scheidemann prophetisch gesagt:

„Alle Kräfte der Idoen werden die Menschheit nicht aus der selbstgeschaffenen Hölle der Verwüstung in das Paradies des Sozialismus schleudern. Wenn wir nach dem Kriege die politische Macht erobern würden, würden die Wunden der erschöpften Völker sich nur langsam schließen und die ungeduldigen Patienten vielleicht vom gewissenhaften Arzt zum ersten besten Kurpfuscher laufen."

Das allein ist die Gefahr, die ich im Herbst 1918 erkannte, als den Schatten der drohenden Katastrophe. Das Kabinett Prinz Max sollte den Krieg liquidieren, den Frieden machen. Aber das konnte es nicht, ohne unsere Hilfe. Noch ehe wir in die Regierung eintraten, erfuhren wir den ganzen furchtbaren Ernst der Lage, erfuhren wir den Zusammenbruch. Trotzdem übernahmen wir einen Anteil an der Regierung in der Hoffnung, des deutschen Volkes Schicksal zu mildern. Unter dem Druck wachsender Not regieren wir seit acht Monaten. Wie weit ist die Partei als solche für die Handlungen ihrer Mitglieder in der Regierung und für die Gesamtregierung verantwortlich? Die Partei ist ganz die alte und verficht ihre alten Grundsätze, aber nach der demokratischen Linie, und ein anderes System können wir nicht übernehmen. Unsere Minister arbeiten unter dem schwersten Druck äußerer Verhältnisse und Erschütterungen im Innern.

Deshalb würden wir das schlimmste Unrecht begehen, wenn wir auch nur von einem unserer Genossen in der Regierung abrückten.

(Bravo.) Wir machen es nicht, wie die Pharisäer, die sagen: Ich danke dir, Herr, daß ich nicht bin wie jene. Die unzufriedenen Kritiker würden uns noch viel härtere Nüsse zu knacken geben, wenn sie an Stelle der Genossen, die jetzt in der Regierung sitzen, handeln müßten. Von einem Personenwechsel versprechen wir uns daher nichts Gutes. Ein Systemwechsel ist undenkbar, wenn wir nicht auf unsere Grundsätze verzichten wollen. Wir müssen in bösen Tagen als gute Freunde zu unseren Genossen in der Regierung stehen und ihnen offen sagen, wenn sie etwas falsch machen. Nach unserer Ueberzeugung ist vieles versäumt, vieles falsch gemacht worden, noch mehr in den Bundesstaaten als im Reich. Die Demokratisierung der Verwaltung geht nicht so vorwärts, wie es notwendig wäre. Die alten Reaktionäre haben noch zu viel Raum. **Ein Sturm muß die Landratsstuben aufreißen** und die muffige Luft hinausfegen. (Beifall.) Wir kritisieren unsere Freunde in der Regierung mit aller Deutlichkeit und allem Ernst, nicht um ihnen das Leben schwer zu machen, sondern um sie daran zu erinnern, daß die Regierung der Sachwalter des Proletariats und der Klassen ist, die im No-

wunder den Druck der Jahrhunderte von sich schüttelten. Unsere Kritik soll den Genossen in der Regierung den Rücken stärken, daß sie bei den Bürgerlichen mehr durchsetzen. Jede andere Haltung der Partei wäre für die Partei und das ganze Volk ein schwerer Nachteil.

Der Würzburger Parteitag hatte dem Parteivorstand die Aufgabe zugewiesen, ein Aktionsprogramm aufzustellen. Der Vorstand ist nicht dazu gekommen. Er hatte in diesen unruhigen Zeiten anderes zu tun. Das beste Aktionsprogramm für diese Tage war der Aufruf, sich zu organisieren, das „Schließt die Reihen! Bereitsein ist alles.“ Danach hat der Parteivorstand gehandelt. Er ist stets bereit gewesen, und es ist nicht anzunehmen, daß irgendein anderes Aktionsprogramm vor den Augen der Parteigenossen Gnade gefunden hätte. Kautsky hatte ein Aktionsprogramm aufgestellt; aber weder seine Parteigenossen zufriedengestellt, noch den aktivistischen Flügel, der sich um die „Sozialistischen Monatshefte“ gruppiert. Wir im Parteivorstand sind der Ueberzeugung, daß unser Parteiprogramm sich den Bedürfnissen der Zeit anpassen muß. Wir glauben aber, daß wir in der gegenwärtigen Zeit zu einem neuen Programm kaum kommen werden. Das ist auch nicht nötig. Ich bin nämlich der Meinung, daß das starke Einigungsbedürfnis bei uns und den Unabhängigen seine wirklich vollste Unterstützung darin findet, daß beide Parteien erklären, daß sie noch

auf dem Boden des Erfurter Programms

stehen; aber wir verschließen uns der Reformbedürftigkeit dieses Programms nicht. Wie weit das Bekenntnis der Unabhängigen zum Erfurter Programm echt ist, dafür gibt der Parteitag das beste Beispiel, der sich zur Rätediktatur bekannt hat. Jedes Wort dieses Beschlusses war ein Faustschlag gegen das Erfurter Programm. Der Parteivorstand steht dem Einigungsgedanken so freundlich gegenüber, wie irgendein Genosse im Lande. Aber wie sollte die Einigung herbeigeführt werden? Wenn man von uns eine bedingungslose Unterwerfung verlangt, dann erklären wir, daß wir es ablehnen, daß wir Sozialisten sein und bleiben wollen und daß man uns ein Opfer dieser Ueberzeugung nicht zumuten kann. (Beifall.) Dann gilt für uns das Wort von Karl Marx, der die Internationale lieber in die Luft sprengen wollte, als sie einem Bakunin anzuvertrauen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß der demokratische Gedanke und die sozialistische Idee sich siegreich durchsetzen werden und daß der Satz: **durch Demokratie zum Sozialismus!** seine alte Werbekraft nicht verloren hat. (Beifall.) Auf diesen Boden hat sich auch der Internationale Kongreß von Bern gestellt und wir wären in der Internationale verwaister als je, wenn wir diesen Boden verlassen würden. Die Parteispaltung in Deutschland wäre **ein Unglück für unser ganzes Volk;** sie kann zum Unheil für das internationale Proletariat werden, wenn wir nicht festhalten würden an der Demokratie und dem Sozialismus, zu denen sich die Internationale jüngst in Bern mit überwältigender Mehrheit bekannt hat. Wir würden mit den Unabhängigen leichter zusammenkommen können, wenn die Unabhängigen Sozialisten wären. Aber sie sind es nicht, sie sind **ein Konglomerat der verschiedensten Strömungen,** die sich links von uns gebildet haben. (Sehr richtig!) Sie wissen selbst oft nicht, was sie wollen. Sie arbeiten vielfach gegeneinander. Kautsky und Ströbel stehen grundsätzlich anders als Däumig und Crispien. Am deutlichsten sind diese Gegensätze auf dem letzten Parteitag der Unabhängigen zum Ausdruck gekommen. Kautsky hat sich mit erfreulicher Schärfe gegen die Wirrköpfe seiner Partei gewandt und es als glatten Skandal bezeichnet, wie man die Arbeiterschaft jetzt vielfach beschwindelt, was an sozialistischer Kurpfuscherei und politischer Unwissenheit sich jetzt vielfach breitmachen kann.

Zu den vielen Schlagworten, mit denen die Unabhängigen angeblich die Einigkeit fördern wollen, in Wahrheit die Uneinigkeit fördern, gehört auch das von der rein sozialistischen Regierung. Sie ist unser Ziel, unsere Hoffnung und unser Glauben gewesen und wird es bleiben; **aber durch die Schuld der Unabhängigen haben wir keine sozialistische Mehrheit bei den Wahlen erlangt,** und gleichfalls die Unabhängigen haben den Eintritt in eine Regierung gemeinsam mit uns abgelehnt. So sind sie wieder schuld an dem starken bürgerlichen Einschlag in die Regierung geworden. Nun sollen wir uns angeblich nicht an der formalen Demokratie stoßen, aber wir treiben doch nicht Schindluder mit der Demokratie, daß wir sie für vereinbar mit der Herrschaft einer Minderheit erklärten. Die rein sozialistische Regierung des November und Dezember hat nicht das Geringste für die Sozialisierung getan. Das Wenige, was auf diesem Gebiet bisher geleistet werden konnte, ist das Werk der jetzigen Koalitionsregierung. Eine rein sozialistische Regierung mit einer sozialistischen Minderheit wäre Diktatur des Proletariats. Eine solche Minderheitsherrschaft ist nach kurzer Zeit zum Tode verurteilt, weil sie sich nicht die Entwicklung vergegenwärtigt, weil sie den Ereignissen vorgreift. Das hat die „Freiheit“ als Tragödie Levinés bezeichnet, dessen Erschießung wir **als traurigen Rückfall in die Mißstände des alten Regimes** beklagen und aufs heftigste und schärfste bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung.) Das war die Tragödie der Münchener Räterepublik, das ist die Tragödie der großen Sowjetrepublik Rußland. Auch Lenin kommt nicht ohne Kapitalisten, ohne Ausbeutung, ohne schnödeste Vergewaltigung der wirtschaftlichen Demokratie aus. Politische Freiheit und wirtschaftliche Unfreiheit sind auf die Dauer ebenso wenig vereinbar wie wirtschaftliche Freiheit und politische Unfreiheit. Lenin aber braucht beides in seiner Wirtschaft, so ist die politische Alleinherrschaft der Arbeiter nur ein Betrug der Massen. Die Einigung des Proletariats ist nur möglich

auf dem echt marxistischen Boden der Demokratie.

Erfüllen wir die Massen mit sozialistischem Geist, dann führen wir den Sozialismus durch, gestützt auf den Mehrheitswillen; dann allein machen wir aus der deutschen Republik, was sie bisher noch nicht ist, eine sozialistische Republik (Sehr gut). Alles andere sind aussichtslose Vergewaltigungsversuche.

Genossen! Unsere Kriegspolitik wird von den Unabhängigen verrissen. Wir haben größere Sorgen und Pflichten des Tages als den Streit darüber, aber der Entwurf von Versailles zeigt, daß ein Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse die Abwehr der Niederlage forderte. **Die Friedensbedingungen der Entente waren die endgültige und unangreifbare Rechtfertigung der Kreditbewilligungen** (Sehr gut). Die Unabhängigen haben während des Krieges gepredigt: Die Landesverteidigung wäre längst gesichert, die Feinde wollten nicht erobern, die Arbeiter hätten kein Interesse am Raufen der Kapitalisten um die Profite; die Proletarier Englands und Frankreichs würden eine Vergewaltigung Deutschlands nicht zulassen. Alles das war Phantasie und Lüge. So haben die Unabhängigen während des ganzen Krieges das Volk belogen und betrogen, sie haben niemals eine Politik der Zielklarheit und der Folgerichtigkeit getrieben. **Keine ihrer Versprechungen können sie im Ernst einlösen** (Sehr wahr). Auch die Unabhängigen müssen mit Wasser kochen (Heiterkeit).

Unsere Revolutionspolitik gefällt den Unabhängigen auch nicht, wir sollen die Revolution nicht gemacht haben. In der Tat, wir haben sie nicht gemacht. Wir datieren die Revolution nicht erst vom 9. November, sie war schon vorbereitet durch die Weltrevolution des Kapitalismus, der im Kriege sein Kleid sprengte, das ihm zu eng geworden. (Sehr gut!) Aber trotzdem, wir haben die Revolution nicht verschlafen wie das Ledebour am 9. November buchstäblich widerfahren ist. Wir haben schon bei dem Januarstreik in Berlin erlebt, daß Ledebour von den Obleuten der Unabhängigen heruntergeschrien wurde, als er die Teilnahme unseres Parteivorstandes an der Bewegung zu verhindern suchte. Nichts wird die deutsche Sozialdemokratie je von der Arbeiterschaft trennen, **diese Einheit ist unlösbar und untrennbar.**

Wir sagen nicht, wir hätten die Revolution gemacht. **Die Revolution ist nicht gemacht worden, sie kam, sie mußte kommen und war nicht zu verhindern.** (Lebhafter Beifall.) Die schwere Niederlage hat sie gereift; aber ganz gewiß war die Revolution nicht etwa gemacht von denen, welche mit russischem Geld Revolver gekauft haben oder sie auch schuldig geblieben sind, wie Emil Barth. Noch **am 23. November, als Emil Barth schon mehrere Wochen in der Regierung saß, hat er die Waffenankäufe fortgesetzt,** die vielleicht weniger gegen die alten Gewalten als gegen andere Leute bestimmt waren. Wir haben am 9. November sofort die Einigung des Proletariats gefordert — unaufhörlich, nachdem die Unabhängigen sie abgelehnt hatten. Im Namen ihres Parteivorstandes hat Frau Zietz ausdrücklich erklärt, daß sie sich niemals mit uns einigen würden. Allein die Unabhängigen sind schuld an dem Schaden, der dem Proletariat aus der Uneinigkeit erwächst. Wir sind noch

jeden Tag zur Einigung bereit,

sie kann und muß erfolgen **auf der Grundlage des Erfurter Programms, nach dem Bekenntnis zur Demokratie.** Wir wollen nicht verleugnen, wofür wir 50 Jahre gekämpft haben. (Sehr gut.) Auch in der Partei muß die Mehrheit maßgebend bleiben, sonst kommen wir niemals zu festen Grundsätzen und ruhigem Arbeiten. Wir werden uns niemals gegen den Mehrheitswillen auflehnen. Wenn aber die Mehrheit in der geeinigten Partei für uns sein sollte, müssen sich auch die anderen fügen. So klar und einfach liegt die Frage der Einigung, und nur böser Wille kann das verwirren. Die Unabhängigen greifen unsere Militärpolitik heftig an. Aber vergessen Sie nicht, daß schon am 10. November die „Rote Fahne“ aufgerufen hat: „Proletarier, behaltet die Waffen.“ Seitdem haben Kommunisten und Unabhängige unaufhörlich versucht, sich als kleine Minderheit mit Waffengewalt der Regierung zu bemächtigen. In den kritischen Januartagen riefen Zehntausende Parteigenossen zu uns hinauf: Gebt uns Waffen, damit wir uns verteidigen können. Ohne die **Freiwilligen wären Westpreußen und Oberschlesien längst genau so verloren wie Posen.** Wer die Handgranaten und Revolver als Argumente in den politischen Kampf eingeführt hat, muß sich auch gefallen lassen, daß wir die stärkeren Argumente diesen selbst gegenüber zur Anwendung bringen. War es etwa demokratische Erziehung, wenn die Unabhängigen durch die Straßen zogen mit Bildern Scheidemanns und Eberts am Galgen? Das war die **Aufforderung zur nackten und brutalen Gewalt,** und dagegen wehren wir uns. Die freiwilligen Truppen haben eine Anzahl scheußlicher Ausschreitungen sich zuschulden kommen lassen, aber vergessen wir auch **das Schuldkonto der Gegenseite** nicht, die Vorkommnisse in der bayrischen Landesversammlung, die Ermordung der Abgeordneten, die scheußliche Ermordung Neurings und die vielen anderen Bluttaten. Die Auflösung der Freiwilligenverbände hätte in jedem Augenblick den sofortigen Sturz der Regierung und die Auslieferung des Staates an gewalttätige bewaffnete Haufen bedeutet. Das zeigt mit aller Deutlichkeit der tragische Karneval der Münchener Räterepublik, und gerade in München haben die rasch aufgerufenen Freiwilligen abscheulich und wüst gemordet, während die zu Hilfe gekommenen Reichswehrformationen sich einwandsfrei benommen haben. Das beweist, daß es mit der Zeit gelingt, ungeeignete, gewalttätige, blutdürstige Elemente, die sich in Führerschaft und Mannschaft einschleichen, zu entfernen und die Uebergriffe zu verhindern. Daran **ist am stärksten die Regierung selbst interessiert,** weil sie selbst den größten Schaden durch die Greueltaten der freiwilligen Truppen hat. Ob immer energisch und geschickt genug dagegen vorgegangen worden ist, werden wir erörtern. An Mahnungen hat es der Vorstand nicht fehlen lassen. Daß grundsätzlich andere Militärpolitik richtig ist, zeigt die Sowjetrepublik, deren einzige politische Leitung die Rote Armee ohne Soldatenräte war, mit eiserner Disziplin, mit Kommandogewalt der alten zaristischen Offiziere. Trotzky ist nichts anderes als der Noske Rußlands (Große Heiterkeit und lebhafter Widerspruch Noskes.) Ein Verzicht auf bewaffneten Widerstand gegen Bewaffnete würde noch jetzt zum Chaos führen.

Die großen Fragen unseres Wirtschaftslebens werden zur unbarmherzigen Entscheidung kommen, wenn der Friede geschlossen ist. Wir sind fest überzeugt davon, daß Deutschland

nur mit Hilfe einer planmäßig geordneten Wirtschaft

sich erholen kann; weder das Reich noch der einzelne Kapitalist erhält ausländischen Kredit, sondern nur die Gesamtheit der Betriebe einer Industrie in Selbstverwaltung zusammengefaßt unter sorgfältiger Kontrolle des Reiches. Das ist auch der richtige Uebergang zur sozialistischen Gemeinwirtschaft. Ich bekenne mich grundsätzlich zu den Wissellschen Anschauungen und bin überzeugt, daß die ganze Partei dahinter steht. (Lebhafter Beifall.) Ohne Sozialisierung kann das deutsche Wirtschaftsleben nicht wieder aufgebaut werden. Aber freilich gehören dazu auch andere Voraussetzungen. Ein Aufruf aller Fraktionsleiter der Unabhängigen hat erklärt: „Durch den Frieden von Versailles wird das deutsche Wirtschaftsleben ruiniert, das Proletariat versklavt und der Keim zu neuen künftigen Kriegen gelegt.“ **Und einen solchen Frieden des Ruins und der Versklavung sollten wir unterschreiben?** Noch ehe der Wortlaut des Friedens genau bekannt war, haben die Unabhängigen verlangt, daß wir unsere Namen darunter setzen sollten, während sie selbst die Unterschrift ablehnen. So kann man doch unmöglich verhandeln, das geht gewiß nicht in den Kopf eines Arbeiters mit gewerkschaftlicher Erfahrung hinein. Damit ist den Friedensfreunden in der ganzen Welt aufs schwerste geschadet worden, das heißt nicht mehr sachliche Politik treiben, sondern Opposition um der Opposition willen.

Wir haben diese Pflichten gegenüber der Internationale stets sehr ernst genommen. Einzelne Genossen sind über ihre Leistungsfähigkeit und ihren Aktionswillen sehr skeptisch, und der Schein spricht für sie. Trotzdem halten wir ewig an dem Grundsatz fest: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ mit der ganzen Inbrunst und Liebe eines Glaubens hängen wir an der internationalen Menschenverbrüderung, an der alle umfassenden Liebe besonders für die Geknechteten und Beladenen. Dieser Gedanke ist so groß und erhaben, daß jede Kritik vor ihm schweigen muß.

Aber die Liebe zur Internationale entzündet sich uns an der Liebe zum eigenen Volk, das wir doppelt lieben in seiner Schmach und in seinem Unglück.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Die Internationale hat es abgelehnt, uns zu brandmarken und auszustoßen. Wir kennen die volle Schuld der alten Machthaber und werden sie ihrem Richter nicht entziehen; aber niemand wird mir die Ueberzeugung beibringen, daß Deutschland allein der Sündenbock ist, daß der Zar ein weißes Unschuldslämmerlein war, daß der Suchomlinow-Prozeß nie stattgefunden habe und daß Jaurès nur gegen Gespenster gekämpft hat, wenn er die Revancheidee unaufhörlich als Friedensgefahr denunziert hat. Auch in der Internationale gewinnt man nicht an Achtung und Ansehen, wenn man sich duckt und im Büßerhemde dasteht. Kein Franzose oder Engländer hätte jemals die alleinige Schuld auf sein Land genommen. Auch der nationale Stolz ist etwas Großes und Gewaltiges, und wir Deutsche können ihn **lernen von den Franzosen, von den Engländern und allen freien Völkern.** (Stürmischer Beifall.) Von ihnen müssen wir lernen, deutsch zu fühlen auch gegenüber einem Clemenceau, diesem Manne von Blut und Eisen im 20. Jahrhundert, gegen den Bismarck nur ein elender Stümper gewesen ist. Wir danken der Internationale für ihre tapferen Beschlüsse in Bern und Amsterdam, **aber wir rechnen nicht damit, daß schon morgen oder übermorgen die Weltrevolution uns von den Ketten dieses Gewaltfriedens befreien wird.** Nein, wir werden weiterhin mit Handschellen und Ketten am Bein regieren und sozialisieren müssen. Gleichviel wer regiert, er könnte gegenwärtig nichts tun gegen die ungeheure Not unseres Volkes. Kritisieren Sie alles, was wir getan haben, aber tun Sie es nicht, ohne uns bessere Wege zu zeigen, sonst treiben wir schließlich trotz alles unseren Ringens und Mühens in den Untergang hinein. Was der Parteitag heute braucht, ist Tatsachensinn, Wirklichkeitskenntnis und Verantwortlichkeitsgefühl. **Unser Weg geht nicht nach links und nicht nach rechts, er geht geradeaus durch die Demokratie zu dem Sozialismus, der Wohlergehen, Freiheit und Glück für alle verbürgt.** (Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Hierauf werden nach 8½ Uhr die Verhandlungen auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

---

12. Bundesturntag des Arbeiter-Turnerbundes.

Am zweiten Verhandlungstag kam der mit großer Spannung erwartete 2. Punkt der Tagesordnung zur Beratung: Die Taktik des Arbeiter-Turnerbundes. Hierzu lagen die bekannten politischen Anträge des Turnvereins „Fichte“-Berlin vor: Mitglied im Arbeiter-Turnerbund darf nur sein, wer sich für die Diktatur des Proletariats und als revolutionärer Arbeiter erklärt, der Bund soll die Trennung von Kirche und Staat verlangen, von allen Bundesmitgliedern wird der Austritt aus der Landeskirche erwartet usw. Der Bundesvorstand beantragt, die „Fichte“-Beschlüsse gegen die S.P.D.-Mitglieder für unwirksam zu erklären, ferner soll die unbedingt Neutralität in dem sozialistischen Richtungsstreit durch einen Beschluß festgelegt werden. Der Referent, Bundesturnwart Koppisch, führte aus: Mit der Arbeiterjugendbewegung ist ein Einverständnis leider noch nicht erzielt worden. Hier müsse es Aufgabe der örtlichen Kartelle sein, eine Verständigung zu suchen. Viele Genossen seien der Meinung, daß von einer Gleichberechtigung der Arbeiter-Sportbewegung gegenüber Partei- und Gewerkschaftsorganisationen keine Rede sein könne. Der Eintritt in die staatlichen Jugendpflege-Ausschüsse sei notwendig, um für die Bereitstellung von Turn- und Spielplätzen usw. zu wirken. Wir müßten dort unsere Forderungen stellen und dürften nicht zu bescheiden sein, habe doch der Reichsausschuß für Leibesübungen (bürgerliche Zentrale) vor dem Kriege 200 000 M. erhalten und verlange jetzt von der Nationalversammlung wiederum 200 000 M. zur Veranstaltung Deutscher Kampfspiele. Eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Verbänden, die an der Unterdrückung der Arbeiterturner, an der imperialistischen Kriegshetze und an der Förderung des byzantinischen Hurrapatriotismus sich hervorragend beteiligt haben, könne es nicht geben. Der Bund sei aus dem Klassenkampf geboren, er müsse alle Kraft daran setzen, die Harmonieduselei zu bekämpfen und die Arbeiter zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Redner wendet sich dann gegen die „Fichte“-Anträge, die nicht angenommen werden könnten, da sie den Bund in Gefahr bringen würden. Wir müssen

alle Sozialisten als gleichberechtigt anerkennen

und dürfen nicht zwei Klassen schaffen.

Korreferent Weyer („Fichte“-Berlin) führt aus: Wir wollen den Kampf gegen die Bourgeoisie führen. Der Kapitalismus hat abgewirtschaftet, wir fordern vom Sozialismus, der seine Erbschaft angetreten hat, nicht nur gleiche Rechte, sondern mehr Rechte, nachdem wir bisher entrechtet waren. Deshalb fordern wir die Diktatur des Proletariats. Wenn der Bund sich dafür erklärt, ist „Fichte“ auch für Einigung in Berlin. Mit der Resolution des Bundesvorstandes und Wildungs würde die Einigkeit des Proletariats ein für allemal verrammelt.

Bundesredakteur Wildung: Die Arbeiterschaft habe durch die Revolution die Macht in die Hand bekommen. Nur durch ihre Uneinigkeit sei sie außerstande, diese Macht zu handhaben. Der Bundesvorstand habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß wir Sozialisten seien, aber wir lehnen es ab, uns auf den Boden einer bestimmten Partei zu stellen.

Die große Mehrzahl der Bundesvereine stehe auf dem Standpunkt der S. P. D.

Daher sei eine Spaltung des Bundes unausbleiblich, wenn die Anträge von „Fichte“ angenommen würden. Berlin habe dem Bund Knüppel zwischen die Beine geworfen und die Agitation fast unmöglich gemacht. Der Antrag betr. Diktatur sei der Vorstoß einer bestimmten Partei in das Lager des Arbeiter-Turnerbundes. Wir brauchen eine Basis, auf der alle Sozialisten brüderlich zusammenarbeiten können. Deshalb rufe er allen Delegierten zu: Seid einig! (Lebhafter Beifall.)

Die ganze Nachmittagssitzung wurde durch Diskussion über diesen Punkt ausgefüllt.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag: Größtenteils trocken und im Westen überwiegend heiter, im Osten zeitweise stärker bewölkt, in den Mittagsstunden mäßig warm.

Blusen-Pracht

bietet in Kleidern und Blusen preiswerte Eleganz.

Angestellte der Groß-Berliner Zeitungsbetriebe!

Kollegen und Kolleginnen! Seit Wochen verschleppen die Arbeitergeber trotz des Drängens der Organisationen den Eintritt in kollektive Verhandlungen. Inzwischen ist durch die wachsende Not die wirtschaftliche Lage der Angestellten unhaltbar geworden. Es kann so nicht weitergehen! Die Angestellten müssen zeigen, daß sie nicht gewillt sind, sich weiter mit Bettelpfennigen abspeisen zu lassen, sondern mit aller Entschiedenheit darauf bestehen, daß nunmehr schleunigst und grundlegend Abhilfe geschaffen wird. Zwecks Stellungnahme und Beschlußfassung hierzu findet am

Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 Uhr,
in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, eine

öffentliche Berufs-Versammlung

aller Angestellten der Groß-Berliner Zeitungsbetriebe statt. — Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen!

Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- u. Zeitungsgewerbes. — Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe.

Mitgliedschaft Berlin I u. XI (Lithogr. u. Steindrucker).

Heute Mittwoch, den 11. Juni, abends pünktlich 5½ Uhr, im großen Saale des „Berliner Klubhaus“, Ohmstr. 2:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
Das Ergebnis der Tarifverhandlungen für das Lithographie- und Steindruckgewerbe.
Referent: Kollege Haß.

Die Versammlung ist für die Kollegen von größter Bedeutung. Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches bzw. Karte! Ohne dem kein Zutritt! 109/17

Die Verwaltung. J. A.: O. Hoffmann. A. Czech.

Prinzeß-Theater
Kantstr. 163 am Zoo.
2. Woche
Der beispiellose Erfolg!
„Anders als die Andern“ (§ 175)
Von Dr. Magnus Hirschfeld 50/20
Regie: Richard Oswald.
Conrad Veidt — Reinhold Schunzel — Anita Berber
Fritz Schulz
5 — 6.45 — 8.30

Kautabak
in Rollen und Stangen aus reinem Tabak.
Zigarren von 600 M. pro Mille an.
Zigaretten jeden Posten an
Wiederverkäufer abzugeben in den **Zigarren-Geschäften**
(Abteilung en gros)
Friedrichstr. 243 (Hall. Tor)
Alexanderstr. 9 (beim Pol.-Pr.)

Nebenverdienst
durch Verkauf lohnender kosm. u. hygien. Artikel unter Kollegen und Kolleginnen. Anfragen R. W. 9653 Rudolf Mosse, Berlin, Potsdamer Straße 33.

Etablissement Kyffhäuser
Nieder-Schöneweide, Berliner Straße.
Direkt an d. Oberspree gelegen.
Im Konzert-Garten jeden Mittwoch
Großes Konzert
Salon-Kapelle Felix Zöllner aus Breslau.
Jeden Donnerstag im großen Festsaal
Ball intim
Erstklassige Ballmusik.
Beginn 7 Uhr.
Jeden Sonntag ab 4 Uhr
Modern. Ball Kapelle R. Anjarska.

Neukölln.
In bester Lage haben wir ein mit allen modernen Einrichtungen versehenes Wohnhaus zu verkaufen. Das Haus enth. Wohnungen von 4—8 Zimmern und kostet bei einem Mietsertrage von ca. 29400 M. (billige Mieten) 285000 M.
Jer. Schmidt Söhne,
Leipzig. St. 112, C. Monestr.
Amt. 15800—3 u. 3000.

Bekanntmachung.

Zur Einrichtung und Leitung eines Wohlfahrtsamtes wird eine geeignete Kraft gesucht, die mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und Verwaltungsanordnungen vertraut ist und praktische Erfahrung in den Geschäften eines Arbeitsamtes, der Armen-, Erwerbslosen-, Waisenfürsorge, der Jugendpflege, der Wohnungspflege und der Gesundheitsfürsorge besitzt.
Bewerbungen sind uns umgehend, spätestens bis 1. Juli d. J. unter Angabe der Gehaltsansprüche einzureichen.
Cöpenick, den 7. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Brillanten Perlen Juwelen kauft zu hohen Preisen
Ballschansky, Friedrichstr. 155, Ecke Unter d. Linden gegenüb. d. Viktoria-Café. Zentrum 1060

Futterhäcksel
habe ab meinem hiesigen Lager wieder laufend abzugeben.
Arthur Schätze, Berlin W 62, Wittenbergplatz 2
Telephon: Amt Steinpl. 16311.
Vertreter für Groß-Berlin gesucht.

H. & P. Uder Berlin SO 16 Engelufer 5
Bis auf weiteres:
Geschäftszeit von 8—2 Uhr.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 5014.

Möbel-Fabrik A. S. Ball
Berlin W, Potsdamer Str. 27a.
Muster-Wohnungseinrichtung
3 Zimmer u. Küche insges. M. 12 586,—

Speisezimmer eichen, reich geschnitzt		Schlafzimmer weiß lackiert	
1 Büfett	M. 2500,—	1 Auskleideschrank m. Spiegel	M. 690,—
1 Anrichteschrank	M. 1500,—	2 Bettstell. à 312,-	M. 624,—
1 Ausziehtisch mit 4 Platten	M. 725,—	2 Patentmatratzen à 75,—	= M. 150,—
6 Stühle m. Lederbezug à 150,-	M. 900,—	1 Waschtoilette mit Marmor	M. 352,—
komplett	M. 5625,—	1 Toilettenspieg.	M. 188,—
		2 Nachttische mit Marmor à 144,-	M. 288,—
		2 Stühle à 65,—	M. 130,—
		komplett	M. 2372,—

Herrenzimmer eichen gewachst		Küche weiß lackiert	
1 Bibliothek	M. 975,—	1 Küchenschrank	M. 460,—
1 Schreibtisch	M. 595,—	1 Küchentisch	M. 115,—
1 Arbeitstisch	M. 250,—	1 Küchenrahmen	M. 58,—
4 Stühle m. Lederbezug à 138,—	M. 552,—	2 Küchenst. à 26,—	M. 52,—
1 Schreibsessel m. Lederbezug	M. 300,—	1 Kohlenkasten	M. 52,—
komplett	M. 2672,—	komplett	M. 737,—

Lieferung frei Haus oder frei Bahnhof Berlin.
Abbildungen stehen franko zur Verfügung.

Bezirksverband Groß-Berlin.

Bureau: Bellevuestr. 7.

Mitglieder-Versammlungen für Berlin

am Mittwoch, den 11. Juni 1919, abends 7 Uhr:

2. Abt. bei Schirm, Charlottenstr. 7/8. Referent: Genosse Dr. Treitel.
3. u. 4. Abt. im Nationalhof, Bülowstr. 37. Lichtbildervortrag des Genossen Dr. Malkowski.
5. Abt. in der Bierglocke, Bellealliancestr. 106, 1 Treppe.
6. Abt. in den Bezirkslokalen.
7. Abt. in den Blücherfestsälen, Blücherstr. 61. „Völkerbund und Frieden“. Referent: Genosse Pfarrer Francke.
8. Abt. Aula des Realgymnasiums Boeckhstr. 10. Referent: Genosse Max Grunwald.
9. Abt. in den bekannten Bezirkslokalen.
10. Abt. Schulaula, Reichenberger Str. 68/70. Referentin: Genossin Edda Federn.
11. Abt. Schulaula Görlitzer Str. 31, Ogb. I. Aufg. 3 Tr. Referentin: Stadtverordnete Genossin Riedger.
14. Abt. Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal I. Referent: Genosse Bennowitz.
16. Abt. Handwerkerschulaula, Andreasstr. 1. Referent: Genosse Lehrer Kniel.
18. Abt. Schulaula, Littauer Str. 18. „Sozialisierung“. Referent: Genosse Heller.
19. Abt. Neumann, Schreinerstr. 63. Referent: Stadtverordneter Genosse Pattloch.
20. Abt. Schulaula, Straßmannstr. 6.
21. Abt. Boetz, Thaerstr. 23, Laubsch, Elbinger Str. 24, Pawlowicz, Kochhannstr. 31, Pfeiffer, Hausburgstraße 2, Weber, Ebertystr. 45, Wrubbel, Heidenfeldstr. 20.
23. Abt. „Werneuchener Schloß“, Werneuchener Ecke Knipprodestraße. Referentin: Gen. Kramm.
24. Abt. Mackolewski, Heinersdorfer Str. 8, Rösner, Immanuelkirchstr. 26, Wiezer, Christburgerstr. 9, Köhler, Greifswalder Str. 80b, Schwanherz, Naugarder Str. 3, Hetzel, Greifswalder Str. 57.
25. Abt. „Bubisäle“, Neue Königstr. 26. Referent: Genosse Oberlehrer Dr. Nußbeck.
26. Abt. „Bürgerheim“, Schönhauser Str. 23. Referent: Genosse Fuß.
27. Abt. Schulaula, Ruppiner Str. 48. Referent: Genosse Dr. Peiser.
29. Abt. Schulaula, Danziger Str. 23. „Sozialisierung“. Referent: Gen. Erwin Barth.
30. Abt. Schulaula, Pappelallee 41/42. Referent: Genosse Lehrer Hübner.
31. Abt. Schulaula, Schönfließer Str. 7. Referent: Genosse Stadtverordneter Klingler.
32. Abt. Gruppe I bei Haubeck, Schönhauser Allee 65, „ II „ Blessin, Stargarder Str. 3, „ III „ Kaltor, Gleimstr. 46.
33. Abt. Schulaula, Gramsstr. 11. Referent: Genosse Wermuth.
34. Abt. Schulaula, Bernauer Str. 89/90. Referent: Genosse Oberlehrer Meise.
35. Abt. bei Klinger, Wattstr. 17, Bienenkrug, Voltastraße 48, Bathke, Ackerstr. 81, Waldigt, Hussitenstraße 48, Bandit, Schulzendorfer Str. 15, Steker, Neue Hochstr. 48.
36. Abt. bei Bärwalde, Schlegelstr. 8, Boirau, Pflug- Ecke Wöhlertstraße, Hagenstein, Ackerstr. 6, Heyse, Bonenstr. 19.
37. Abt. Artushof, Perleberger Str. 26. Referent: Genosse Willi Gräber.
38. Abt. Café Gärtner, am Stadtbahnhof Bellevue. Referentin: Gen. Dr. Frankenthal.
39. Abt. Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Bochumer Str. 8. „Sozialisierung“. Referent: Genosse Dr. Striemer.
40. Abt. Schmidt, Wiclefstr. 17.
42. Abt. in den Bezirkslokalen.
43. Abt. bei Schade, Wöllner Str. 9. Meyer, Bankstr. 82.
44. Abt. Kerlin, Bankstr. 10, Schmidt, Prinzenallee 33.
46. Abt. Schulaula, Plantagenstr. 15/19. Referent: Stadtverordneter Genosse Broiat.
47. Abt. Schulaula, Ostender Str. 19.
48. Abt. Grunewald, Kameruner Str. 19. Referent: Genosse Nosnicka.

Donnerstag, den 12. Juni, abends 7½ Uhr:
13. Abt. im Alexandriner, Alexandrinenstr. 37.

Freitag, den 13. Juni, abends 7 Uhr:
41. Abt. in der Patzenhofer Brauerei, Turmstr. 26. Referent: Genosse Oberlehrer Meise.

Sozialdem. Wahlverein Stralau (S. P. D.)
Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Rudolf Hamann
Sonnabend verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 5 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof Stralau statt. 244/18
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben unvergeßlichen Tochter sagen wir allen Parteigenossinnen und Genossen insbesondere dem Bezirk Schäfer unseren herzlichsten Dank.
Berlin-Wilmersdorf, 7. Juni.
Rudolf Heinze und Frau nebst Tochter. 3019b

Wie ein Wunder beseitigt San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe** jed. Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl., in Originaldosen 4.50, 7.50 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke“ Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Möbel jeder Art preiswert
Große Auswahl
Möbel-Lechner
BERLIN
Brunnenstraße 7, Nähe Rosenthaler Platz.

Sozialdemokrat. Wahlverein Neukölln (S. P. D.)

Heute abend 8 Uhr:

Bezirks-Versammlungen

in nachstehenden Lokalen:

Bezirke:
1 Glawe, Schinkestr. 22.
2 Roßdeutscher, Bürknerstraße, Ecke Spremberger Straße.
3 Neugebauer, Sanderstr. 16.
4 u. 6 Schulz, Reuterstr., Ecke Lenaustr.
5 u. 7 Thiel, Weserstr., Ecke Friedelstr.
8 Brand, Pflügerstr. 19.
9 Gerstberger, Pannierstr. 40.
10 Aldring, Pannierstr. 54, Ecke Weserstr.
11 und 13 Marienfeld, Kaiser-Friedrich-Straße 226.
12 Schweighöfer, Weichselstr. 30.
14 Schittler, Weichselstr. 5, Ecke Donaustraße.
15 u. 16 Podbielski, Weichselstr. 2.
17 Prüfert, Fuldastr. 45.
18 Ewald, Weserstr. 172.
19 Schwengel, Elbestr. 8.
20 Pfeifer, Donaustr. 114.
21 Lingk, Anzengruberstr. 25.
23 Mühlenhaupt, Harzer Str. 22.
24 Meyer, Weserstr. 30, Ecke Treptower Straße.
25 Nitsche, Bertheisdorfer Str. 8, Ecke Donaustraße.
26 u. 27 Lichtenstein, Bergstr. 144.
28 u. 31 Münow, Kaiser-Friedrich-Str. 122, Ecke Saalestr.
32 u. 34 Amelungsen, Schierkestr. 1.
29, 30 u. 33 Panzer, Böhmischestr. 43/44.
35 u. 36 Kukutsch, Saalestr. 5.
37 bis 45. 5. Abt. Oberrealschule, Kaiser Straße.
49 Kutzke, Leinestr. 1.
50 Kittler, Leykestr. 2.
52 Canke, Thomasstr. 60.
53 u. 54 Grieger, Lessingstr., Ecke Kopfstr.
55 Schmidt, Steinmetzstr. 7, Ecke Walmannsdorfer Straße.
56 u. 57 Richnow, Prinz-Handjery-Str. 69, Ecke Lessingstr.
58 Wischnewski, Ziethenstr. 34, Ecke Fallstraße.
59 Schimmelpfennig, Hermannstr. 213, Ecke Jägerstr.
60 Dausacker, Ziethenstr. 25.
61 Iden, Boddinstr. 56.
62 Wall, Allerstr. 7.
63 Blum, Weisestr. 23, Ecke Steinmetzstr.
64 Hentschel, Herrfurthstr. 27.
65 Kunert, Herrfurthstr. 12/22.

Donnerstag, 12. Juni, abends 8 Uhr, Bezirke 46, 47, 48 u. 51 Berger, Hermannstraße, Ecke Schierkestraße.

Die Bezirksversammlungen der 9. Abt. finden am 18. Juni in folgenden Lokalen statt:
66, 67 u. 68 Neubauer, Mahlower Str. 12.
69 u. 70 Balewski, Münchener Str. 23.
71 u. 72 Breitkreutz, Reuterstr. 11.
73, 74 u. 75 Bähr, Karlsgartenstraße, Ecke Wißmannstraße.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstr 28, part. Fernspr.: Amt Moritzpl. 4787 **Filiale Berlin** Arbeitsnachw.: Gormannstr. 18 Fernspr.: Amt Norden 8791-97.

Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 Uhr, im großen Saale der **Königsbank,** Große Frankfurter Straße 117

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium und unsere Stellung dazu. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Von den in dieser Versammlung gefaßten Beschlüssen wird zum Teil die fernere Gestaltung unserer Lohnverhältnisse abhängen. Wir erwarten deshalb, daß kein organisierter Kollege in dieser Versammlung fehlt. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen!

Sehr preiswerte Angebote!!!

Prachtstücke in Seidenmänteln, glatt u. imprägniert zu 195, 225, 275, 350
Sportjacken 36, 41, 59. Covercoat-Sportmäntel, ¾ lang, 87, 118, 195

Wundervolle Kostüme
95, 122, 155, 187, 215, 350 usw.

Feine Stoffröcke 36, 55 Seiden-Röcke 97, 135
Entzückende Gesellschafts- u. Seidenkleider 258, 375, 525

Jetzt sehr billig!!!

Echte Pelzmäntel, lange Glockenform, 1650, 2225, 2700, 3500
Entzückende Plüschmäntel in prima Ausführungen, 395, 480, 625, 875

Westmann
1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstr. 37a.
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115.
Sonntags geschlossen!

Achtung!

Bekanntmachung

betreffend

Kartoffelabgabe.

I.

Die Abschnitte 24a bis 24e der Berliner Kartoffelkarte verlieren am Mittwoch, den 11. Juni 1919 ihre Gültigkeit.

Die zum **Verbrauch in der Woche vom 16. bis 22. Juni 1919** bestimmten und auf die Abschnitte 25a bis e der Berliner Kartoffelkarte entfallenden **5 Pfund** Kartoffeln sind bereits von **Mittwoch, den 11. Juni 1919 früh bis spätestens Montag, den 16. Juni abends** in den Kleinhandelsgeschäften abzugeben und zu entnehmen und für den Verbrauch in der angegebenen Zeit aufzubewahren.

Bis Mittwoch, den 11. Juni 1919 einschließlich hat also jeder Karteninhaber zur Vermeidung des Verlustes seine Kartoffeln auf Abschnitte 24 für die Woche vom 9. bis 15. Juni 1919 abzunehmen. Dasselbe gilt hinsichtlich der Abschnitte 25 für die Woche vom 16. bis 22. Juni 1919, welche bis Montag, den 16. Juni abends abzunehmen sind.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Militärurlauber und diejenigen Personen, die erst nach dem 11. Juni bezw. 16. Juni 1919 in den Besitz einer Kartoffelkarte gelangen, ebensowenig für den Verbrauch in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Einrichtungen der Volksspeisung, Kantinen gewerblicher Betriebe und gemeinnützigen Speiseanstalten.

II.

In gemeinnützigen Speiseanstalten, Kantinen gewerblicher Betriebe sind in der Woche vom 16. bis 22. Juni 1919 bei Entnahme einer ganzen Portion vier und bei Entnahme einer halben Portion zwei Abschnitte abzutrennen.

In Einrichtungen der Volksspeisung sind 7 Abschnitte bei Entnahme einer ganzen und 3½ Abschnitte bei Entnahme einer halben Portion abzutrennen.

Berlin, den 7. Juni 1919.

Magistrat.
Abteilung für Kartoffelversorgung.
J. Nr. 525 Kart. 10. Alberti.

Bekanntmachung.

In der Woche vom 9. bis 16. Juni d. Js. gelangt auf die Reichsfleischkarte anstelle von inländischem frischen Fleisch ausländisches Gefrierfleisch und zwar **Schweinefleisch** zum Preise von 11 M. für das Pfund zur Ausgabe.

Gemäß unserer Verordnung vom 17. April 1919 sind Dickbein, Spitzbein und Kopf ohne Backe als Knochenbeilage dem knochenfreien Fleisch und dem Fett bis zu ein Fünftel der eingekauften Fleischmenge zuzuwiegen. Das Ausschälen von Rückenfett und der Verkauf von gehacktem Schweinefleisch ist verboten.

Da eine Gewähr für Trichinenfreiheit nicht übernommen werden kann, ist das Auslandsfleisch nur in gargekochtem oder durchgebratenem Zustande zu genießen.

Wer das Auslandsgefrierfleisch nicht beziehen will, kann als Ersatz dafür Nährmittel entnehmen und zwar in doppelter Menge, auf jeden Fleischkartenabschnitt (Fleischmarke), also 50 Gramm. Die Ausgabe der Nährmittel erfolgt ebenfalls in der Woche vom 9. bis 16. Juni in durch besonderen Aushang kenntlich gemachten Geschäften, die noch bekannt gegeben werden.

Berlin, den 6. Juni 1919.

Der Magistrat.
J.-Nr. 483. V. S. Ia. 19. Wermuth.

Betrifft Mieterschutz.

I. Auf Grund des § 5, Ziffer 1 der Bundesratsverordnung vom 23. September 1918 (Bekanntmachung zum Schutze der Mieter) und auf Grund der Ermächtigung des Herrn Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 13. November 1918 wird hiermit für den Bezirk der Stadt Berlin angeordnet, daß die Vermieter von Wohnräumen der Gemeindebehörde (Wohnungsamt) unverzüglich Anzeige zu erstatten haben, wenn eine seit dem 1. Juni 1917 dauernd oder zeitweise vermietet gewesene Wohnung an einen neuen Mieter zu einem höheren Mietzins vermietet wird, als ihn der letzte Mieter zu entrichten hatte; in der Anzeige ist der zuletzt entrichtete und der neue Mietzins anzugeben. Etwaige Nebenleistungen des Mieters gelten als Teil des Mietzinses.

Wer vorsätzlich dieser Anordnung zuwider eine ihm obliegende Anzeige nicht rechtzeitig erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft.

II. Gleichzeitig wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß
1. der Herr Staatskommissar für das Wohnungswesen auf unsern Antrag unter dem 5. Mai 1919 die Mieteinigungsämter ermächtigt hat, auf Anrufen der Gemeindebehörde (Wohnungsamt) den mit dem neuen Mieter vereinbarten Mietzins auf die angemessene Höhe herabzusetzen.
2. der Herr Oberpräsident von Berlin auf unsern Antrag unter dem 14. Mai 1919 gemäß § 6 der Bundesratsverordnung vom 23. September 1918 angeordnet hat, daß
a) die Vermieter von Wohnräumen ein Mietverhältnis rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamtes kündigen können, insbesondere wenn die Kündigung zum Zwecke der Mietsteigerung erfolgt,
b) ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis als auf unbestimmte Zeit verlängert gilt, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Einigungsamtes zu dem Ablauf erwirkt hat.
Das Einigungsamt kann bei der Entscheidung die Fortsetzung oder die Verlängerung des Mietverhältnisses jeweils bis zur Dauer eines Jahres bestimmen.
Bestimmt das Einigungsamt die Fortsetzung oder die Verlängerung des Mietverhältnisses, so kann es dem Mieter neue Verpflichtungen auferlegen, insbesondere den Mietzins erhöhen.

Berlin, den 5. Juni 1919.

Magistrat.
Wermuth.
Zu Tgb.-Nr. 219 M. E. A. 19.

Versteigerung von Kraftwagen.

Am 16. Juni 1919 und eventl. an den folgenden Tagen findet bei dem Reichsverwertungsamt, Verkaufsabteilung für Automobilwesen, Berlin-Tempelhof, Stettiner Korso, 9 Uhr vormittags beginnend, eine öffentliche Versteigerung von zirka 190 Fahrzeugen statt.

Zur Versteigerung gelangen:
ca. 35 Personenwagen,
„ 65 Last- und Lieferwagen,
„ 17 Krankenwagen,
„ 35 Anhänger,
„ 28 Fahrgestelle,
„ 10 Motorräder,
diverse Motoren,
„ Motorfahrzeugteile.

Verzeichnis der Versteigerungsobjekte nebst Einzelheiten über die Versteigerung ist vom 12. Juni ab in der Filiale Berlin-Tempelhof zu erhalten.

Daselbst können die Objekte am 14., 16. und 17. Juni von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr gegen Hinterlegung einer Bietekaution von 500 M. in bar pro Person besichtigt werden. Ohne Hinterlegung der Bietekaution kann das Gelände der Filiale am 14. bis 17. Juni sowie während der Versteigerungstage nicht betreten werden.

Die Bietekautionskarte der vorigen Versteigerung ist nicht gültig. Dieselben muß neu gelöst werden.

Kriegsanleihe wird nur in Zahlung genommen, wenn Käufer durch Vorlage seines Zeichnungsscheines nachweist, daß er die Kriegsanleihe selbst gezeichnet hat. Annahme derselben zum Nennwert.

Berlin, den 10. Juni 1919.

Reichsverwertungsamt
Verkaufsabteilung für Automobilwesen („Daubil“).

KLAVIERKAUF
ist
VERTRAUENSSACHE!

Wenden Sie sich deshalb immer an ein Spezial-Geschäft. Lassen Sie sich nicht durch Stuben- und wilde Händler und deren Schlagworte irre machen. Nachweislich zahlen Sie dort mehr als in einem reellen Geschäft und tragen allein das Risiko. In einem Spezial-Piano-Haus finden Sie fachmännische Beratung und Bedienung, reichhaltiges Lager und können sich hinsichtlich der Garantie an die renommierte Firma halten. Alle diese Vorteile beim Kauf hab. Sie immer bei

SPAETHE
Potsdamer Str. 136–137, an der Linkstraße

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßler.
7½ Uhr: 's Jungferngift.

Deutsches Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Pallenberg in
Familie Schimek.

Kammerspiele.
Allabendlich 7½ Uhr:
Leopoldine Konstantin
in Eifersucht.

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr:
Mia Werber und Hans Wassmann in Geisha.

Dir.: C. Meinhard - R. Bernauer
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
8 Uhr: Erdgeist.
(Lulu: Maria Orska.)
Donnerstag: Musik.
(Clara: Maria Orska.)
Freitag: Erdgeist.
Sonnabend 7 Uhr z. 1. Male:
Der Häuptling.
Satirspiel i. 3 Akt. v. P. Apel.
(Alfred Abel, Math. Brandt, Ernst Dernburg, Grete Diercks, Alexander Ekert, Werner Hollmann, Max Jungk, Rich. Leopold, Ernst Pröckl, Otto Schiller, Reinhold Schünzel.)

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
Gastspiel
Lucie Höflich u. Ludw. Hartau
½8 Uhr: **Liselott von der Pfalz.**

Berliner Theater
½8: Sterne, d. wied. leuchten.
Donn. ½8 U. Neueinstudiert:
Die tolle Komteß.
Operette in 3 Akten v. Rudolf Bernauer u. Rudolf Schanzer.
Musik von Walter Kollo.
(Hilde Wörner, Melitta Klefer, Olga Engl, Emil Birron, Ernst Behmer, Hermann Picha, Paul Rehkopf, Alfred Scherzer.)
Freitag: Sterne, d. wied. leucht.

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße, Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391
Tägl. 8 U. Heute z. 276. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonnab. d. ½4: Aschenbrödel.
Sonntag 4 U.: Johannisfeuer.

Walhalla-Theater.
7¼ Uhr:
Die kleine Sklavin.

Rose-Theater.
7¼ Uhr: Z. 25. Male: **Ehe-Urlaub**
7¼ Uhr Gartenbühne:
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.

Casino-Theater.
Lothring. Str. 37. Tägl. ½8 Uhr.
Nur noch bis diesen Sonntag
Der selige Hollschinski
und das gr. Spezialit.-Progr.
Sonnt. 3½: Du ahnst es nicht.
Ab Montag, 17. Juni, geschloss.

Luisen-Theater.
7½: **Die lichtscheue Dame**
Sonnabend 3: Max und Moritz.
Sonntag 3: Kabale u. Liebe.

APOLLO
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7¾ Sonntag 3½ und 7¾
Gastspiel

Anton
Herrnfeld
m. seiner aus 28 Personen bestehenden Gesellschaft in der 3aktigen Burleske
Wer ist der Vater?
Vorh. Spezialitäten!

METROPOL
KABARETT
BEHRENSTR. 53
Paul Steinitz
Minna Beverelly
Fritz Berger
Klein Rosa
Lachpillen-Wolf
Lassi u. Acuni
Hansi Etzer
Franz Romahn
Mia Renard
Adolf Karnbach
am Flügel: Henschel
Conf.: Flatow
Gylgyi - Konzerte

Lessing-Theater
Sommerspielz.: H. Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher:
8 Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theater.
Sommerspielzeit. Dir. Max Adalbert / Kurt Götz.
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Rutschbahn.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7½ Uhr: **Die Schönste von Allen.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Cavalleria rusticana.
Die Schwätzerin v. Saragossa.

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Das Dorf ohne Glocke.**

Kleines Theater.
7½ Uhr: **Kümmelblättchen.**

Komische Oper
7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.**

Lustspielhaus
7¾ Uhr: **Die spanische Fliege.**

Metropol-Theater.
7 Uhr 10: **Die Faschingsfee.**

Neues Operettenhaus
7¼ U.: **Die Dame vom Zirkus.**

Palast-Theater
7½ Uhr: **Talisman.**
Operette in 3 Akten v. Zorlig.

Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: **König Krause.**

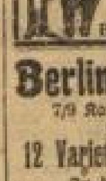
Thalia-Theater
7¼ U.: **Zur wilden Hummel.**

Th. am Nollendorfplatz
3¼ Uhr: Der neue Stiftsarzt.
Gr. Freund, E. Lichtenstein in
7½ Uhr: **Die Puppe.**

Theater d. Friedrichstadt
7½ Uhr: **4 Einakter.**

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Mandragola.**

National-Theater.
Stürmischer Erfolg. 7½ Uhr
Die Kinopuppe.

Theater am Kottbus. Tor
Allabendlich 7½ Uhr:

Elite - Sänger ehemal. Mitgl. d. Stettiner Sänger
Ruselli, Horst, Seidel usw.
Humor. Spielpl.
Sommerpreise!
Im Garten:
Blüthgen-Konzert.

Berliner Prater
7/9 Kastanienallee 7/9.
Täglich:
12 Varieté - Attraktionen.
In der Tanz - Diele **Ball.**
Anfang ½5 Uhr.

Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Voigt-Theater
Badstr. 58.
Tägl. Gr. Volkskonzert.
Ab Pfingsten:
Das Musikantenmädel.
Eröffn. 3 Uhr. Anf. 5 Uhr.

4–6
Freikonzert
Wiener
Praterleben
im Clou
Mauerstr. 82.
15. Juni letzter Tag!

Admirals-Palast.
Täglich ½8 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Ballette
Im Gespensterschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz - Revue

Admirals-Kino.
Die schwarze Loge.
Alfred Abel, Lori Leux.
Frau Hempels Tochter

BRAUNE'S DIELE
ALEXANDERSTR. 55
Lachpillen-Wolf
Else Garell
Karl Stöhr
3 Schwestern Löck
Alfred Jansen
Mary Walter
Rosl Körner
Am Flügel: Sawade
Conf.: Heinsius
Ebener - Konzerte.

Circus
Busch
Heute 7½ U.: **Circus-Programm**
Tänze und
Ein Fest n. d. Stiergefecht.
8½ Uhr präz.:
Ringer-Wettstreit
Stoll / Schneider
Möbus / Pelkert
Urbach / Pietro-Scholz
Entscheidungskampf:
Burzadanoff / Hansen-Esch

Reichshall.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Stettiner Sänger
Meysel, Britton,
Max Steidl usw.

Flamingo
Weinstuben
und Bar
Taubenstr. 35

Anerkannt vorzügl. Küche
Gute Weine
H. Kaffee / Zivile Preise
Wiener Schrammeln
Dietrich
Pepl Werner.
Gemütlicher Aufenthalt.
! Eintritt frei !

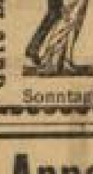
Kaffee Zielka
(Equitable)
Friedrichstraße 59/60, Ecke Leipziger Straße

Jeden Abend:
Serenissimus
Hyronimus XVI.
mit seinem
Hofmarschall Kindermann
die Höchstleistung unterhaltender Komik, und die
übrigen Attraktionen.
Billard-Wettspiele
Rosendiele 50 Billards

Interessante Bücher
Verlangen Sie kostenlose Prospekte von Verlag Aurora, Dresden-Weinböhla. 164/16

Reichs - Café Direktion Fritz Paul
Alexanderstraße 12
Täglich
8 Uhr
Else Elsbeth — Hanna Stiener — Hedy Werdermann — Sandeck
!! Zaubitzer !!
Ottokar - Duett
Kapelle Jahnke

Blüthnersaal, Lützowstraße 76.
Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr:
„AUFSTIEG"
Künstlerischer Vortragsabend.
Vortragsfolge:
Beethoven: „Egmont - Ouverture". Blüthner-Orchester unter Leitung des Herrn Kapellmeister Eduard Mörike. 3002b*
Walter v. Molo: „Den Sternen zu". Vorlesung aus dem Schiller-Roman des Verfassers.
Wagner: „Vorspiel" und „Isoldes Liebestod" aus „Tristan und Isolde".
Colin Roß: Auf der Schwelle, Gedanken z. Geist d. Zeit.
Liszt: „Préludes". Blüthner-Orchester.
Karten zu 3.–, 2.– und 1.– M. bei Bote & Bock und A. Wertheim, sowie an der Abendkasse.

Gute Ballmusik

Prachtsäle des Westens
Spichernstr. 8 (Untergrundbahnhof Nürnberger Platz)
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag: **Gr. Ball**
Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr.
Gute Ballmusik

Annahme für Vorwetten.
Rennen zu
Berlin-Karlshorst . . 12. Juni
München-Riem . . . 15. Juni
Hamburg-Großborstel 15., 17. Juni
Leipzig . . . . . . 15. Juni
Trabrennen zu
Berlin-Mariendorf . . 15. Juni
Heide i. Holstein . . 15. Juni
Annahme von Vorwetten für Berlin bei persönlich erteilten Aufträgen bis 3 Stunden vor dem ersten programmäßig angesetzten Rennen. Für auswärtige Plätze nur am Tage vor dem Rennen bis 7 Uhr abends:
Schadowstr. 8 parterre, **Kurfürstendamm 234, Bayerischer Platz 9,** Eing. Innsbrucker Str. 58, **Oranienburger Str. 48–49** (an der Friedrichstraße), **Schiffbauerdamm 19** (Kommission f. Trabrenn.)
Neukölln, Bergstr. 43.
u. an den Theaterkassen der Firma **A. Wertheim**
Leipziger Str. 132 — **Tauentzienstr. 12a**
Nollendorfplatz 7 — **Rathenower Str. 3**
Planufer 24 — **Königstr. 31/32.**
Moritzplatz — **Unter den Linden 14.**
Rosenthaler Straße
Für briefliche u. telegraphische Aufträge Annahme bis 3 Stunden vor Beginn des ersten programmäßig angesetzten Rennens
nur Schadowstr. 8.
An Wochentagen vor den Rennen werden Wetten bis 7 Uhr abends angenommen.

Berliner Theater
Morgen Donnerstag, 12. Juni
7,15 Uhr:
Neu einstudiert:
Die tolle Komteß
Operette in 3 Akten von **Rudolf Bernauer u. Rudolph Schanzer**
Musik von **Walter Kollo.**

Tonndorf
Berlin NW, Unter den Linden 56
Ab 1 Uhr mittags geöffnet!
Kaffee - Diele / Bar
abends erstrangiger Restaurationsbetrieb
Nachmittag- u. Abend-Konzerte
Kapellen Bermann u. Gebrüder Uschmann
Sehenswerter idyllischer Sommergarten
Arrangeur: Blumen-Schmidt-Berlin
Geschäftsleitung: Tonndorf-Betriebe
Ed. Arno Tonndorf

Von der Beschlagnahme freigegeben sind die Sittenromane von Jolanthe Marès.
Lilli
Ein Sittenbild aus Berlin W.
Preis geheftet M. 5,–, vornehm gebunden M. 7,50.
Lillis Ehe
Ein Sittenbild.
Preis geheftet M. 5,–, vornehm gebunden M. 7,50.
. . . ebenso glänzende wie wahrheitsgetreue Schilderungen der Verhältnisse, in denen die Jugend von Berlin aufwächst und moralisch und physisch zugrunde geht.
Ferner ist von der Verfasserin soeben erschienen:
Das große Unrecht
Aufzeichnungen eines Frauenarztes.
Preis geheftet M. 8,–, vornehm gebunden M. 11,–.
Nicht mit Unrecht wird von der Presse das Werk als ein Stich ins Wespennest bezeichnet.
Von Jolanthe sind ferner erschienen:
Seine Beichte
Der Roman eines Lebemannes.
Preis geheftet M. 7,50, vornehm gebunden M. 9,50.
Begierde
Ein Roman aus der Zeit vor dem großen Kriege.
Preis geheftet M. 7,50, vornehm gebunden M. 9,50.
Mütterreigen
Sehr ernste Geschichten.
Preis geheftet M. 7,50, vornehm gebunden M. 9,50.
Die Bücher sind einzeln od. zusammen zu bezieh. d.
Vogler & Co., Berlin W 9, Köthener Str. 27, Abtlg. 9.

Emmler's Möbel-Fabrik
Speise Zimmer
Herren-Zimmer
Schlaf Zimmer
Wohn Zimmer
Küchen
in allen Preislagen.
S. 59.
Kottbuserdamm 25/26

Everth & Mittelmann
Gegr. 1875. **Bankgeschäft** Gegr. 1875.
Berlin C. 19, Petriplatz 4
gegenüber der Petrikirche :::
Fernsprecher: Zentrum 2373, 7103 und 11541.
Geschäftsstunden 10–1, 3–6 Uhr
Sonnabend Geschäftszeit 9–3 Uhr.
Anmeldung ausländischer Effekten kostenlos.
Gewissenhafte Beratung bei Anlage der freigewordenen Kapitalien.
Beste Verwertung ausländisch. Anleihen u. Coupons.

Das beliebte gute Sauerstoff - Bleichmittel
Wäschepracht „Gauger"
gen. No. 3455
1150L.*
entspricht wieder den höchsten Anforderungen

Ardeltwerke, G. m. b. H.
Eberswalde bei Berlin
Fernspr. No. 34, 389, 407 u. 410 } Abteilung
Telegr.-Adresse: Ardeltwerk } Zahnräderfabrik
Zahnräder jeder Art
Verzahn. eingesandt. Körp. in 2-3 Arbeitstag.
142L.*

Plättmaschinen
zum Bügeln feiner Wäsche bieten gute Grundlage zur selbständigen Existenz mit wenig Kapital. Drucksachen und Offerten kostenlos. 772
Forster Wäschereimaschinenfabrik
Rumsch & Hammer, Forst (Lausitz 126)

Heilanstalt
für moderne ambulatorische Behandlung
mit den besten und modernsten Apparaten für elektrophysikalische Licht- u. Natur-Heilmethode. Die wissenschaftlich anerkannte und glänzend bewährte Behandlung mit den „**Künstlichen Höhensonnen**" als Ersatz für Behandlung in den Hochgebirgs-Sanatorien. Die „Künstliche Höhensonnen"-Behandlung ist das **beste** und **neueste Heilverfahren** bei allen **Erkrankungen der Lunge** und **der Atmungswege,** speziell bei **Lungenschwindsucht** und **Tuberkulose** jeder Art, chirurgischer sowie innerer. Die hiermit erzielten Heilerfolge sind unbestreitbar. Daneben kommen die modernsten und besten Heilapparate und Methoden zur Anwendung, z. B. Röntgen-Behandlung und -Untersuchung, Elektromagneto-Therapie, sämtliche medizinischen Bäder sowie Kräuterbäder, Inhalation von reinem Sauerstoff und innerlicher Gebrauch von Sauerstoff-Präparaten, mechanotherapeutische u. homöopathische Behandlung ɪc. — Durch die angeführten Heilfaktoren werden in unserer Heilanstalt hauptsächlich bei chronischen Krankheiten unbestreitbar die besten und dauerndsten Heilerfolge erzielt; **selbstverständlich nur bei genauer Durchführung der Kur, die ohne Berufsstörung** durchgeführt werden kann. — Mit bestem Heilerfolge werden behandelt: Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leberleiden; Nervenschwäche, nervöse Kopfschmerzen, allgemeine Nervosität, allgemeine nervöse Abspannung; Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtliche Ausschläge, Flechten, Wunden, Geschwüre; Lähmungen sowie Kinderlähmung; Stoffwechselkrankheiten, Zuckerkrankheit; Haut-, Harn-, und Unterleibskrankheiten. — **Freiwillige, briefliche und mündliche Anerkennungen früher behandelter und geheilter Patienten,** die angeben, vor der Behandlung in unserer Anstalt **anderweitig ohne Erfolg** behandelt worden zu sein: z. B.: 1. und 2. schreibt Herr Lehrer **Zielske** aus Zachzenbrück bei Zossen am 21. Dezember 1918: „Nachdem ich in einem Gebirgs-Sanatorium für Lungenkranke 5 Monate ohne Erfolg behandelt worden bin, habe ich in Ihrer Heilanstalt wieder Heilung gefunden und wurde vom Kreisarzt, der mich vorher für dienstunfähig erklärt hatte, nach genauer Untersuchung wieder für dienstfähig befunden. Seit dem 16. Oktober 1918 erteile ich 4 Stunden ununterbrochen Unterricht. Dies schreibe ich Ihnen ohne jegliche Beeinflussung Ihrerseits. Auch meine Frau, die bei Ihnen behandelt wurde, geht es ausgezeichnet (litt an tuberkul. Halsdrüsenvereiterung)." — 3. Herr Werkmeister **P. Völker,** Berlin, Utrechter Str. 25, schreibt: „Nachdem ich mehrere Wochen in einer ärztlichen Klinik ohne Erfolg behandelt worden war und mir schließlich der rechte Arm abgenommen werden sollte, habe ich mich in letzter Not an Ihre Anstalt gewandt und bin mit 45 Behandlungen von meiner **Blutvergiftung und Vereiterung des rechten Armes und der Hand** geheilt worden." — 4. Frau Magistratsassistent **Herrmann** aus Kottbus, Taubestr. 14, schreibt: „Ich bin von meinen **Magengeschwüren** mit 10 Behandlungen völlig in Ihrer Anstalt geheilt worden, nachdem ich 12 Jahre lang anderweitig ohne Erfolg behandelt worden war. Ich fühle mich so wohl und gesund, wie ich mich noch nie gefühlt habe." — 5. Herr Feuerwerksleutnant **Maschlanka,** Neukölln, Weserstraße 31 (jetzt Königsberg i. Pr.) schreibt: „Meine Mutter, meine Schwester, meine Frau und ich sind in Ihrer Anstalt geheilt und gebessert worden; die Mutter von chronischem **Magenleiden,** die Schwester von **Kopfschmerzen und Schwerhörigkeit,** meine Frau von **Herz- und Magenleiden** und ich von **allgemeiner nervöser Abspannung."** — 6. Frau Restaur. **Hering,** Berlin, Schönhauser Allee 87, schreibt: „Ich bin vor mehreren Jahren bei Ihnen von **Herzleiden und Basedowscher Krankheit** geheilt worden. Aus Dankbarkeit habe ich Ihnen viele Patienten mit gleichem Leiden empfohlen. Sollte sich irgend ein Leiden bei mir bemerkbar machen, so werde ich mich sofort wieder an Sie wenden." — 7. Herr **W. Heese,** Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Straße 67: Von 5 Monate alter, stark eiternder, breiter **Operations-Bauch- und Darmfistel** geheilt (vorher zweimal operiert). — 8. Herr **W. Herrmann,** Rahnsdorf, Dorfstr. 9: Von **tuberkulöser Brust- und Rippenfellvereiterung** geheilt. — 9. Herr **A. Schön,** Charlottenburg, Spandauer Berg 21: Von **Bronchialasthma** geheilt (anhalt. Heilung 9 Monate später bestätigt). — 10. Frau **M. Bornemann,** Berlin-Treptow, Graetzstr. 6: Von **Nieren- u. Blasenleiden** geheilt. — 11. Frau **Sennesch,** Berlin, Schreinerstraße 11: Von **Unterleibsleiden** und **Fingervereiterung** geheilt (Finger sollte abgenommen werden). — 12. Herr **P. Warskow,** Schöneberg, Eberstr. 56: Von **allgemeiner Neurasthenie, Herz- u. Magenneurose** und **Anaemie** geheilt (vorher dreimal Nervenchok). — 13. Frau **L. Freund,** Charlottenburg, Pestalozzistr. 53: Von **Venenentzündung im Unterschenkel** geheilt. — 14. Frau **A. Neubauer,** Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 91, I. Aufg. 1 Tr.: Von **Nervenschmerzen** in der Hüfte und Unfähigkeit zum Gehen geheilt. — 15. Frau **E. Hoborl,** Berlin, Kolberger Straße 28/29: Von **Nerven- u. Knochenhaut-Entzündung (vollständig gelähmt)** geheilt. — 16. Frau **M. Knorr,** Lichtenberg, Scharnweberstr. 62: Zu verschiedenen Malen von akuten und chronischen Leiden geheilt, u. a. von **Herzschwäche, Leberschwellung u. Magenkrebs.** — 17. Frau **A. Guebauer,** Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 102: Von **allgemeiner Neurasthenie, Leberanschwellung und Gallensteinen** geheilt (nach kurzer Behandlung Abgang von 15 Gallensteinen). — 18. **Familie Kirchner,** Steglitz, Albrechtstraße 107: Vier Personen von verschiedenen Leiden geheilt (gern zu Auskunft darüber bereit). — 19. Frau **A. Wunderlich,** Berlin, Schwedter Straße 250: Von **Magen- und Darmgeschwüren** geheilt. — 20. Frau **E. Regies,** Berlin, Neanderstraße 5: Von **Nervenschmerzen im ganzen Körper** geheilt. — Getrennte Behandlungsräume für Damen u. Herren! — Sprech- u. Behandlungszeit: 9–1, 4–7½. — Sonn- und Feiertag: 9–1.

Aerztliche Anstaltsleitung:
Heilanstaltsbesitzer
Professor P. Mistelsky
graduiert und approbiert im Ausland
Berlin SO. 16, Brückenstr. 10b
am Bahnhof Jannowitzbrücke.

Groß-Berlin

Die Forderungen und das Anstellungsverhältnis der Hilfsangestellten der Gemeinden.

Aus den Kreisen der Bureauhilfskräfte der Stadt Berlin erhalten wir eine umfangreiche Zuschrift, die im wesentlichen folgendes sagt:

Unsere Forderungen gehen auf einen Ausgleich unserer Arbeitsbedingungen mit den weit besseren der Handarbeiter und unserer Kollegenschaft in den Privatbetrieben. Die schlechten Lohn- und Kündigungsverhältnisse der Hilfsangestellten wurden in der imposanten Massenversammlung im Zirkus Busch am 15. April in einem ausführlichen Referat genügend vom Kollegen Bauer vom Verband der Bureauangestellten Deutschlands gekennzeichnet unter gleichzeitiger Begründung der aufgestellten Forderungen für die wirtschaftliche Besserstellung. Von Interesse dürfte aber das allgemeine Anstellungsverhältnis sein, besonders im Hinblick auf die Debatte in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 5. Mai.

Die Hilfsangestellten oder Bureau- und Kanzleihilfskräfte sind Angestellte im Sinne des Gesetzes und werden individuell auf Privatdienstvertrag angestellt. Zu ihnen gehört nicht die Gruppe derjenigen, die eine Anstellungsurkunde besitzen und deren Anstellungsverhältnis auf dem § 9 des K.B.G. basiert. Durch die Art der Anstellung und im weiteren durch die Beschäftigung hinsichtlich der Zeitdauer war eine außerordentliche Benachteiligung zu den Kollegen in den anderen Betrieben gegeben. Der kaufmännische und Bureauangestellte regelt sein Anstellungsverhältnis nach dem Handels- und Bürgerlichen Gesetzbuch und kann das Kaufmanns- oder ordentliche Gericht in Anspruch nehmen. In den kommunalen Verwaltungen fehlt aber den Angestellten dieses Recht, selbst die Erklagbarkeit steht ihm nicht mehr zu. Das Anstellungsverhältnis regelt an Hand allgemein gegebener Unterlagen der Vorgesetzte selbst. Es ist somit auch mehr oder weniger seine Sache, die rechtskräftigen Entscheidungen zu treffen. Dinge schwerwiegendster Art und nicht zuletzt die Existenz von Menschen hängen von der persönlichen Auffassung und vielleicht dem willkürlichen Urteil ab. Da wird man sich vorstellen können, wie sich praktisch die Gnade bzw. Ungnade bemerkbar macht. Tatsächlich war das Organ des Selbstverwaltungskörpers ein Bureaukratismus der Behörde mit allmählich sich herausbildenden willkürlichen Befugnissen geworden. Die Angestelltenausschüsse sahen wirkliche Arbeitgeber vor sich, die eigentlich genau im Unternehmerverhältnis stehen. Nun ist es Aufgabe der Gemeinden, zu dem natürlichen System der Selbstverwaltung zurückzukehren. Das Mitbestimmungsrecht bietet die beste Gelegenheit; es kann in den Gemeindeverwaltungen viel weitgehender geltend gemacht werden als in Privatbetrieben. Nur in vollständiger Verkennung des Wesens der Selbstverwaltung und der für sie durchzuführenden Demokratisierung konnte der Stadtverordnete Mommsen sagen, daß der Schiedsspruch vom 30. April ein Unglück für die Selbstverwaltung sei. Natürlich wird dabei der „Herr-im-Hause-Standpunkt" abgeschafft; deshalb kann man aber niemals sagen, daß die Dinge nun ordnungsmäßig nicht mehr geführt werden können. Man mußte sich an verantwortlicher Stelle hüten, die Dinge so auf den Kopf zu stellen, wie es in der Stadtverordnetensitzung getan wurde. Wir Hilfsangestellten betrachten uns als Arbeiter für das Wohl der Oeffentlichkeit und wir haben ein Recht, uns die Bedingungen für eine bessere Lebenshaltung zu schaffen, wenn sie nicht gegeben sind. Aber das Anstellungsverhältnis zu bessern — man kann dies Bestreben mit Forderung bezeichnen — ist nicht zuletzt moralische Pflicht aller dafür maßgebenden Stellen.

Verbandstag der sozialistischen Lehrer- und Lehrerinnen-Vereinigungen Deutschlands und Oesterreichs.

Die Verhandlungen begannen Dienstag im Orientalischen Seminar. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden Rydahl sprach Rektor Wille im Auftrage des Ministers. Was er über bevorstehende Maßnahmen ankündigte, dürfte das Wichtigste aus den Besprechungen des Vormittags gewesen sein. Die Kündigung aller geistlichen Kreisschulinspektoren steht unmittelbar bevor. Die Schulaufsicht soll nur von wirklichen Fachleuten geübt werden. Ein weiterer Erlaß wird den Konfirmationsunterricht regeln. Der Schulleitung wird ein ständiger Beirat in Schulsachen zur Seite gestellt. Auch eine Reichsschulkonferenz ist in Aussicht genommen. Um die Regierungen und Provinzial-Schulkollegien neu zu beleben, wird diesen Behörden je ein Vertreter aus der Lehrerschaft beigegeben werden. Eine Bitte auf Vertrauen für den Minister schloß diese Begrüßung.

Mit dem Eintritt in die Tagesordnung ergoß sich die Fülle der Meinungen über die Versammlung. Stimmberechtigt waren nur die etwa 40 Delegierten aus allen Gauen des Reichs. Die Zusammenfassung zu einem zentralen Verband wurde beschlossen. Ob die Satzungen endgültig oder bloß provisorisch sein sollten, wurde viel umstritten. Eine neue Tagung wurde für Herbst oder Sommer in Aussicht genommen.

Wohnungsbeschlagnahme in Berlin.

Zur Bekämpfung des Wohnungsmangels gab schon die Bundesratsverordnung vom 23. September 1918 den Gemeinden das Recht der Beschlagnahme von Wohnungen, die dann durch sie an Wohnungsuchende weitervermietet werden sollen. Der Berliner Magistrat will, einem Beschluß der Deputation für Wohnungswesen folgend, jetzt dieses Recht gebrauchen, um für den Umzugstermin des 1. Juli eine Wohnungsreserve bereit zu haben. Er will aus den von Grundstückseigentümern mit Kostenzuschüssen der Stadt hergerichteten Wohnungen 500 mieten, die über die ganze Stadt verteilt sind und je zu einem Drittel aus Einzimmerwohnungen, Zweizimmerwohnungen und Dreizimmerwohnungen bestehen. Der Mietpreis für zunächst drei Jahre wird im ganzen auf 845 000 M. geschätzt, die aus den einzelnen Mieten größtenteils wieder einkommen würden. Es handelt sich, wie man sieht, nicht um Beschlagnahme von Luxuswohnungen oder der absichtlich der Vermietung entzogenen Wohnungen, also auch nicht um eine Mehrung des Wohnungsangebotes. Der Magistrat will nur „Generalmieter" spielen, um bei der Weitervermietung die Ueberteuerung der Wohnungsuchenden eindämmen zu können. Er beantragt die Zustimmung der Stadtverordneten und Bewilligung des erforderlichen Vorschusses von 845 000 M.

Die Kommunalisierung der Straßenbahn.

Die Verhandlungen der Kommission des Zweckverbandes Groß-Berlin mit der Direktion der Gesellschaft Große Berliner Straßenbahn, die auf Kommunalisierung des Unternehmens abzielen, haben Dienstag unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth begonnen. Sie blieben einstweilen ergebnislos, weil zunächst Neigung zum Nachgeben noch bei keiner der verhandelnden Parteien vorhanden ist. Der Zweckverband bietet 100 Millionen Mark als Kaufpreis, die Straßenbahndirektion aber behauptet, mindestens 198 Millionen fordern zu müssen. Donnerstag wird weiterverhandelt.

Ueber die Uebernahme der Großen Berliner Straßenbahn

durch den Zweckverband hat sich Dr. Wussow, der Generaldirektor dieser Gesellschaft, einem Lokalkorrespondenten gegenüber folgendermaßen geäußert: Die Ueberführung der Großen Berliner Straßenbahn in den Besitz der Gemeinden ist im Augenblick eine Notwendigkeit für diese geworden. Der Verkehr kann auch durch die Gemeinden nicht besser bedient werden als jetzt, da die Große Berliner als Privatunternehmen das Menschenmöglichste geleistet hat. Die Große Berliner Straßenbahn ist das ertragskräftigste städtische Unternehmen Europas; daher haben die Gemeinden das größte Interesse, es ihrer eigenen schlechten Finanzlage wegen schnellstens in ihre Verfügungsgewalt zu übernehmen. Unter der Voraussetzung, daß die Tarife der Geldentwertung und den in anderen deutschen Großstädten eingeführten Tarifen entsprechen, würde das Unternehmen bei dem Umfange seines Verkehrs allein fast die gesamte Verzinsung der ungeheuren Schuldenlast der Stadt Berlin tragen können. Die Große Berliner Straßenbahn dürfte damit in Zukunft, wie früher die Eisenbahn für Preußen, das Rückgrat für die Finanzen Groß-Berlins bilden (!). Gegen die Kommunalisierung der Straßenbahn ist nichts einzuwenden. Unverständlich ist es nur, warum der Gesellschaft mit der Unterbindung der Lebensader gedroht wird, indem man sie durch Wiedereinführung des 12½-Pfennig-Tarifs innerhalb zweier Jahre durch den damit bedingten Verlust von rund 40 Millionen Mark in Konkurs bringen will, wenn sie nicht binnen zweier Wochen das Unternehmen für einen Kurs herausgeben will, bei dem der größte Teil der Aktionäre etwa die Hälfte seines Geldes verliert. Ein solches Vorgehen kann vom moralischen und rechtlichen Standpunkt nicht gebilligt werden (!), das Tarifrecht des Verbandes gewährt diesem die Kontrolle darüber, daß die Privatgesellschaft sich nicht übermäßig auf Kosten der Bürgerschaft bereichert, es gibt ihm aber kein Recht, den anderen Teil wissentlich zu ruinieren, um ihn dann billig einzuschlachten. Ueber den heutigen Wert des Unternehmens führt Dr Wussow aus, daß bei der Forderung von 198 Millionen Mark keineswegs ein Konjunkturwert angegeben worden ist. Die Herstellung eines solchen Unternehmens würde heute etwa 500 Millionen Mark kosten, nach Abzug der heutigen Schulden verblieben noch rund 400 Millionen Mark. Der Sachwert von 198 Millionen Mark ist in der Voraussetzung errechnet worden, daß die Materialpreise und Löhne in Zukunft auf 50 Proz. über den Friedensstand zurückgehen und daß eine Abschreibung auf die Anlagewerte in Höhe von 33⅓ Proz. in Ansatz gebracht wird.

Hetze gegen die Regierungstruppen.

Der „Vorwärts" brachte in seiner Morgenausgabe vom 8. Juni unter der Ueberschrift: „Wie lange soll die Provokation noch dauern?" einen Bericht, wonach bei Biesdorf aus einem fahrenden Zuge heraus von Regierungstruppen auf Eisenbahnarbeiter geschossen worden sei. — Wie uns hierzu mitgeteilt wird, hat sich der Vorgang folgendermaßen zugetragen: Der Zug befand sich in langsamer Fahrt. Die Regierungssoldaten, die auf offenen Loren standen, wurden von Streckenarbeitern, die am Eisenbahndamm arbeiteten, bedroht und mit Steinen beworfen. Als ein Arbeiter sich anschickte, einen großen Feldstein nach dem Zuge zu werfen, während ein anderer zum Wurf ausholte, um einen eisernen Schraubstock nach den Soldaten zu schleudern, zog ein Soldat vom Husarenregiment 11 seine Pistole und schoß nach den Angreifern, von denen einer getroffen wurde. Die Zeugenaussagen haben übereinstimmend ergeben, daß von den Regierungssoldaten keinerlei Provokation stattgefunden hat. Dagegen wurde der Transport auf der Fahrt durch Lichtenberg verschiedentlich von den Eisenbahnarbeitern bedroht. Es ist bedauerlich, daß durch den im „Vorwärts veröffentlichten, nicht den Tatsachen entsprechenden Bericht den Kommunisten und Gegnern der Regierung Agitationsstoff gegen die Regierungstruppen zur Verfügung gestellt worden ist.

Die kommunalen Arbeiterräte in Teltow und Niederbarnim.

Die Frage, ob die kommunalen Arbeiterräte weiterhin von den Gemeinden anerkannt werden und demgemäß zu unterhalten sind, ist für Kreis Teltow durch folgende Verfügung des Landrats von Achenbach geregelt worden: „In den Gemeindevertretungen bestehen zum Teil Zweifel, wie nach der Wahl der neuen Gemeindevertretungen die Stellung der Arbeiterräte zu beurteilen ist. Diese Zweifel sind begründet und drängen dazu, daß die Frage einer grundsätzlichen Regelung zugeführt wird. Bis diese getroffen ist, wird es sich empfehlen, an den Verhältnissen, wie sie sich in den einzelnen Orten herausgebildet haben, soweit nicht besondere Veranlassung vorliegt, zunächst nichts zu ändern. — Die Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte des Kreises Niederbarnim weist ihre Mitglieder an, treu auf dem Posten zu bleiben und gewissenhaft nach dem Rechten zu sehen.

Lazarette Groß-Berlins. Im Plenarsaal des Herrenhauses Donnerstag, 12. Juni, 10 Uhr, Vollversammlung. 100 Lazarettinsassen senden je einen Vertreter. Ausweise mitbringen! Tagesordnung: Bericht der Reichskommission. Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz. Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. Die Lazarettkommission.

Ehemalige österreichisch-ungarische Soldaten erhalten rückständige Gebühren in der Kaserne des 3. Garderegiments zu Fuß, Berlin, Wrangelstraße, bei der österr.-ungar. Liquidierungsstelle. Alle Militär- und Legitimationsdokumente mitbringen. Für die Zeit vor dem 1. November 1918 werden Forderungen nur auf Grund von Dokumenten berücksichtigt; Rückstände nach dem 1. November werden mit 50 M. abgefertigt. Zivilkleiderentschädigung 100 M., falls nachweisbar, daß Kleider nicht zurückerhalten, sonst gegen Abfuhr von Mantel, Hose und Bluse. Einzelne Stücke werden nicht übernommen. Abfertigungsgeld wird keines verabfolgt, ebenso werden von dieser Kommission keine Invalidengebühren ausbezahlt. Auszahlungen wochentags 9—1 Uhr: Namen mit Anfangsbuchstaben von A—S bis 13. Juni, T—Z vom 14.—20. Juni. Auswärtige machen ihre Ansprüche schriftlich — mit Dokumenten belegt — geltend. Endgültiger Termin 20. Juni; wer bis zu diesem Tage seine Gebühren nicht behoben hat, hat keinen Anspruch mehr.

1]

Die Amnestie.

Novelle von Emilia Pardo-Bazan.

Uebertragen von H. Hesse.

Von allen Frauen, die von der schneidenden Kälte erstarrt, am frühen Morgen im März an der öffentlichen Wäsche von Marineda wuschen, war die Tagelöhnerin Antonia am abgearbeitetsten, am gebücktesten, und sie wrang die Wäsche mit der größten Kraftlosigkeit, ohne jeden Schwung. Zuweilen unterbrach sie ihre Arbeit und wischte sich mit dem Handrücken über die geröteten Lider, und die Wassertröpfchen und Seifenbläschen glänzten wie Tränen auf ihrer welken Haut.

Antonias Arbeitsgefährtinnen betrachteten sie mitleidig, und in dem verworrenen Lärm der Reden und Zankereien wechselten hin und wieder einige mit halblauter Stimme ein kurzes Gespräch, das von Ausrufen des Entsetzens, der Entrüstung und des Mitleids unterbrochen wurde.

Alle Wäscherinnen kannten das Unglück der armen Frau bis ins Kleinste und besprachen es wieder und immer wieder.

Alle wußten, daß die Unglückliche mit einem Schlächtergesellen verheiratet war und vor einigen Jahren mit ihrer Mutter und ihrem Manne in einem Vorort außerhalb der Stadt wohnte. Die Familie hatte ihr gutes Auskommen dank der fleißigen Arbeit Antonias und der Ersparnisse der Alten, die noch kurz vorher Trödlerin und zugleich Pfandleiherin gewesen war.

Auch hatte noch niemand den unheimlichen Tag vergessen, da die alte Frau ermordet wurde. Der Deckel des großen Koffers, in dem sie ihre Barschaft und ein paar goldene Schmucksachen aufbewahrte, war in tausend Splitter zertrümmert, und das Grauen wurde noch schlimmer, als das Gerücht seine Bestätigung fand, der Mörder sei niemand anders als Antonias Mann. Sie glaubte es auch selbst und fügte hinzu, daß die Begierde ihn schon lange quäle und er sich des Geldes der Schwiegermutter bemächtigen wollte, um eine Fleischbank auf eigene Rechnung zu führen. Doch mit Hilfe von drei oder vier Schenkgenossen konnte er sein Alibi nachweisen und wußte die Sache so zu drehen, daß er der Todesstrafe entging und zu zwanzig Jahren Galerendienst verurteilt wurde.

Die allgemeine Meinung aber war nicht so nachsichtig wie das Gesetz. Außer der Erklärung der Frau lag noch eine höchst belastende Tatsache vor. Das war der Messerstich, der die Alte getötet, ein geschickter, geübter Stich von oben nach unten, wie von einer Hand, die im Totstechen von Schweinen erfahren ist — mit einem breiten, haarscharfen Schlächtermesser ausgeführt.

Im Volke gab es keinen Zweifel — der Schuldige hatte die schwerste Strafe verwirkt. Und Antonias Schicksal flößte höllische Schrecken ein, als das Gerücht auftauchte, ihr Mann hätte ihr geschworen, einst mit ihr abzurechnen. Die Unglückliche war in anderen Umständen, und um sich für ihre Beschuldigungen zu rächen, sagte ihr der Mörder, bei seiner Rückkehr könne sie sich nur zu den Toten rechnen.

Als Antonia nun ein Sohn geboren wurde, konnte sie ihn nicht nähren, so schwach und zerfallen war sie — die Angstfälle kamen so häufig nach dem Verbrechen! Und da die Mittel es ihr nicht erlaubten, eine Amme zu nehmen, so kamen abwechselnd alle Frauen aus dem Viertel und säugten das Kind. Es wuchs heran, doch blieb es schwächlich — es spürte noch alle Schmerzen der Mutter.

Kaum hatte sie sich erholt, so ging Antonia mit größtem Fleiß wieder an die Arbeit, und obgleich ihr Antlitz noch immer jene bleifarbene Blässe zeigte, die man bei Menschen beobachtet, die ein Herzeleid zu tragen haben, erlangte sie ihre Rührigkeit und ihre ruhige Miene wieder.

Zwanzig Jahre Zuchthaus! In zwanzig Jahren, dachte sie im Stillen, kann er sterben oder der Tod rafft mich hinweg. Bis dahin ist es noch eine lange Zeit!

Die Möglichkeit, eines natürlichen Todes zu sterben, schreckte sie nicht. Doch schon bei dem bloßen Gedanken, ihr Mann könnte wiederkommen, wurde sie von Entsetzen gepackt. Vergebens suchten die Nachbarinnen sie herzlich zu trösten, indem sie ihr die recht zweifelhafte Hoffnung suggerierten, vielleicht würde der entmenschte Mörder eines Tages seine Tat bereuen, sich bessern und zu edleren Gefühlen zurückkehren. Allein Antonia schüttelte den Kopf und murmelte mit düsterer Miene:

„Der edlere Gefühle ....! Da müßte ja der Herrgott selbst auf die Erde herabsteigen, um ihm das Wolfsherz aus der Brust zu reißen und ihm ein anderes zu geben!"

Und während sie so von dem Verbrecher sprach, ging ein Schaudern durch Antonias hinfälligen Leib.

Aber zwanzig Jahre, das ist doch schließlich mancher Tag und die Zeit lindert auch den brennendsten Schmerz.

Aber wie seltsam sich die Ereignisse oft verketten! Als der König in Generalsuniform und die Brust mit Orden bedeckt vor dem Altare seine Hand einer Prinzessin reichte, wie hätte er da ahnen können, daß diese feierliche Handlung einer armen Tagelöhnerin in einer fernen Provinzstadt unendliche Kümmernis verursachte ....?

Sobald Antonia von der Amnestie erfuhr, die ihrem Manne zugute kommen würde, sprach sie kein Wort mehr — mit gefalteten Händen und gesenktem Kopf sahen die Nachbarinnen sie auf der Türschwelle sitzen, während der Kleine sein trauriges, kränkliches Kindergesicht zu ihr wendete und jammerte:

„Mutter, wärme mir das Süppchen, ich habe Hunger!"

Der wohlwollende und geschwätzige Chor der Nachbarinnen stand um sie herum. Die einen bereiteten dem Kinde das Essen, die anderen munterten die Mutter auf, so gut sie konnten.

Sie war doch wirklich recht dumm, sich so zu betrüben. Ave Maria purissima! Als wenn dieser Mensch nur so einfach herzukommen und sie umzubringen brauchte! Gott sei Dank gab es noch ein Gericht und Serenos (Nachtschutzleute). Man konnte zum Kommissariat eilen, zum Alkalde (spanischer Richter).

„Zum Alkalde ....." wiederholte sie mit trübem Blick und erloschener Stimme.

Oder zur Behörde, zum Gerichtspräsidenten, zum Gendarmeriewachtmeister. Sie müßte einen Advokaten befragen, wie das Gesetz spräche .....

Eine schöne Frau, die mit einem Gendarmen verheiratet war, sagte, sie wolle ihren Mann schicken, um den Elenden bange zu machen. Eine andere, eine resolute Brünette, bot sich an, des Nachts im Hause der Tagelöhnerin zu bleiben. Kurz und gut, die Sympathiebezeugungen der Nachbarschaft waren so zahlreich und drängend, daß Antonia sich entschloß, etwas zu tun, und sie kamen gleich überein, einen Advokaten aufzusuchen und zu hören, was er für einen Rat gäbe.

Als Antonia vom Rechtsanwalt zurückkam, war sie noch bleicher als gewöhnlich — aus jedem Laden, aus jeder Tür kamen unordentliche Frauen, um sie auszufragen, und man vernahm nur Ausrufe des Schreckens. Anstatt sie zu beschützen, verpflichtete das Gesetz die Tochter des Opfers, ehelich mit dem Mörder unter einem Dach zu wohnen!

(Forts. folgt.)

Rednerkursus. Donnerstag, 12. Juni, abends 6 Uhr im Konferenzsaal der „Vorwärts"-Redaktion. Thema: „Parteipolitik und Gewerkschaften".

Brand in den Daimler-Werken.

Von einem gewaltigen Brande wurden gestern vormittag gegen 11½ Uhr die Daimler-Werke in Marienfelde heimgesucht. Als das gefährliche Feuer bemerkt wurde, standen schon mehrere Schupen mit wertvollen Materialien, besonders Gummivorräten im Werte von mehreren Millionen Mark, in Flammen. Diese fanden schnell reiche Nahrung und da es an genügendem Druck in den Hydranten fehlte, konnten die zahlreich versammelten Wachen aus der ganzen Umgegend leider nur wenig Hilfe leisten; sie mußten sich vielmehr auf den Schutz der angrenzenden Gebäude im großen und ganzen beschränken und konnte nur langsam wegen des Versagens der Wasserleitung das entfesselte Element in ihre Gewalt bekommen. Die Entstehung konnte nicht aufgeklärt werden.

Der Raubmörder Bernhard, der gemeinsam mit dem Stallschweizer Stuck den Eishändler Sacco in der Lothringer Straße ermordete und beraubte, wurde gestern dem außerordentlichen Kriegsgericht zugeführt. Unteroffizier Bernhard legte nach seiner Ueberführung von Moseritz nach Berlin ein umfassendes Geständnis ab. Er will ungefähr 8000 M. von dem geraubten Gelde erhalten haben. Von dieser Summe besaß er, als er in Moseritz festgenommen wurde, nur noch 81 M. Alles andere hat er in der Zwischenzeit ausgegeben für Kleidungsstücke (so zahlte er allein für einen Anzug 1300 M.), Wäsche, Reisekoffer usw. und bei den Zechgelagen in Kaffeehäusern und Weinwirtschaften.

Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters heute in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, 8 Uhr. Vorverkauf Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Augsburger Str. 61, Berliner Gewerkschafts-Kommission, Engel-Ufer 15, Zimmer 13, und Philharmonie. Abendkasse. Eintrittspreis 30 Pf. Kassenöffnung 7 Uhr.

Die Direktion des Wintergarten bietet in ihrem Spielplan einige besondere Piecen. So erweckt der humoristische Malakt Rolf Holbeins, der zum Schluß seiner Darbietungen in kurzer Zeit eine prächtige Winterlandschaft hinzaubert, besonderes Interesse. Die vier Herrmanns in ihren Tänzen auf dem Eise, sowie Flamette Hildegarde in ihren Tänzen erweisen sich in ihrem Fache als erste Künstler. Für Humor sorgen Paul Göbel als Komiker, die zwei Brownings als komische Radfahrer und die drei Finlays als komische Reckturner. Auch sonst bietet das Programm noch manches Interessante.

Sportpark Treptow. Wie am zweiten Feiertag auf der Olympiabahn der Große Preis von Deutschland, so war auch gestern in Treptow der Große Pfingstpreis ein total mißglücktes Rennen. Lediglich Motor- und Radschäden gaben dem Rennen das Gepräge. Auch das Rohl-Memorial, das Armbinderrennen und zwei kleine Fliegerwettstreite vermochten Begeisterung bei den überaus zahlreich erschienenen Radsportfreunden nicht auszulösen. Ergebnisse: Armbinderrennen, 1800 Mtr.: 1. Wegner 2 Min. 54 Sek., 2. Sawall I, 3. Petri, 4. Stolz. „Rohl-Memorial", 30 Kilometer: 1. Appelhans 28 Min. 18 Sek., 2. Bauer (Radschaden) 500, 3. Saldow 890, 4. Kuschkow 5830 Meter zurück. — Malfahren, 1500 Meter: 1. Müller 2 Min. 30 Sek., 2. Wehlitz, 3. Radomski, 4. Sawall II. — Entschädigungsfahren, 1200 Meter: 1. Seel 1 Min. 51 Sek., 2. Schultz, 3. Rehfeld, 4. Koch. — „Großer Pfingstpreis" über eine Stunde: 1. Bauer 58,640 Kilometer, 2. Appelhans 56,850 Kilometer, 3. Kuschkow 51,170 Kilometer, Saldow aufgegeben.

Charlottenburg. Wohnungs- und Schulnot. Zu unserer Notiz in Nr. 272 teilt das Wohnungsamt uns mit, es habe bislang nur 20 Klassenräume in Anspruch genommen, 8 davon in einem alten, von der Stadt für Schulzwecke gemieteten Privatgebäude, das die Schulverwaltung nicht mehr benötigte. Es wurden also nur 12 Klassenräume ihrem eigentlichen Zwecke entzogen. Sobald an anderer Stelle Unterkunftsmöglichkeiten gegeben sind, wird das Wohnungsamt auf diese Notwohnungen verzichten.

Schöneberg. Sozialdemokratischer Lehrerausschuß. Zur Beratung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Schul- und Bildungsfragen wurde ein sozialdemokratischer Lehrerausschuß konstituiert. In ihn wurden gewählt: Lehrer Tschenischer als Vorsitzender, Lehrer Albrecht, Oberlehrer Dr. Hiller, Lehrer Koschemann, Lehrer Rocdiger, Lehrerin Else Schmidt, Rektor Schwarz.

Neukölln. Die Frage der Errichtung eines Stadttheaters in Neukölln, die bereits vor dem Kriege Gegenstand allseitiger Erörterungen war, wird jetzt ihrer Lösung entgegengeführt. Die städtischen Körperschaften haben den Ankauf eines 750,52 Quadratruten großen Blocks im mittleren Teil der Kaiser-Friedrich-Straße, begrenzt von der Inn- und Finowstraße, beschlossen. Das Grundstück ist so gewählt, daß gleichzeitig der Bau eines Lichtspielhauses und sonstiger Räumlichkeiten möglich wird.

Neukölln. Tätigkeit des Mieteinigungsamtes. Die seit der Demobilmachung immer fühlbarer gewordene Wohnungsnot und die damit zusammenhängenden Mietesteigerungen haben in den letzten Monaten die Inanspruchnahme des hiesigen Mieteinigungsamtes außerordentlich gesteigert. Im vergangenen Rechnungsjahre standen an 136 Terminstagen 3271 Sachen zur Verhandlung an. Insgesamt wurden 2049 Anträge auf Grund der Mieterschutzverordnung und 1091 Mieteinigungsanträge gestellt, davon 217 von Mietern und 874 von Vermietern. Vom Amtsgericht Neukölln wurde in 49 Sachen ein Gutachten über die Gewährung einer Zahlungsfrist und die Beseitigung der Verzugsfolgen erbeten.

Wilmersdorf. Die Bureauhilfskräfte des Magistrats haben in der Betriebsversammlung vom 6. Juni folgende Resolution einstimmig angenommen: Wir Kriegsteilnehmer und kriegsbeschädigte Hilfsarbeiter des Magistrats erheben schärfsten Protest gegen die Kündigungen der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, welche zu allererst auf die Straße gesetzt werden sollen, und fordern, daß die Kündigungen unverzüglich zurückgenommen werden. Wir fordern den Magistrat auf, denjenigen Personen erst zu kündigen, welche es infolge ihrer besseren wirtschaftlichen Lage nicht nötig haben, in der Verwaltung als Hilfsarbeiter zu arbeiten. — In derselben Versammlung wurde einstimmig beschlossen, daß die Hilfarbeiter des Lebensmittelamts auf die ihnen vom Magistrat bewilligte Ration von 3 Pfund Nährmitteln pro Monat verzichten, da sie nicht besser gestellt sein wollen als andere Bürger der Stadt.

Friedenau. Die Gemeindevertretung beschloß, den bisher den Hauseigentümern für den Ausbau von Notwohnungen gewährten Zuschuß von 1000 auf 1500 M. für jeden Raum zu erhöhen. Ferner stellte sie bis zu 100 000 M. für den eigenen Ausbau von Dach- und Kellergeschoßräumen zu Notwohnungen zur Verfügung. — Die Vorlagen über die Besoldung der Beamten und Hilfskräfte wurden angenommen. Die Frage der Anrechnung der Kriegsjahre überwies die Versammlung dem Ausschuß zur weiteren Beratung.

Lankwitz. Vom Arbeiterrat. Die Gemeindevertretung hat sich nach kurzer Beratung mit dem vorläufigen Weiterbestehen des Arbeiterrats einverstanden erklärt. Es wurde jedoch die Bedingung gestellt, daß durch die weitere Tätigkeit des Arbeiterrats Mehrkosten für die Gemeinde nicht entstehen. Der Lankwitzer Arbeiterrat hat schon bisher zu den billigsten Arbeiterräten Groß-Berlins gehört.

Mariendorf-Südende. Gemeindevertretung. Das Vorgehen des Bürgermeisters, der in dieser Zeit, sofort nach Einführung der Schöffen in den Gemeindevorstand Urlaub genommen hat, wird scharf kritisiert. Dazu wollte auch Weber vom Arbeiterrat sprechen, jedoch wurde ihm das Wort verweigert, da unter dem demokratischsten Wahlrecht eine besondere Kontrolle neben der Gemeindevertretung nicht erforderlich sei. Nur die Unabhängigen waren anderer Meinung. — Dem Antrage von Lehrpersonen auf Erstattung von Umzugskosten wird stattgegeben. Personen mit Einkommen bis 6000 M. soll nach dem Bericht der Genossin Grafe der Krankentransportwagen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, soweit keine Ersatzpflicht einer Krankenkasse vorliegt. Auch soll in Fällen, wo das Einkommen 6000 M. übersteigt, im Bedürfnisfalle Unentgeltlichkeit eintreten. — Den Ruhegehalts- und Witwengeldempfängern werden 70 Proz. Teuerungszuschlag bewilligt. Für Säuglinge sollen Badewannen und Körbe zur Verfügung gestellt werden. — Im Marienheim wird eine Rettungsstelle eingerichtet mit 2 Krankenautomobilen für Mariendorf und Marienfelde. — Der Antrag der Kriegsbeschädigten auf besondere Fürsorge soll zur einheitlichen Regelung für Groß-Berlin an den Etat- und Finanzausschuß zurückverwiesen werden. Es ist damit keine Verschleppung geplant; sämtliche Redner sind sich einig, daß unbedingt der Not der Kriegsbeschädigten gesteuert wird. Aber auch andere Einwohner haben unter den jetzigen Umständen vielfach Unterstützung notwendig. Die Möglichkeit dazu soll geprüft werden. Laut Bericht des Genossen Gerlach ist der Aufbau der Grundschule so weit vorbereitet, daß am 1. 4. 1920 der allgemeinen Einführung der Einheitsschule, auch der Raumfrage, Schwierigkeiten nicht mehr im Wege stehen. Die alte Schule in der Dorfstraße wird entsprechend ausgebaut werden. Trotzdem am 9. Mai beschlossen war, daß die Einwohnerwehr das alte Schulgebäude Dorfstraße verlassen soll, sitzt sie noch heute dort. Die Angelegenheit soll geprüft und einer demnächst stattfindenden Sitzung Bericht erstattet werden. — Dem Antrag Marienfelde zur Aufnahme dortiger Schüler in die hiesige Fortbildungsschule wird zugestimmt. Bewilligt werden die Mittel zur Instandsetzung des Blümelschen Lokals und des Kindergartens.

Treptow. Die Gemeindevertretersitzung bewilligte der Jugendfürsorge für die Kinderlesestube, die sich eines starken Zuspruches erfreut, einen erhöhten Zuschuß, für die Errichtung einer Lesehalle für Jugendliche die Gesamtmittel, und der Ruderriege des Realgymnasiums einen Zuschuß, letzteres unter ausdrücklicher Betonung des Grundsatzes, daß anderen sportlichen Schülervereinen auf Antrag das gleiche Entgegenkommen gewährt werden solle. Auf sozialpolitischem Gebiet ist die Bewilligung eines Zuschusses von jährlich 300 M. an den Arbeitersamariterbund bemerkenswert. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde erweitert durch die Annahme eines Antrages, Kriegsbeschädigten mit einer Erwerbsunfähigkeit von 50 Proz. und darüber auf Antrag die Anfuhr von Brennmaterial bis zur Höhe von 15 M zu erstatten. Die Anträge der Angestellten, Beamten, Lehrer und Schuldiener auf Regelung ihrer Besoldungs- bzw. Anstellungsverhältnisse wurde zurückgestellt, bis einheitliche Vorschläge für Groß-Berlin vorliegen. Die Stundenvergütung der Fortbildungsschullehrer erfuhr eine Erhöhung von 3 auf 5 M. Die Kriegsteuerungszulage der Lehrkräfte an den höheren Schulen wurde nach den staatlichen Sätzen geregelt. Ein Antrag der Kriegshilfskräfte auf unverkürzte Annahme des Tarifs der Berliner Kriegshilfskräfte auch für die Gemeinde Treptow wurde abgelehnt. Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es bei der Bewilligung einer Entschädigung für die Arbeiterräte. Die bürgerlichen Gemeindevertreter lehnten jede weitere Bewilligung von Mitteln für den Arbeiterrat ab. Die Fraktion der S. P. D. gab die Erklärung ab, daß sie grundsätzlich für die Beibehaltung der kommunalen Arbeiterräte sei. Der zurzeit in Treptow bestehende Arbeiterrat spreche jedoch in seiner Zusammensetzung allen Grundsätzen der Demokratie Hohn. Die auf Veranlassung des Vollzugsrats seitens der U. S. P. D. angeregte „paritätische" Besetzung sei zur Farce gemacht worden dadurch, daß plötzlich von einem Bezirksverein der kommunistischen Partei Mitteilung gemacht worden sei, daß er bei der Neubesetzung des Arbeiterrates mitzuberücksichtigen sei, während in Wirklichkeit die Kommunisten Mitglieder des unabhängigen Wahlvereins seien. Man habe also auch der paritätischen Besetzung wiederum Gewalt antun wollen. Aus diesem Grunde habe der Wahlverein der S. P. D. eine Mitwirkung innerhalb dieses Arbeiterrates abgelehnt. Die Fraktion stimme für die Bewilligung der Vergütung für den Monat Juni in der Voraussetzung, daß bis zum nächsten Termin Neuwahlen auf breitester demokratischer Grundlage stattgefunden hätten und gleichzeitig dem Arbeiterrat ein festumrissenes Arbeitsgebiet zugewiesen sei.

Friedrichsfelde. Die Gaspreise werden allmonatlich nach dem Durchschnitts-Kohlenpreise berechnet. Der Gaspreis für Monat Juni bei Entnahme durch den Privatgasmesser 50½ Pf. pro Kubikmeter. Bei Entnahme durch Automaten wird ein Zuschlag von 37½ Pf. pro Kubikmeter erhoben.

Spandau. Arbeitslos sind hier zurzeit rund 6000 Männer und 1600 Frauen. Es handelt sich dabei nur um Spandauer, die schon vor dem 1. August 1914 hier gewohnt und eine eigene Wohnung haben. Sie werden weder in die Staatsbetriebe wiedereingestellt werden, noch sonst in den nächsten Monaten Arbeit finden können. Der Demobilmachungsausschuß Spandau will gegenüber allen Arbeitern, die erst nach dem 1. August 1914 nach Spandau zogen und hier keine eigene Wohnung haben, von den Demobilmachungsbestimmungen, insbesondere der Verordnung zur Freimachung von Arbeitsstellen vom 25. April 1919, in vollem Umfange Gebrauch machen. Solchen Arbeitern wird in Spandau keine Arbeit zugewiesen; sie sind in den letzten Tagen durch besondere Schreiben aufgefordert worden, in ihre Heimat vom 1. August 1914 zurückzukehren. Aus Erwerbslosenmitteln wird ihnen das Fahrgeld 4. Klasse und ein Reisezuschuß gewährt.

Kreistag Templin. Am 3. Juni trat der neugewählte Kreistag zu seiner ersten Sitzung zusammen. In den Kreisausschuß wurden gewählt: Vom 1. Wahlvorschlag: Graf Dietlef v. Arnim-Boitzenburg, Justizrat Hennig-Templin, Bürgermeister Bachhuber-Lychen, vom 2. Wahlvorschlag die Genossen: Kaufmann Meyer-Zehdenick in der Mark, Bureauvorsteher Schmidtchen-Templin, Dekorateur Heck-Zehdenick. Die Abwicklung der Tagesordnung verlief ohne Zwischenfälle. Freudig begrüßt wurde von allen Abgeordneten die Gründung eines Kreiswohlfahrtsamtes. Dieses soll in erster Linie ein Mieteinigungsamt für den ganzen Kreis errichten, um der bestehenden Wohnungsnot durch Schaffung von Wohnungsgelegenheiten, durch Beschlagnahme von Doppelwohnungen usw. zu begegnen. Vor Schluß der Sitzung hat der Abgeordnete Genosse Heck ums Wort zu einer Erklärung unserer sozialdemokratischen Fraktion und stellte den Antrag: „Der Kreistag wolle beschließen, dem bisherigen Kreisausschuß und dem Herrn Landrat (v. Arnim) für seine gänzlich unzureichenden Maßnahmen in der Lebensmittelversorgung, für die laxe Durchführung der geltenden Bestimmungen zur Bekämpfung des Schleichhandels ein Mißtrauensvotum auszusprechen." Der Landrat erwiderte hierauf, daß er es ablehne, auf die gehässigen Bemerkungen, die der Wahrheit nicht entsprächen, zu antworten; da der Kreistag außerdem in der Frage der Lebensmittelversorgung nicht beschlußfähig sei, könne er die Besprechung nicht eröffnen und müsse die Sitzung schließen. Der Schlußakkord dürfte als Grundakkord aller zukünftigen Kreisausschußsitzungen anzusehen sein.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Viele Lebensmittelnachrichten, die am 6. oder 7. Juni zur Post gegeben wurden, sind infolge der Arbeitseinstellung der Postkutscher und wegen der dann folgenden Feiertage erst am 9. und 10. Juni in unsere Hände gelangt. Daraus erklärt sich die späte Veröffentlichung.

Berlin. Die Abschnitte 24a bis 24o der Berliner Kartoffelkarte werden heute ungültig. Bis heute einschließlich hat jeder Karteninhaber, zur Vermeidung des Verlustes, seine Kartoffeln für die Woche vom 9. bis 15. Juni abzunehmen. Die für die Woche vom 16. bis 22. Juni bestimmten und auf Abschnitt 25a bis o entfallenden 5 Pfund Kartoffeln sind bereits von heute ab in den Geschäften abzugeben. Für Militärurlauber und Personen, die erst nach dem 11. Juni in den Besitz einer Kartoffelkarte gelangen, ebenso für Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Volksspeisung, gewerbliche Kantinen und gemeinnützige Speiseanstalten, sind besondere Bestimmungen aus den Säulenanschlägen ersichtlich. — Käseverteilung: Bis heute in den Bezirken der 154., 156., 157., 186., 198. und 237. Brotkommission und bis Freitag in dem Bezirk der 159. Brotkommission pro Kopf 125 Gramm Käse. Für die zwischen 1. April 1905 und 31. März 1906 geborenen Kinder, soweit sie sich in Berlin aufhalten, Speck, voraussichtlich je 240 Gramm auf Bezugsscheine, die durch die Brotkommissionen an die sich meldenden Empfangsberechtigten vom 10. bis 12. Juni verteilt werden und in den besonderen Fleischereiladengeschäften vom 10. bis 14. Juni vorzulegen sind. Die Ware ist vom 10. bis 21. Juni erhältlich. Preis des Specks auf Bezugschein B (blau) der Stadt Berlin für 1 Pf. 4,85 M. (½ Pf. 2,43 M.).

Auslandsfleisch, und zwar Schweinefleisch, vom 9. bis 16. Juni auf die Reichsfleischkarte. Der Preis hierfür ist infolge der ungünstigen Valuta bei weitem höher als der für Inlandsfleisch; er beträgt für das Pfund 11 M. Da für die Preisfestsetzung der Kursstand am Tage des Abrollens des Fleisches aus Holland zugrunde gelegt wird, ist zu befürchten, daß bei einer weiteren Verschlechterung der Valuta der Preis für die späteren Verteilungen sich noch erhöhen wird. Die Verteilung ist so gedacht, daß immer abwechselnd in der einen Woche nur ausländisches, in der nächsten Woche dann nur inländisches Fleisch und Fleischkonserven ausgegeben werden. Wer das teure Auslandsfleisch nicht kaufen will, kann dafür Nährmittel in doppelter Menge, also auf jeden Fleischkartenabschnitt 50 Gramm erhalten.

Umtausch von Fleischkarten gegen Bezugscheine auf Grieß und Teigwaren. Für die am 9. Juni d. Js. beginnende Fleischkartenperiode können die Fleischkarten in Berlin in der Zeit vom 10. bis 12. Juni bei den zuständigen Brotkommissionen in den bekannten besonders kenntlich gemachten Geschäften gegen Bezugscheine auf Grieß oder Teigwaren umgetauscht werden. Auf eine Vollkarte werden wöchentlich 250 Gramm, auf eine Kinderkarte 125 Gramm dieser Nahrungsmittel ausgegeben.

Friedrichsfelde. Mittwoch 150 Gramm Nudeln Abschnitt 29, Donnerstag 250 Gramm Marmelade Abschnitt 30, Freitag Frühgemüse je nach Eingang, Sonnabend Fische und Räucherwaren ohne Karte.

Mariendorf. Auf Abschnitt L 4 der Einfuhrzusatzkarte 50 Gramm Bratfett für 60 Pfennig. Montag, den 9. bis Sonntag, den 15. Juni.

Spandau. 1. Als Ersatz für die gekürzte Kartoffelration wird vom Mittwoch, den 11. Juni ab gegen Abtrennung der für die Zeit vom 9. bis 15. Juni geltenden Abschnitte 13 bis 16 der Kartoffelkarte 1000 Gramm Brot abgegeben. Militärurlauber erhalten 1000 Gramm Brot gegen Hergabe von 2 über je 1 Pfund und 4 über je 125 Gramm lautende Kartoffelabschnitte der Wochenlebensmittelkarte oder 500 Gramm Brot gegen Abtrennung von 6 über je 125 Gramm lautende Abschnitte der für eine halbe Woche geltenden Lebensmittelkarte. Auch an Binnenschiffer werden 1000 Gramm gegen Hergabe des über eine halbe Wochenmenge lautenden Kartoffelabschnittes, der für an das Mittelstück der Schiffer-Lebensmittelkarte anschließt, verabfolgt. Von Mittwoch, den 11. Juni, ab kommt wieder amerikanisches Weizenmehl zur Verteilung. Für die Woche vom 9. bis 15. Juni wird auf den Kopf der Bevölkerung ½ Pfund gegen Abtrennung des Feldes Nr. 27 der Einfuhrzusatzkarte in den einschlägigen Geschäften verabfolgt. Schiffer erhalten 1 Pfund amerik. Mehl gegen Hergabe des Mittelstückes der für die Zeit vom 8. bis 21. Juni geltenden Lebensmittelkarte. 2. Am Freitag, den 13. Juni, beginnt der Verkauf von Auslandsschmalz auf Abschnitt 25 der Einfuhrzusatzkarte in den Buttergeschäften. Auf jeden Abschnitt werden 50 Gramm zum Preise von 60 Pfennig verausgabt. Am Sonnabend, den 14. Juni, beginnt der Verkauf von städtischer Margarine auf Margarineabschnitt 2 der Speisefettkarte. Auf jeden Abschnitt werden 70 Gramm zum Preise von 40 Pfennig verausgabt. 4. Vom Mittwoch, den 11. Juni, ab dürfen frische Fische nur gegen Abtrennung von Feld 10 der Fischkarte abgegeben und entnommen werden. Auf Abschnitt 24 der Einfuhrzusatzkarte ist noch Auslandsschmalz in folgenden Geschäften zu haben: „Kosmos", Braumann, Raczinski, Radt, Duclos, Wirtschaftsvereinigung Siemensstadt, Konsumverein Haselhorst, Borchardt, Nowack Nachflg., Beamten-Wirtschaftsverein, Schäfer, Jacubczyck.

Nowawes. In dieser Woche einmalig ausländisches Schweinefleisch, pro Kopf 200 Gramm für 4,40 M., 12. Juni, bei sämtlichen Fleischermeistern und Fleischverkäufern gegen Abgabe der Fleischkarte für diese Woche. Wer das Auslandsfleisch nicht beziehen will, kann dafür Hülsenfrüchte entnehmen, pro Markenabschnitt 50 Gramm. Die Ausgabe bei den Kaufleuten. Anmeldung 12. Juni. — Die Gemeinde gibt gutes, gesundes Getreidestroh (lose und in Ballen) in jeder gewünschten Menge ab. Bestellscheine im Rathaus, Zimmer 6, werktäglich 8—1 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Charlottenburg. Heute, 8 Uhr, Zahlabend in den bekannten Zahlstellen.

Charlottenburg, Gruppe 6. Heute, 7 Uhr, bei Stüwe, Cauerstr. 12: Gruppenversammlung und Flugblattverbreitung.

Schöneberg. Heute Zahlabend in allen bekannten Bezirkslokalen.

Wilmersdorf. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr: Zahlabend in den bekannten Lokalen. Sehr wichtige Tagesordnung. — Montag, den 16. Juni, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung in der Hindenburgschule.

Halensee. Heute Zahlabend bei Biermann, Schweidnitzer Str., und Dettloff, Kronprinzendamm 20.

Steglitz. Heute 8 Uhr Bezirksversammlungen in den bekannten Lokalen.

Lichterfelde. Heute, 7½ Uhr, Aula des Realgymnasiums, Drakestraße 73/75: Mitgliederversammlung. Vortrag des Parteisekretärs Gen. Horlitz: Unsere politische Lage. Aussprache. Stellungnahme zum Einigungskongreß. Wahlen für die Bezirksleitung, Jugendkonferenz und Bibliothekkommission. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Tempelhof. Heute, ½8 Uhr, Zahlabend in allen Bezirkslokalen.

Mariendorf-Südende. Heute Bezirksversammlungen: 1. Bez.: Dahl, Südende, Lichterfelder Str. 21, Ref. Gemeindeverordneter Deinert. 2. Bez.: Ringelstein, Ringstr. Ecke Kaiserstr., Ref. Schöffe Waldheim. 3. Bez.: Koch, Chausseestr. 19, Ref. Gemeindeverordneter Binte. 4. Bez.: Streiter, Chausseestr. 27, Ref. Gemeindeverordneter Meives. 5. Bez.: Hoch, Chausseestr. 44, Ref. Schöffe Henschel. 6. Bez.: Rau, Friedenstr. 6, Ref. Gemeindeverordneter Gerlach. Tagesordnung in allen Bezirken: Annahme von Beiträgen; „Bericht aus der Gemeindevertretung"; Verschiedenes. Erscheinen sämtlicher Genossinnen und Genossen notwendig.

Britz. Zahlabend in den bekannten Lokalen.

Treptow-Baumschulenweg. Heute, 7 Uhr, gemeinsamer Zahlabend für Treptow: Restaurant zur Neunhahn; für Baumschulenweg: Restaurant Erbe, Baumschulenstr. Tagesordnung: Bericht der Gemeindevertreter, Bericht von der Kreisversammlung, Verschiedenes.

Stralau. Heute, ½8 Uhr, bei Bollenbach, Versammlung des Wahlvereins, Vortrag des Gen. Eichler.

Lichtenberg. Heute Zahlabend: Im 3. Viertel für die Gruppen 45/46 bei Hamann, Crossener Str. 35; für 47/48/49 bei Müller, Mühlischstr. Ecke Holteistr.; für 50/51/52 bei Richter, Alt-Boxhagen 50. Im 4. Viertel Zahlabend erst am 18. Juni. Freitag, 13. Juni, 7½ Uhr, Aula an der Parkaue, öffentliche Volksversammlung. Genosse Stadtv. Oberl. Dr. Erich Witte-Berlin: „Das Schulwesen im sozialistischen Staate".

Weißensee. Heute, 8 Uhr, 1. Bezirk bei Wietstruck, Langhansstr. 62, 2. Bezirk bei Stärke, Charlottenburger Str. 3, 3. Bezirk bei Meyer, Lothringer Str. 32, 4. Bezirk bei Semrau, Lichtenberger Str. 1.

Pankow. Zahlabende finden in diesem Monat erst am Mittwoch, 18. Juni, statt.

Niederschönhausen. Heute, 7½ Uhr, in den einzelnen Ortsbezirken Gruppenversammlungen in den auf den Einladungen näher bezeichneten Lokalen.

Rosenthal-Nordend. Heute kein Zahlabend, dafür Mittwoch, 18. Juni, im Lokal von Frl. Barth Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung.

Hermsdorf. Heute, 7½ Uhr, bei Böttcher, Waldsee- Ecke Berliner Straße: Mitgliederversammlung. Ergänzungswahlen für die Straßenführer. Ergänzungswahlen für den Arbeiterrat. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Bericht aus der Gemeindevertretung über Kleinhausstiftung. Mitteilungen.

Frauen-Leseabende.

Wilmersdorf. Frauenleseabend. Freitag, den 13. Juni, abends 8½ Uhr, bei Schäfer, Brandenburgische Straße 69. Referentin: Stadtverordnete Genossin Döscher. Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Wedding. Heute, 7 Uhr, bei Groll, Hennigsdorfer Straße 10, Mitgliederversammlung. Mitgliedsbuch mitbringen!

Moabit. Der für heute angesetzte Vortrag des Genossen Schütte über „Ferdinand Lassalle" fällt aus und findet am 12. Juni bei Schmidt, Wiclefstr. 17, statt. Die Helfer der Abteilung treffen sich heute, 6¾ Uhr, zu einer Besprechung in der „Vorwärts"-Expedition, Wilhelmshavener Straße 48.

Lichtenberg. Heute, 7 Uhr, Brettspielabend im Jugendheim, Parkaue 10. Freitag: Spielen auf dem Spielplatz in der Normannenstraße, Treffpunkt 7 Uhr vor dem Jugendheim. Sonntag: Spielen auf dem Spielplatz, Treffpunkt 4 Uhr vor dem Jugendheim. Nachher Beisammensein im Jugendheim. Montag, 16. Juni, 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Jugendheim. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

Wilmersdorf. Morgen Donnerstag, den 12.: Spielnachmittag für Schulkinder auf dem Spielplatz der Freien Turnerschaft, Württembergische Ecke Zähringer Straße, von 4—5 Uhr. Treffpunkt 3½—3¾ Uhr am Fehrbelliner Platz, Untergrundbahnhofs-Eingang. Vesperbrot mitbringen, Kaffee frei.

HERRMANN GERSON

WERDERSCHER MARKT

Handschuhe

Zwirn

Porös, 2 Knopf . . . . Paar 4.50
Glatt, 2 Knopf . . . . Paar 6.50
Leinen-Ersatz, 2 Knopf . . . . Paar 7.50
Leinen, 2 Knopf . . . . Paar 9.50

Seide

Porös, 2 Knopf . . . . Paar 6.50
Hautgewebe, 2 Knopf . . . . Paar 7.90
Glatt und porös, 2 Knopf . . . . . . Paar 8.50
Glatt und porös . . . . Paar 9.50

Kinder-Handschuhe

Zwirn, porös, 2 Knopf . . . . Paar 2.90
Leinen, glatt, 2 Knopf . . . . Paar 3.90
Reine Seide, 2 Knopf . . . . Paar 4.90

Leder-Handschuhe

Lange Schweden, 12 Kn. 16.50, 18 Kn. 18.50
Glacé, 2 Kn., weiß m. schwarz. Aufnaht, Paar 16.50
Schweden, 2 Knopf, helle Farbe . . Paar 10.75

Seidenstoffe

für Blusen und Kleider

Seidenkrepp, gestreift, helle Farben, 100 cm breit, Meter 34.–
Voilechappe, bunt bedruckt, 110 cm breit . . . . . Meter 36.–
Satin de chine, 85 cm breit . . . . Meter 42.–
Schantungseide, 85 cm breit . . . . Meter 45.–
Foulard-Köper, dunkel, mit weißen Tupfen, 110 cm br., Meter 65.–

Kostüme aus Wolle und Seide

Jackenkleider, neue lange Formen, auf Seidenfutter, aus schwarzen und farbigen Stoffen . . . . M. 275.– 450.– 650.–

Regenschirme Reine Seide M. 65.– u. M. 100.–

Sonnenschirme in sehr aparten Formen

Blusen

Bluse aus gepunktem Waschstoff . . . . M. 49.–
Bluse aus farbig bedrucktem Waschstoff, jugendliche Form . . M. 58.–
Bluse aus gestreiftem Waschstoff . . . . M 68.–
Bluse aus weiß- mit schwarz gepunktem Plumtif, mit Pikeekragen M. 75.–
Bluse aus getupftem Waschstoff, Sportform . . . . M. 79.–
Bluse aus gepunktem Waschkrepp mit Lingerie-Garnierung . . . . . M. 110.–

Neu! **Die Nacktheit!** Neu!
Orientalische Kunst!
24 verschiedene Original-Aufnahmen. Aegyptische und italienische Frauenschönheiten. 24 Stück 7 M. — franko Nachn. 1812
Aufsehen erregende Naturaufnahmen!
20 Stück sortiert 7 M. Wiederverk. bed. bill. Preise. Müller & Winter, Abt. G., Leipzig, Kronprinzstr. 43.

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. z. sprechen Potsdamer Str. 115 (Lützowstr.) Langjähr. Erfahr. Zuverläss. Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten- u. Vertrauenssach., Gesuche, Verträge, Ermittelungen. — Beobachtungen. Tel. Lützow 2494. Achtung. Mit der Dr. v. Kirchbach G. m. b. H., Alexanderstr. 45, habe ich keine Verbindung. Landgerichtsrat von Kirchbach. *

Perserteppiche, Perserbrücken
kaufen zu noch nie dagewesenen Preisen
Nagoschiner, Charlottenburg
Wallstr. 18. Wilhelm 7287. 1138L

Lebensmittel aus Holland
erhalten Sie durch Postpaket, enthaltend: 50/12
1 Kilogr. amerikanische Plockwurst,
½ „ echt. Java-Tee,
½ „ echt. gebr. Kaffee,
½ „ amerikanischen Speck,
½ „ in holl. Käse,
2 Dosen Kondens-Milch,
15 Stück Schokoladenrippen Kwatta
nach Einsendung von 98,75 M. per Postanweisung an A. Marcuse, Amsterdam, N.Z. Voorburgwal 228. Tel. N 575

Freie Geschäfts-Anwaltschaft
Gemeinnützige Vereinigung zur Geschäfts- und Rechtsberatung

Berlin W 35, Potsdamer Str. 114, hochp.
Telephon Lützow 8661
rätet, hilft und vertritt in allen schwierigen Geschäfts- und Rechtsangelegenheiten (Bearbeitung durch Juristen). Schnellste Erledigung jeder schriftlichen und telephonischen Anfrage, unverbindlicher Vertreterbesuch, mäßiges Honorar bei einmaliger und ständiger Beratung.

Keine Wanze mehr für **M. 2,–**
nur mit Kammerjäger Bergs Nicodaal I u. II zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. Doppelpaket M. 2,–. Ausreichend für 1 bis 3 Zimmer und Betten. 66/19
Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim. Bei Eins. von M. 2,40, oder Postscheckkonto Berlin 31 286 portofr. Zus. durch Herm. A. Groesel, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Das Christusproblem gelöst! Soeben erschien: Vor 1900 Jahren! Wer war Jesus Christus?
In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essäerbundes, einer Art Freimaurervereinigung. Es ist der Bericht des Ältesten dieses Bundes in Jerusalem an den Ältesten in Alexandrien. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten nur einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser historische Bericht ist ins Deutsche übersetzt worden, mit einem Vorwort über Pontius Pilatus neubearbeitet von Ferd. Schmidt. Kein Denkender wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen. Preis M. 2,50, schön gebunden M. 3,50, Nachnahme 30 Pf. mehr. Bücherkatalog gratis.
Grosser Bücherkatalog gratis durch: Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 42.

Sanatorium Feldberg i. Mcklbg.
Nerven-, Innere, Stoffwechselkranke, Erholungsbedürftige. Prospekte. 126/3 S.-Rat Dr. Kausch.

1000 Fahrräder mit Gummi

sofort lieferbar.
Ernst Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Baukantine
für Kleinhaussiedlung in Reitz sofort zu vergeben. Kautionsfähige Reflektanten wollen nur schriftliche Angebote an die Geschäftsstelle des **Bauverein „Solide“**, e. G. m. b. H., Berlin, Schleiermacherstr. 10, richten.

M. 15–20 000 I. Hypothek
auf Grundstück nahe Bahnhof Hermannstraße von sofn. Besitzer p. sofort ges. Wert 50 000 M. Selbstgeb. Angeb. erb. u. D. 25 a. d. Exp. d. „Vorwärts“, Lindenstr. 3.

Herrlich hoch, gesund im Wald gelegen, **in Buch** gutgeschnittene Parzellen. Besitzer **Joera, Berlin W 30, Regensburger Straße 13.** Vertreter: Tocken, Colonie Alpenberge b. Buch, Schweizerstraße. 18/5

Rehpinscher Flock dunkelbraun, gelb gefleckt geg. hohe Belohnung abzugeben. Altonaer Str. 31. Telephon: Moabit 9880. 1315

Wie ich meine **Tätowierung** schmerzlos, ohne Stechen. Schneiden narbenfrei selbst entfernte. Prosp. grat. Sprechstunden 3-7, Sonnt. 9-12. ** Nitschke, Charlottenburg, Kantstr. 60, nahe Bahnhof.

Blüthnerpiano
Schwechten, Mann, Ecke, Schiedmayer. Auswahl erstklassiger Instrumente. **Konetzny, Alexanderstr. 37** (Kleppl).

!!! Trotz !!!
bekannter Knappheit durch große Lagervorräte sehr günstige Angebote in gediegenen **Speise-, Herren-, Schlaf-, Wohnzimmern u. Küchen.** — Besichtigung lohnend.
Möbelhaus Osten
nur 30 Andreasstraße 30

Pelze
Weiß-Blau-Kreuzfuchs gegen bar und erleichterte **Zahlungsbedingung.**
Briefe erbeten. Pelzhaus
ABUCO
Berlin SW 19

Flügel oder Piano
sucht von Privatleuten * Kleinfeld, Gneisauer Str. 28. Preisofferten erbeten.

„Fredy“ Zigarettenvertrieb
Brunnenstr. 17,
Zigarren Zigaretten
Amt Norden 2343. *

Kopfläuse u. Brut vernichtet radikal **Lauto** Nach oben geruchlos
Flasche 2,75 Mk. zur Kur ausreichend, in Apothek. u. Drogerien sowie Warenhäusern zu haben. Hersteller **Neopharm**, Hannover. Gen.-Depot für Berlin **W. Wilcke**, Berlin S. Matthieustraße 2. Tel.: Moritzpl. 12900.

Würmer
Spul-, Maden- und Bandwürmer, bei Kindern und Erwachsenen, beseitigt sicher und ohne Gefahr das glänz. bewährte Mittel
„Bitterin“
für Erwachsene M. 4,55
für Kinder . . . M. 3,55
inkl. Darmreinigungstee. Porto extra. [*
C. Bitter Nachf. Reformhaus „Zur Gesundheit“ Bielefeld.

Flacheisen in fast allen Dimensionen
Quadrateisen von 16 bis 100 mm
Rundeisen roh und gezogen, von 6 bis 200 mm
Draht verzinkt u. schwarz, in fast allen Stärken
Bleche bis 16 mm
Ausschuß-Rohre in allen Stärken
Stall- und Dachfenster in großer Auswahl
Transmissionen von 30 b. 150 mm
Wellen u. Lagerböcke
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls
Berlin SO 16
Brandenburger Ufer 2/3.

Zum Wiederverkauf an jedermann geeignete Artikel!
Hunderte von Bezugsquellen leicht verkäuflicher Massenartikel jeder Art finden Sie in dem großen Fachblatt: Das Versandhaus in Pößneck-C. Man verlange Probenummer.

Sicherste Kapitalsanlage!
Modernes Wohnhaus, ohne Läden, mit Zentralheizung, Warmwasser, in Berlin-Pankow, sehr günstig zu verkaufen. Näheres **Richter, Berlin,** Fehrbelliner Straße 5. 1133

Klavier
evtl. Flügel u. Harmonium kauft **Schachtschneider, Dudower Straße 14,** III (Preisangabe).

Stoffe
für
Damen-Kostüme
Meter 20,–, 30,–, 40,–, 50,–
Herren-Anzüge
Meter 50,–, 60,–, 70,–, 80,–
Tuchlager Koch & Seeland
G. m. b. H.,
Gertraudtenstr. 20/21
Verkaufszeit v. 8–2 Uhr.

H. Pfau, Bandagist, Berlin C.
Dircksenstr. 20
zwisch. Bahnh. Alexanderplatz u. Polizeipräsid. — Amt Kat. 3208. Für Damen Frauen-Bedienung. Lieferant für alle Krankenkassen.

Buchführung
gründliche Unterweisung. F. Simon, Berlin W 35, Magdeburger Straße 31. Verlangen Sie gratis Probebrief. N*

Möbel
Komplette gedieg. **Schlafzimmer, Speise-, Herrenzimmer, Küchen** aller Art, **Polstermöbel. Gebr.** gut aufgearb. Möbel billig. Gr. Auswahl. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.
Antel, Brückenstr. 2.

Dungkarren, Wassertonnen, Jauchekarren
Liefert ab Lager 1400*
G. Wagner,
Cöpenicker Straße 71
„Goffs Hof“
(kein Ladengeschäft).

PLATIN .
Gold, Silber, Zahngebisse kauft **Frau Linke, Blücherstr. 40.**

Gummi
gibts noch zu wenig, dafür gute Ersatzbereifungen, alle Bedarfsartikel für Fahrräder, prima Schulranzen aus Leder, Rucksäcke mit Lederriemen im **Fahrradhaus „Vorwärts“,** Brunnenstr. 35, Hof links. *

Hautjucken! Bartflechte!
Krätze, Flechten, Ausschlag werden schnellstens und sicher geheilt durch 140/15*
Pharmol-Salbe.
Seit vielen Jahren ausgezeichnet bewährt. Versand 1 Tube M. 6, 2 Tuben (für 2 Person.) M. 10 gegen Nachnahme durch **Concordia-Apotheke Velten bei Berlin 6.**

Moderne eichene
Schlafzimmer
direkt ab Fabrik.
R. BLOCK,
Kopernikusstr. 23. [*

Kriegsanleihe
kauft gegen Barzahlung
Deutsche Metallindustrie,
Potsdamer Str. 67. *

HARLEMER
Tropfen wieder erhältlich in der Simonsapotheke, Spandauer Str. 17. *

Gartenlandparzellen,
neu erschlossen, in guter Kultur, zur Selbstbewirtschaftung und zur sicheren Kapitalsanlage sehr geeignet, in bequemster Lage am **Straßenbahnhof Nordend-Niederschönhausen,** verkauft für den **ausnahmsweise billigen** Preis von **60–75 M. die Quadratrute.** Auskunft, auch Sonntags, zwischen 4–8 Uhr Schillerstr. an der Endhaltestelle der Linie 57 in **Niederschönhausen S. Joseph,** Amt Moabit 8675.

Bettnässen
Abhilfe sofort *
Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. 71/1
MERKUR-VERSAND
München 17c, Neureutherstr. 13

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit

Ohrger., nerv. Ohrschmerz über uns. tausendf. bewährt. patentamtl. gesch. Hörtrommeln. Bequ. u. unsichtbar zu tragen. Glänz. Anerkenn. Gebr. SanisVersand München. 827b

Pianos
gegen bar und auf Teilzahlung. *
Pianohandlg., Berlin.
Göbenstr. 10, pt.

Leim, Schellack, Firnis, Lacke, Wachs, Paraffin, Harz kaufen **Winkler & Co., Alte Schönhauser Str. 28.** *

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Zentrum: Max Menzel, Ackerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Süden und Südwesten: Gustav Schmidt, Bärwaldstraße 42, a. d. Gneisenaustraße. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Süden: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Osten: Wilh. Arndt, Markusstr. 36. Geöffnet von 9–6 Uhr. — Karl Melle, Petersburger Platz 4 (Laden). Geöffnet von 9–6 Uhr.
Südosten: Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Nordosten: Paul Dölz, Immanuelkirchstr. 12 (Hof). Geöffnet von 9–6 Uhr.
Moabit: Joseph, Wilhelmshavener Str. 48. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Wedding: J. Hönisch, Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße (Laden). Geöffnet von 9–6 Uhr.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: A. Wolgast, Wattstr. 9. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 7 (Laden). Geöffnet von 9–6 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Greifenhagener Straße 22. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Adlershof: Feuerstein, Bismarckstr. 82.
Alt-Glienicke, Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 179.
Bernau, Rönigental, Zepernick, Schönbeck und Buch: Heinrich Brose, Bernau, Mühlenstr. 5 (Laden).
Biesdorf: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Horlemann, Genossenschaftshaus „Paradies“.
Buchholz: P. Voigt, Rosenthaler Str. 15.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Gesenheimer Straße 1. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Charlottenburg II. Julius Striemer, Tauroggener Straße 11.
Eggersdorf: Schönherr, Landsberger Str. 10.
Eichwalde, Schmöckwitz: Otto Krone, Eichwalde, Stubenrauchstraße 100.
Erkner: Alb. Zernicke, Königstr. 45.
Fichtenau. Krehke, Waldstr. 28.
Friedenau. Petermann, Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Uffenwasser, Petershagen.
Friedrichshagen, Hirschgarten: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Bergfelde: R. Weidemann.
Hennigsdorf: Emmulat, Rathenaustr. 7.
Hermsdorf, Glienicke, Stolpe, Bergfelde, Borgsdorf, Hohenneuendorf, Birkenwerder: A. Pittack, Hermsdorf, Berliner Str. 124.
Johannisthal. Alwin Gammisch, Bismarckstr. 8.
Karlshorst: Sachse, Junker-Jörg-Str. 7.
Kaulsdorf: W. Scholz, Giesestr. 30.
Klein-Glienicke: Franz Groger, Lenkestr. 1.
Kyritz a. H.: Krumnow, Plantagenstr. 5.
Königs-Wusterhausen, Niederlehme, Schenkendorf: Friedr. Baumann, Luckenwalder Str. 5.
Köpenick: Emil Witzler, Kiezer Str. 6 (Laden). Geöffnet von 9–6 Uhr.
Kremmen: Adolf Zeltz, Ruppiner Str. 128.
Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifel, Wartenbergstr. 1 (Laden). Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Lichtenberg III: Frankfurter Allee 185, Laden.
Lichtenrade: Poller, Bahnhofstr. 35.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: Wenzel, Fliethnerstr. 15.
Lichterfelde-West: G. Albrecht, Dürerstr. 2.
Mahlow: Jos. Marschall, Trebbiner Str. 15.
Mahlsdorf. Thomas, Lindenstraße.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 29.
Marienfelde: W. Schulz, Berliner Str. 116.
Neuenhagen: Wengke, Ziegelstr. 71.
Neukölln: M. Heinrich, Neckarstr. 3 (Laden). Geöffnet von 9–6 Uhr.
Neukölln-Britz: Rohr, Siegfriedstr. 28/29. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Niederschönhausen: G. Schliebener, Treskowstr. 14.
Niederschöneweide: Wilhelm Unruh, Brückenstr. 10 II.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Potsdam: Hörig, Waisenstr. 24.
Oranienburg: Alb. Ernst, Gartenstr. 4.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 6.
Pankow, Nordend, Blankenburg: Ritzmann, Pankow, Mühlenstr. 70.
Rahnsdorf. Teichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstraße 56 (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: Paul Elpel, Edelweißstr. 5, Potsdamer Str. 26.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Belziger Str. 27 (Laden). Geöffnet von 9–6 Uhr.
Schöneiche: Seifert, Waldstr. 86.
Senzig: Friedewald, Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Aug. Gruse, Voltastr. 5.
Spandau, Seegefeld: Schwarz, Spandau, Potsdamer Str. 26.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Steglitz: Hans Regel, Schildhornstr. 11.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Freie Scholle und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstr. 10. Geöffnet von 9–6 Uhr.
Teltow: Krüger, Schönow, Dorfstr. 9.
Tempelhof: Schmacht, Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstr. 412, vorn 1 Tr.
Velten: Willy Hille, Luisenstr. 3.
Weißensee: Waffelewski, Berliner Allee 11.
Wildau-Hoherlehme: Rud. Lettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Arthur Schiefke, Wilhelmshagen, Dernburgstr. 21.
Wilmersdorf: Schubert, Uhlandstr. 98/99, Laden.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Wegner, Zehlendorf, Annastr. 10.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Winterfeld, Zeuthen, Kurfürstenstr. 46.
Zossen: Fritz Müller, Stubenrauchstr. 25.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

A. Jandorf & Co.

Belle-Alliance-Strasse · Gr. Frankfurter Strasse · Brunnen-Strasse · Hottbuser Damm · Wilmersdorfer Strasse

Garten-, Balkon-Möbel in grosser Auswahl

Waschstoffe

Batist dunkelfarbig, bestickt .....Meter	**12.90**	**Kleider-Alpaka** schwarz, etwa 105 cm breit .....Meter	**29.80**
Krepon bedruckt, hübsche Muster..Meter	**13.50**	**Seiden-Batist** in schönen Farben ..... Meter	**19.85**
Sportflanell für Hemdblusen . Meter	**13.75**	**Kleiderstoffe** elegante Karo- u. Streifen-Muster, hellfarbig, etwa 100 cm breit .....Meter	**26.50**
Musselin Baumwolle, hübsche Must. teilweise Dirndlmuster .. Meter	**17.85**	**Voll-Voile** bestickt, etwa 110 cm breit ..... Meter	**29.50**
Schleierstoff in aparten Mustern .....Meter	**23.90**	**Blusen-Satin** schwarz.....Meter	**19.75**

Besonders vorteilhaftes

Möbel-Angebot!

Speisezimmer bestehend aus:
1 Büfett Eiche
1 Kredenz „
1 Ausziehtisch „
6 Stühlen „
zusammen M. **2850**

Herrenzimmer bestehend aus:
1 Bibliothek Eiche
1 Schreibtisch „
1 runden Tisch „
1 Schreibsessel „
2 Stühlen „
zusammen M. **2450**

Schlafzimmer bestehend aus:
1 Schrank mit Spiegel, Eiche
1 Waschtoilette mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränken mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 Steiligen Auflegematratzen mit Keilkissen
2 Stühlen
1 Handtuchhalter
zusammen M. **1875**

Ständig große Ausstellung
von ca. **300**
Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel — Gobelin-Sofas und Sessel.
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen einfacher, mittlerer und elegantester Art
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.

Lombard-Bankgeschäft und Lagerspeicherei
M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben.

Sie können ruhig schlafen!
wenn Sie „Alberti"-Desinfektion von uns ausführen lassen
Wanzen, Schwaben, Flöhe, Läuse, Fliegen, Mücken, Motten, Mäuse. Auch Bakterien selbstverständlich Krankheitsstoffe aller Art — Vertilgt restlos mit der Brut! „Alberti" desinfiziert gut!
Auskunft und Kostenanschläge erteilt unverbindlich
„Alberti" Desinfektions- u. Reinigungs-Anstalt I. Ranges.
Potsdamer Straße 64.
Fernspr.: Amt Lützow 9987, Kurfürst 595 u. 2959.

Juwelen Perlen
Margraf & Co. G. m. b. H.
Kanonierstr. 9 - Berlin - Tauentzienstr. 189
Auch Ankauf

Nach
Vitte und Kloster a./Hiddensee
regelmäßige Dampferverbindung
vom 10. Juni bis 31. August dieses Jahres
durch Postdampfer „Caprivi"
ab Stralsund werktäglich 4 Uhr nachmittags
im Anschluß an den um 3,10 Uhr von Berlin eintreffenden Personenzug. Sonntags Abfahrt 1,30 Uhr nachmittags,
ab Kloster täglich 7,30 Uhr morgens
mit Anschluß an den Eilzug nach Berlin 12 Uhr mittags.
Fernsprecher 196. 1159L.*
Reederei Carl Wothke, Stralsund.

Kindererholungsheim Göhren auf Rügen
Wohlfahrtseinrichtung des Vereins für Kindervolksküchen u. Volkskinderhorte.
Gegr. 1893.
Eröffnung am 15. Juni.
Anmeldungen und nähere Auskunft im Vereinsbureau, Nürnberger Platz 4, Abteilung Jugendfürsorge, vormittags 9—1 Uhr. 1115L.*
Der Vorstand des Vereins für Kindervolksküchen und Volkskinderhorte. Berlin. E. V.
Hermann Abraham, Vorsitzender.

Ziehung 25. u. 26. Juni
Rote Kreuz-Lotterie
zugunsten d. Vereins Deutscher Frauen-Verbände, Provinzialverein Berlin
100 000 Lose 3667 Gewinne im Werte von M.
100 000
Hauptgewinne im Werte v. M.
50 000
10 000
usw. usw.
Los M. 3 Postgebühr u. Liste 45 Pf. Nachnahme 25 Pf. mehr
Ueberall erhältlich
Verband Preußischer Lotterie-Einnehmer
Berlin C 2, Burgstraße 27

Möbel-Gelegenheitskäufe
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Polstermöbel
kompl. Küchen
Einzelne Möbel
Gr. Auswahl, bill. Preise
Auf Wunsch a. Teilzahlg.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl. *

Meine Flechte
für deren Beseitigung mir von Aerzten seit etwa einem Jahre alle möglich. Mittel verschrieben wurden, die aber nichts halfen, ist jetzt d. Ihr Spezialmittel fast **verschwunden.**
Chittg., Walter W. Reichel's Fichtenbalsam, seit 25 Jahren glänzend bewährt. Mark 5.00. Zur gleichzeitigen innerem Kur Reichel's Saltrin-Blutreinigungs-Pulver, Schachtel M. 2.—.
Otto Reichel, Berlin 43
SO. Eisenbahnstr. 4.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten
bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Umschwung unserer Industrie und des Handels steht bevor und es werden überall
geschulte Kräfte gesucht
sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an dem wirtschaftlichen Umschwung, der naturgemäß das Ergebnis der neuen Zeit sein muß. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfach. Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnack-Hachfeld", 305 S. starke Broschüre kostenlos. Bonness & Hachfeld, Potsdam Postfach 167.

Leder-Möbel-Fabrik

verkauft direkt ohne Zwischenhandel
Klubsessel und **Leder-Sofas**
in pr. garant. echt. Leder zu billigen Preisen.
Curt Roeder
Innungsmeister
Berlin SO 26
Oranienstr. 25.

Reklame Drucksachen
Buchdruckerei Rund
Palisadenstr. 103
Anfertigung sämtl. Drucksachen

Am Lager vorrätig:
Drehbänke
Fräsmaschinen
Bohrmaschinen
Hobel- u. Shaping-Maschinen 102/1
sowie alle anderen Werkzeugmaschinen
neu u. gebraucht i. gr. Ausw.
A. Magnus,
Berlin C. 23,
Dircksenstraße,
Bogen 137.

Bizemeister
aus Blechemballage- oder Geldschrankbranche gesucht. Schriftliche Angebote unter R. A. 3968 an die Ala, Berlin SW. 19.

Bureaubursche
gesucht. Arbeitszeit 8—½4. Sonnabends 8—1. Schriftliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an die Versicherungsgesellschaft Thuringia, Subdirektion I, Berlin, Kochstraße 59, II links. 3078B

Jüngere Arbeitsburschen
gesucht. Chemische Fabrik Tempelhof, Berlin, Admiralstraße 11. 1360D

Frau zum Laden wischen gesucht. Rasch, Passage, Laden 37/41. 50/10

Gewerkschaftskartell Hannover-Linden
Arbeitersekretär gesucht.
Für das Arbeitersekretariat suchen wir einen weiteren Sekretär. Derselbe muß mit der Sozialversicherung völlig vertraut sein und redneriche Begabung besitzen. Gehalt nach den Sätzen des Vereins Arbeiterpresse mit örtlicher Teuerungszulage. Etwige Dienstjahre werden angerechnet. 3034
Bewerbungen mit Angabe der Organisationsangehörigkeit, des Familienstandes und eines kurzen Aufsatzes über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs sind mit entsprechender Aufschrift bis zum 8. Juni 1919 an den Kartellvorsitzenden Aug. Papst Hannover, Nikolaistr. 7, zu richten.

Leitender politischer
Redakteur
mit guter journalistischer Vorbildung für den „Volksfreund" in Karlsruhe zum baldigen Eintritt gesucht.
Angebote an Rechtsanwalt L. Marum, Kaiserstr. 86, in Karlsruhe, erbeten. 2612*

Große Kofferfabrik
sucht per sofort zur technischen Leitung ihres Betriebes
erstklassigen Fachmann
mit längerer Praxis. 3014
Ausführliche Offerte sofort erbeten unter „Lebensstellung" Leipzig, hauptpostlagernd.

Zum möglichst sofortigen Antritt wird ein beiähigter
Ortsbeamter
mit Rednergabe und mit Talent für Organisation und Propaganda gesucht. Umzugskosten nach Vereinbarung. Ausführliche Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Laufbahn, mit Bild und Gehaltsansprüchen erbeten.
Zentralverband der Handlungsgehilfen
Ortsgruppe Dortmund, Jägerstr. 24.

Süddeutsche Herrenwäschefabrik
sucht 51/
Zuschneider oder Zuschneiderin.
Allerersteste Kräfte, welche imstande sind, einem Betrieb vorzustehen, werden um Angebote mit Zeugnisabschrift gebeten.
Offerten unter S. R. 7372 an Rudolf Mosse, Berlin SW

Vollständig ausgebildeten
IIa Schreiber
sucht höhere Kommandobehörde. Zeugnisse sind mit Angabe der Adresse einzusenden unter Q. U. 124 an U. T. Z. Annoncen-Expedition, Berlin W 62. 150L.

Wir suchen für unsere Schraubenfabrik einen durchaus branchekundigen, umsichtigen
Werkmeister
zum 1. Juli d. J. 134D
O. Trinks & Co., Berlin-Marienfelde.

Butterverkäuferin.
Mehrere jüngere Verkäuferinnen stelle gegen gutes Gehalt sofort für dauernd ein. Desgl. per 1. Juli eine erste. Vorstellung zwischen 3 und 4 Uhr nachm. 1562
J. Franz Aßmann, Landsberger Allee 46.

Wir kaufen u. verkaufen
Staats- und Stadt-Anleihen in- und ausländische Renten
sachgemässe Beratung über
Industrie-Aktien.
Eugen Bab & Co., Bankgeschäft, Berlin W. 8,
Taubenstrasse 46.

Potsdamer Straße ab Ende Mai.
Photo-Apparate
Objektive Mikroskope
kauft und verkauft
Gg. Leisegang Berlin
Potsdamerstr. 138
Tauentzienstr. 12
Schloß-Platz 4

Frauenhaare
Kilo 20 Mark, kauft Haarfabrik Potsdamer Str. 42 u. Mirbachstr. 59.

Möbel!
Sonder-Angebot!
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Dielen-Möbel
Küchen
in großer Auswahl zu billigen Preisen
Beste Verarbeitung ◆ trockenes Material
Versand auch nach auswärts
Lombard- u. Möbelhaus „Bahnhof Börse" G. m. b. H.
Dircksenstraße 43–44.

Die Minister in Weimar.

Aus Weimar hören die „V. V. R.", daß die Reichsminister Wissell, Rosle und Schmidt dort bereits auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie anwesend sind. Der Ministerpräsident Scheidemann wird hingegen erst an den Donnerstagsverhandlungen teilnehmen; seine Rede wird, wie es heißt, einen stark außenpolitischen Charakter haben.

Mecklenburgische „Patrioten".

Der rausgeschmissene Minister und das freudige Ereignis der Frau Großherzogin.

Mit welcher Unverschämtheit gewisse reaktionäre Kreise aufzutreten wagen, das zeigt die Hauptversammlung des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins, über deren Verlauf die „Landeszeitung für beide Mecklenburg" folgendes berichtet:

Die ordentliche Hauptversammlung des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins fand gestern nachmittag hier statt, an ihr nahmen u. a. teil: Staatsminister Dr. Wendorff und Regierungsrat Beutin als Vertreter des Ministeriums. Der Vorsitzende hielt eine längere Ansprache, an deren Schluß er u. a. sagte: Wenn wir heute einen Vergleich zwischen den gegenwärtigen Verhältnissen und der früheren monarchischen Zeit ziehen, ist es unzweifelhaft, daß die Wagschale zuungunsten der jetzigen Wirtschaft steigt. Und wenn wir in diesem Augenblick zurückdenken an frühere Zeiten, so kann man nicht anders, als auch des Mannes zu gedenken, den wir als Landesherrn verloren haben, aber dem wir allzeit ein treues Gedenken bewahren werden. (Die Versammlung erhob sich bei diesen Worten von den Sitzen, nur Staatsminister Dr. Wendorff blieb sitzen. Es ertönten Rufe: **Unverschämtheit, aufstehen, raus, raus!**) Der Vorsitzende forderte die Anwesenden **zu einem Hoch auf den Protektor des Vereins, den Großherzog Friedrich Franz IV.**, auf, das von der Versammlung in der begeistertsten Weise aufgenommen wurde. Anschließend an das Hoch wurde an den früheren Landesherrn ein Telegramm gesandt mit der Versicherung **treuester Wünsche für ferneres Wohlergehen**, insbesondere auch für die Frau Großherzogin, die in allernächster Zeit **einem freudigen Ereignis** entgegensieht.

Es ist nicht einzusehen, warum der Minister diese unverschämte hochverräterische Gesellschaft überhaupt besucht hat. Unseres Erachtens hätte die Regierung allen Anlaß gehabt, diese Herren unter sich und allein der Beachtung derer zu überlassen, um deren „freudige Ereignisse" sich ihr ganzes Denken dreht.

Vom Herrenhaus zum Volkshaus?

Uns wird geschrieben: Durch Zeitungsnotizen ist bekannt geworden und von maßgebender Stelle bestätigt, daß in den Räumen des ehemaligen Herrenhauses das Wohlfahrtsministerium untergebracht werden soll. Ein jeder wird zugeben müssen, daß dieses Ministerium wichtige Aufgaben erfüllen soll. Handelt es sich doch um die nicht geringe Aufgabe, die Gesundung unseres ganzen Volkes zu heben und die furchtbaren Wunden, die der unselige Krieg auf allen Gebieten geschlagen hat, wieder zu heilen; und wünschen wir diesem Ministerium die besten Räume. Ob aber gerade das Herrenhaus, das als Parlament gebaut, als Verwaltungsgebäude geeignet ist, glauben wir zu bezweifeln. Es wäre doch ein Jammer, wenn dieses schöne Haus durch Umbauten architektonisch verschandelt würde. Das Herrenhaus ist seit der Revolution zu einer Sammelstätte aller schaffenden Kräfte, ja man kann sagen, zu einem Volksparlament geworden. Alle Parteien und Korporationen haben sich in diesem Haus zusammengefunden. Arbeiterbildungskurse usw. haben sich die Räume zu ständiger Aufklärungsarbeit reservieren lassen. Es ist wohl selten ein Haus so für Versammlungszwecke geeignet als dieses, und ein dringendes Bedürfnis für ein solches wohl unbestritten. Wenn wir einen Reichswirtschaftsrat oder eine Kammer der Arbeit bekommen, so gibt es wohl kein Gebäude in Berlin, das für die Unterbringung dieser Behörde so in Frage käme, als wie das Herrenhaus. Darum ist es einfach nicht zu begreifen, daß sich das Preußische Staatsministerium nicht auch auf den Standpunkt stellt, dieses Haus restlos für die angeführten Zwecke zur Verfügung zu stellen. Möge dieser Protest im Namen vieler Parteigenossen nicht wieder in alle Winde verhallen und allen Volksgenossen eine Stätte erhalten bleiben, wo sie sich wohlfühlen und durch regen Meinungsaustausch und ernste Bildungsarbeit Anregungen bekommen, um an dem Wiederaufbau unserer schwer darniederliegenden Volkswirtschaft mitzuarbeiten.

„Das Volk von Schiebern und Hehlern."

Alldeutsche Zufriedenheit mit der Niederlage.

Sehr an den Fuchs mit den sauren Trauben erinnert Herr Heinrich Claaß, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, in seiner Pfingstbetrachtung, die er in den „Alldeutschen Blättern" anstellt. Nachdem Herr Claaß vier Jahre lang vom deutschen Zerschmetterungssieg gesungen hat, findet er plötzlich die Niederlage, die Deutschland erlitten hat, sehr nützlich und gut. Er schreibt:

> Heute aber fragen wir: was wäre geschehen, wenn dieses selbe Volk der Heimat, das kaltherzig unser wunderbares Heer sich opfern ließ, gesiegt hätte! Was wäre geschehen, wenn dies Volk, das einem Bethmann Hollweg folgte, das Max von Baden und Solf ertrug, das heute noch Scheidemann und Erzberger nachläuft, das sich unter jüdische Vormundschaft gestellt hat und die echten Helden dieses Krieges beschimpfen läßt —: **was wäre geschehen, wenn dieses selbe Volk den Endsieg gewonnen hätte!**
>
> Wie wäre es geworden, **wenn diesem Volk von Schiebern, Hehlern, Wucherern der Sieg, dessen es unwürdig war, in den Schoß gefallen wäre!**
>
> So entsetzlich **das Heute ist — wem graut nicht vor dem, was der für die Heimat unverdiente Sieg unserm Volke gebracht hätte!**

Das bedeutet: Nachdem Deutschland republikanisch geworden ist und sich von den politischen Ansichten der Alldeutschen losgesagt hat, gönnen ihm die Claaß und Genossen vom ganzen Herzen und mit edler Schadenfreude die Niederlage, in die sie selbst das Volk hineingehetzt haben. Das sind die Leute, die sich die „wahrhaft Deutschen" nennen! Fürwahr, es ekelt einem vor dieser Gesellschaft!

•

Der Alldeutsche Verband sendet uns eine „Berichtigung" zu unserer Notiz über Dr. Haas „Erst Alldeutscher — dann Verräter", in der er feststellt, daß Dr. Haas nicht Mitglied des Alldeutschen Verbandes ist oder gewesen ist. — Wir haben das auch nie behauptet, behaupten aber nach wie vor, daß Haas seiner betätigten Gesinnung nach Alldeutscher war, ehe er Verräter wurde.

Selbstbeschimpfung der Alldeutschen.

Schwarzweißrote Ecken zieren ein anonymes Flugblatt, das durch diese Kennzeichnung seine deutschnationale Herkunft verrät. Es beginnt mit den Worten:

> Deutsches Volk, wach auf! Rühre dich! Durch das verbrecherische Treiben vaterlandsloser Gesellen ist Deutschland zu Fall gebracht worden. Deutsche Schurken sind unseren tapferen Kriegern an der Front in den Rücken gefallen und haben unsagbares Unglück über das deutsche Volk gebracht.

Auf Grund der Tatsachen und Ereignisse können mit diesen Schurken und Verbrechern, die Deutschland ins Unglück gestürzt haben sollen, nur die Alldeutschen selber gemeint sein. Wenn die Alldeutschen sich selber so beschimpfen, haben wir keinen Grund, sie zu verurteilen.

Demonstrationen in Mannheim.

Mannheim, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) **Heute nachmittag veranstalteten etwa 4500 Personen einen Demonstrationszug durch die Stadt zum Protest gegen die Erschießung Levinés.** Die sozialdemokratische Partei hatte eine Beteiligung an der Aktion zugesagt, zog sie aber auf ein von den Unabhängigen und Kommunisten herausgegebenes Flugblatt, welches die unwahrsten Behauptungen gegen unsere Partei enthielt, zurück. Zu einem Beschluß zum Generalstreik kam es nicht. Die Demonstration verlief ruhig. Eine Resolution, die gegen die Erschießung Protest erhebt, wurde angenommen.

Die Lage in Remscheidt.

Wie die „V. V. R." aus Remscheidt hören, wird dort zurzeit noch gestreikt. Der Grund des Streiks ist die Verhängung des Belagerungszustandes und das Einrücken der Regierungstruppen. Letztere Maßnahme wurde ergriffen, da von gewisser Seite ein neuer Putschversuch in Remscheidt befürchtet wurde. Zurzeit wird über den Abruf des Streiks verhandelt.

Ueble Streikfolgen in Duisburg.

Stillgelegte Hochöfen. — Explosionen.

Duisburg, 10. Juni. Auf den rheinischen Stahlwerken nahmen am Montag morgen die Arbeiter, die wegen Verhängung des Belagerungszustandes in den Ausstand getreten waren, die Arbeit wieder auf, nachdem wesentliche Erleichterungen des Belagerungszustandes zugesagt worden waren. Die Lokomotivführer weigerten sich jedoch, zu arbeiten, wenn nicht eine zweite Streikschicht bezahlt würde. Die Direktion lehnte die Forderung ab, worauf die Lokomotivführer und Kesselheizer auch die Notstandsarbeiten einstellten. Die Hochöfen kamen sofort außer Betrieb. Es ereigneten sich drei schwere Explosionen. Die große Gasleitung wurde an mehreren Stellen stark zerstört. Die Betriebsfähigkeit des Werkes ist erheblich gestört.

Der deutsche Sozialistentag, der in Berlin vom 21. bis 23. Juni stattfindet, hat zu Referenten über die politische Notwendigkeit der Einigung die Genossen Cohen und Ströbel, über Auslandspolitik Ed. Bernstein, über Rätesystem Kaliski und Däumig und über den Einheitsweg Dr. Joelsohn und Wegmann bestimmt.

Eine Arbeitsgenossenschaft.

Von P. Riebke.

Eine Vorbedingung jeglicher wahrhaft sozialistischen Wirtschaftsweise ist eine gegenüber dem bisherigen Zustand teilweise ums Mehrfache gesteigerte Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit. Selbstverständlich soll diese höhere Ergiebigkeit nicht lediglich durch eine erhöhte Anpassung der körperlichen Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Arbeiters erzielt werden. Wir wissen alle, daß Vervollkommnung der Technik und Verbesserung der Arbeitsmethoden in erster Linie jenes eingangs erwähnte Ergebnis zeitigen sollen. Immerhin wird auch mit den vollkommensten technischen Hilfsmitteln, mit den besten Arbeitsmethoden ein Höchsterträgnis an Arbeitsleistung nur zu erzielen sein, wenn auch jeder einzelne sein Bestmöglichstes tut. Dieses Resultat ist aber nur dort zu erzielen, wo neben der physischen Vorbedingung — d. i. eine ausreichende Ernährung des arbeitenden Körpers — auch eine andere Grundbedingung zu jeder wirklichen und dauernden hochwertigen Arbeitsleistung vorhanden ist, die Lust und Freude am Schaffen nämlich.

Jene erste Vorbedingung wird ja in absehbarer Zeit noch nicht in wünschenswertem Umfange zu verwirklichen sein, solange mindestens nicht, als die Knappheit an Lebensmitteln anhält. Geschieht denn nun aber schon alles zurzeit Mögliche, um jene Schaffensfreude in den Arbeiterkreisen zu wecken und zu fördern, ohne die eine Steigerung der Arbeitsleistung für die Dauer einfach unmöglich sein wird? Die Schaffensfreude des Arbeiters wird gestärkt, je mehr ihm selbst der Ertrag seiner Arbeit zufällt, je mehr er die Gewißheit haben kann, daß dieser Ertrag nicht zu einem mehr oder weniger großen Teil von dem kapitalistischen Unternehmer eingesteckt wird und je mehr er ein wirkliches Mitbestimmungsrecht bei der Regelung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen erhält.

Um diese Vorbedingungen zu erfüllen, wäre eine genossenschaftliche Organisation der Arbeitskraft am Platze. Genossenschaftlich zusammengefaßt, würden die Arbeiter in direkter Verbindung mit der von ihnen auszuführenden Arbeit stehen unter Ausschaltung jeglicher Mittelspersonen mit rein kapitalistischen Interessen. Die Genossenschaft übernimmt die auszuführende Arbeit als Ganzes und damit auch die Verantwortung dafür. Die Einteilung der Arbeit ist dann eine innere Angelegenheit der Genossenschaft und somit hätten die an der Arbeit Beteiligten das volle Selbstbestimmungsrecht in der Regelung ihrer Arbeitsbedingungen, im Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen und der für jeden besonderen Fall vorliegenden arbeitstechnischen Möglichkeiten natürlich.

Es muß hierbei nicht gleich an die Gründung von Produktivgenossenschaften gedacht werden, welche selbständig an die Güterherstellung herangehen. Die bisher auf diesem Gebiete gemachten Erfahrungen mahnen zur Vorsicht. Immerhin sollte man auch diese Form genossenschaftlicher Organisation nicht in Bausch und Bogen verdammen. Unter besonderen Umständen und an geeigneter Stelle könnten auch sie zweifellos ihren Platz in einer neuen Wirtschaft ausfüllen.

Hier soll jedoch auf eine andere Form genossenschaftlicher Organisation der Arbeitskraft hingewiesen werden. Einer Form, die besonders den Bedürfnissen derjenigen Produktivzweige gerecht wird, die nicht an einen bestimmten Arbeitsplatz (Fabrik, Werkstätte) gebunden sind, also z. B. Erdarbeiter, Land- und Forstarbeiter, unter Umständen auch Bauarbeiter.

Einige Beispiele mögen veranschaulichen, was gemeint ist. Der Staat, eine Provinz, ein Kreis, eine Gemeinde oder irgendwelche öffentlich-rechtliche Körperschaften lassen Notstandsarbeiten ausführen, Eisenbahn-, Kanal-, Meliorations-, Kanalisations- oder sonstige Arbeiten. Dabei wird eine mehr oder weniger große Anzahl von ausschließlich mit Schaufel und Picke arbeitenden Leuten verwendet. Anstatt dieselben durch einen Unternehmer stellen zu lassen, der an jeder einzelnen Arbeitskraft noch besonders verdienen will, überträgt die bauausführende Stelle diesen Teil der Arbeiten einer Arbeitsgenossenschaft von Erdarbeitern, welche dann durch ihre Mitglieder die Arbeiten ausführen läßt. Die Arbeit wird zu einem bestimmten Preise übernommen, mit welchem es der Genossenschaft möglich sein muß, zum mindesten die für den betreffenden Bezirk geltenden gewerkschaftlichen Tarifsätze zu zahlen und ihre Verwaltungskosten zu decken. Ein eventuell durch schnellere Fertigstellung der Arbeit erzielter Ueberschuß würde zu verteilen oder zur Stärkung des Genossenschaftsvermögens zu verwenden sein. Diejenigen Genossen, welche durch bessere Arbeitsleistung in erster Linie die frühere Fertigstellung der Arbeit herbeigeführt haben, würden entsprechend dieser erhöhten Leistung durch einen besonderen Zuschlag zu ihrem Grundlohn zu entschädigen sein. Die Genossenschaft hätte aus den Reihen der Mitglieder das Aufsichtspersonal zu stellen und die Einteilung der Arbeiten vorzunehmen. Nur die obere technische Leitung wäre von der bauausführenden Stelle auszuüben. Hier hätten dann die Arbeiter ihr volles Selbstbestimmungsrecht, sie müßten allerdings — und das kann nur gut und erzieherisch wirken — auch die volle Selbstverantwortung tragen. Die Satzungen der Arbeitsgenossenschaft müßten natürlich entsprechend ausgearbeitet sein, um in jedem Genossen das Gefühl unbedingter Gleichberechtigung, aber auch der gleichen Verantwortlichkeit zu erwecken. Jedes Mitglied muß wissen und überzeugt davon sein, daß nur bei voller Pflichterfüllung jedes einzelnen das Interesse der ganzen Genossenschaft und damit auch wieder jedes einzelnen Genossen gewahrt wird. Die Mitglieder werden selbst darauf sehen, daß jedes Mitglied die Interessen der Genossenschaft wahrt, so daß für notorisch Faule und unkameradschaftliche Elemente, die sich nicht so sehr auf ihre eigenen Kräfte als darauf verlassen, daß andere schon für sie mitarbeiten werden, kein Platz in der Genossenschaft vorhanden sein würde. Damit hätten dann aber die bauausführenden Stellen auch die Gewähr, daß der Fortgang der Arbeiten ernsthaft und nach besten Kräften gefördert würde, wofür ein kapitalistischer Unternehmer unter den heutigen Verhältnissen nicht immer garantieren kann.

In ähnlicher Weise würden genossenschaftlich organisierte Landarbeiter die Saisonarbeiten auf großen Gütern und Domänen übernehmen, d. h. die Frühjahrsbestellung, die Ernte und die Herbstbestellung. Je nach den Umständen könnte eine solche Arbeitsgenossenschaft von Landarbeitern auch die für die Unterbringung ihrer Mitglieder nötigen Baracken stellen, so daß damit auch in vielen Fällen die so schwierige Frage der Unterbringung landwirtschaftlicher Arbeiter gelöst wäre. Diese Baracken könnten dann wieder zweckentsprechend Verwendung finden, wenn ein Teil der Mitglieder, der vielleicht nicht selbst irgendwo ein kleines Anwesen besitzt, im Winter sich an Forstarbeiten beteiligt.

Auch daß Bauarbeiter auf ähnlicher Grundlage die Ausführung von Bauten übernehmen, erscheint wohl möglich und durchführbar, wobei wohl am besten der bauausführenden Stelle die Beschaffung des nötigen Rüstzeuges und Materials zu überlassen wäre.

Ein Anfang in der eben skizzierten Richtung ist bereits gemacht. Es besteht seit kurzem eine allgemeine Arbeitsgenossenschaft für Erdarbeiter E. G. m. b. H. mit dem Sitz in Berlin. Sie steht mit den maßgebenden Behörden schon seit längerer Zeit in Verhandlungen und hat auch den Magistraten und Gemeindeverwaltungen Groß-Berlins Eingaben behufs Zuweisung von entsprechenden Arbeiten zugehen lassen.

Die Satzungen der Arbeitsgenossenschaft für Erdarbeiter entsprechen den oben angedeuteten Grundsätzen.

Es liegt also hier ein ernst zu nehmender Versuch vor, die berechtigten Ansprüche der Arbeiter auf volles Mitbestimmungsrecht bei der Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen in Einklang zu bringen mit der damit untrennbar verknüpften erhöhten Verantwortlichkeit des Arbeiters selbst, wodurch allein er auch in der Lage sein wird, die Grenzen des Möglichen und Unmöglichen zu erkennen und sein Verhalten danach einzurichten.

Die kleine Schar, welche sich zur Vornahme der Gründung zusammengefunden hat, geht jedenfalls mit größtem Ernst und unter voller Berücksichtigung aller zu überwindenden Schwierigkeiten an die Erfüllung ihrer Aufgaben heran.

Interessenten erhalten nähere Auskünfte an folgenden Stellen: W. Baumann, Berlin N. 113, Finnländische Straße 12, F. Bauhoff, Berlin-Schöneberg, Gothenstr. 29, F. Luckstadt, Berlin NW. 87, Beußelstr. 32, H. Jabusch, Neukölln, Rosenstr. 4. Täglich außer Sonntags und Montags von 6—8 Uhr abends. Ferner im Restaurant „Reichenberger Hof", Reichenbergerstr. 147, täglich von 6 bis 8 Uhr abends und in der Zentralstelle der Arbeiterräte in der Provinz Brandenburg, Geschäftsstelle Witzlebener Straße bei Charlottenburg, wochentags von 10—2 Uhr.

---

größere Bewunderung erregte die „Savannah" in Petersburg, wohin das Schiff glücklich nach einem Aufenthalt in Stockholm gelangte.

Notizen.

— In der Volksbühne wird als letzte Erstaufführung dieser Spielzeit Emil Gött's Lustspiel „Der Schwarzkünstler" am Sonnabend in Szene gehen.

— August Stramm, der im ersten Jahre des Weltkrieges gefallene expressionistische Dichter, wird in der nächsten Spielzeit mit drei Dramen: „Sanka Susanna", „Kräfte" und „Die Unfruchtbaren" auf der Bühne des Deutschen Theaters erscheinen. Außerdem hat Direktor Reinhard, wie uns mitgeteilt wird, der Sturmbühne (Theater der Expressionisten) sein Kammerspielhaus für die Aufführung von Werken Stramms zur Verfügung gestellt. Für die Sturmbühne, die bereits im vorigen Herbst „Sanka Susanna" als Vereinsvorstellung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit zur Aufführung gebracht hat, werden Dr. Lothar Schreyer, Dr. Rudolf Blümner und William Wauer die Inszenierung bewirken.

Das Berliner Publikum wird also im nächsten Winter Gelegenheit haben, die viel umstrittenen Dichtungen Stramms nicht nur mit den Mitteln Reinhardscher Regiekunst, sondern auch im Stile des strengsten Expressionismus auf der Bühne verkörpert zu sehen.

— Die Vereinigung bildender Künstler zeigt in den Räumen der Galerie Helbing, Matthäikirchstr. 12, ihre sechste Ausstellung. Es sind vorzugsweise Skizzen, Aquarelle, Radierungen usw. ausgestellt. M. Bernstein-Landsberg zeigt ein flottes Aquarell, „Neujahrskundgebung", Paula Fischer ebensolche, die ein wenig plakatartig auf den Eindruck hin gesehen sind, Alfred Fuchs verschiedene Temperaskizzen, in denen er eine schöne Farbe aus der Natur zu ziehen versteht. Gertrud Klose gibt stimmungsvolle Radierungen, ebenso Wilh. Oesterle solche von mehr impressionistischer Auffassung und M. Meißner gute Federzeichnungen. Der Bildhauer Totila Albert sucht die Naturformen ins einfache zu übersetzen, wobei ihm die Wiedergabe des seelischen Ausdrucks meistens gut gelingt. hw.

— Besserung der Kinderzähne im Laufe des Krieges. Ein überraschendes Ergebnis, das im Gegensatz zu vielen deutschen Annahmen steht, haben die Untersuchungen der Zähne der schwedischen Schulkinder ergeben, über die im „Prometheus" berichtet wird. Der Zahnarzt Dr. Bensow in Göteborg stellte danach fest, daß bei ungefähr 40 Proz. von 14 000 untersuchten Kindern während der Kriegszeit eine große Besserung der Zähne eingetreten ist. Dieser Rückgang der Zahnfäule läßt sich nur daraus erklären, daß die Kinder weniger Brot aus feingesiebtem Mehl und Süßigkeiten zu essen bekamen. Besonders das Kriegsbrot mit seinem reichlichen Kleiegehalt führte den Zähnen mehr Kalk und Nährsalze als bisher zu; dadurch ist eine stärkere Verkalkung eingetreten und das Zahnemail besser ausgebildet worden.

Gewerkschaftsbewegung

Einen perfiden Angriff

richten die unter unabhängiger Leitung herausgegebenen „Mitteilungen der Verwaltung an die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes" in Berlin gegen den Genossen Reichsarbeitsminister Bauer. In Nr. 22 der Mitteilungen vom 31. Mai heißt es in einem Artikel: „Der Machtstandpunkt der Berliner Holzindustriellen", in dem über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß berichtet wird, unter anderem:

„Der Eindruck war aber unverkennbar, daß der Vorsitzende auf höhere Weisung seiner vorgesetzten Behörde, des Reichsarbeitsamts, gehandelt hat, an dessen Spitze der Gewerkschaftsführer und Sozialdemokrat Bauer steht, dessen Instruktionen mit großer Wahrscheinlichkeit dahingingen, keine Löhne über 3 M. pro Stunde aufkommen zu lassen."

Hierzu ist zu bemerken, daß der Reichsarbeitsminister dem Schiedsgericht im Holzgewerbe vollständig fern gestanden hat. Wie dem Deutschen Holzarbeiter-Verband selbstverständlich bekannt war, handelte es sich nicht etwa um ein Einigungs- und Schiedsverfahren, dessen Durchführung das Reichsarbeitsministerium auf Grund des § 22 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 übernommen hatte. Vielmehr hatte der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin den im Reichsarbeitsministerium beschäftigten Regierungsrat Dr. Hausmann persönlich ersucht, den unparteiischen Vorsitz in dem Schiedsstreit im Berliner Holzgewerbe zu übernehmen. Von der Uebernahme des Amts ist dem Reichsarbeitsminister überhaupt keine Kenntnis gegeben worden. War es hiernach schon an sich unmöglich, den Vorsitzenden mit Weisungen zu versehen, so ist dies selbstverständlich auch nicht geschehen. Denn der unparteiische Vorsitzende eines Schlichtungsausschusses ist als solcher, gleichgültig, ob er einer Behörde angehört oder nicht, niemandem unterstellt, verwaltet vielmehr das von ihm freiwillig übernommene Amt völlig selbständig unter eigener Verantwortung. Es handelt sich keineswegs um eine dienstliche Tätigkeit.

Das ist selbstverständlich auch der Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes bekannt. Wenn sie trotzdem derartige haltlose und unbegründete Vermutungen ausspricht, so kennzeichnet diese unqualifizierbare Angriffsweise die Mittel, mit denen die unabhängigen Drahtzieher arbeiten, lediglich um politische Gegner zu verdächtigen.

Beendigung des Breslauer Buchdruckerstreiks.

Nach neuntägiger Dauer ist der Breslauer Buchdruckergehilfenstreik durch Vergleich beendet worden. Die Gehilfen unterwarfen sich einem erneuten Schiedsspruch ihres Tarifschiedsgerichts, nachdem sie dem Spruch eines vom Reichsarbeitsamt eingesetzten unparteiischen Schiedsgerichts die Zustimmung versagten. Im wesentlichen ist den Gehilfen nur das zugesprochen worden, was ihnen die Unternehmer durch örtliche Verhandlungen bewilligen wollten. Erreicht haben sie nur den Wegfall eines Maßregelungsparagraphen, auf dessen Aufnahme die Unternehmer bei den örtlichen Verhandlungen absolut bestanden, und der auch der Grund war, weshalb der Streik noch länger dauerte. Während der ganzen Dauer des Streiks erschien in Breslau nicht eine Zeitung.

Eisenbahnerversammlung. Eine im Jägerheim tagende Eisenbahnerversammlung befaßte sich mit der heutigen politischen Lage. Mit elementarer Macht kam die Mißstimmung mit dem herrschenden System, das heute noch auf der Eisenbahn herrscht zur Geltung. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß bei den bevorstehenden Arbeiterratswahlen nur solche Kandidaten gewählt werden dürfen, die die Interessen der Beamten und Arbeiter voll und ganz vertreten.

Tarifbewegung der Groß-Berliner Zeitungsangestellten.

Der Groß-Berliner Zeitungsangestellten hat sich eine wachsende Beunruhigung, hervorgerufen durch die Verschleppungstaktik der Arbeitgeber, bemächtigt. Seit Monaten versuchen die beiden gewerkschaftlichen Organisationen, der Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes und Zentralverband der Handlungsgehilfen, kollektive Verhandlungen herbeizuführen, ohne daß die Arbeitgeber ihrerseits, soweit sie in der Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger organisiert sind, beschlossen haben, keine Sonderabmachungen mit ihren Angestellten mehr zu treffen, sondern kollektiv zu verhandeln. Um über die jetzt zur energischen Durchsetzung der Wünsche der Angestellten erforderlichen Schritte zu beraten, findet am Donnerstag, dem 12. Juni, abends 7 Uhr in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, eine von den beiden freigewerkschaftlichen Organisationen einberufene öffentliche Berufsversammlung aller Angestellten der Groß-Berliner Zeitungsbetriebe statt.

Eine stark besuchte Betriebsversammlung des Paketpostamts, Oranienburger Straße, in der Aula des Friedrich-Gymnasiums beschäftigte sich eingehend mit dem engherzigen Bureaukratismus einiger leitender Personen des Paketpostamts. Der Obmann und Arbeiterrat legte den Versammelten die tieferen Ursachen klar, warum der Zwiespalt zwischen Beamten- und Arbeiterausschuß und der Amtsleitung entstanden ist. Er verurteilte schärfstens den Versuch von reaktionären Beamten, die revolutionären Errungenschaften der Beamten- und Arbeiterschaft beschränken zu wollen. Neumann vom Groß-Berliner Vollzugsrat riet, die alten Vorurteile und den Standesdünkel der Beamten endlich zu verwerfen. Der alte Staat habe in der Beamtenschaft durch strenge Scheidewände zwischen höherer, mittlerer und unterer Beamten- und Arbeiterschaft den Standesdünkel genährt und so bisher die einzelnen Gruppen künstlich von einander getrennt. Die Beamten- und Arbeiterschaft der Postverwaltung müßte sich von nun an allgemein mit dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit erfüllen und im Dienste für das ganze Volk und durch das Volk ihre Lage zu verbessern suchen. Postrat Kaiser von der Oberpostdirektion versprach, daß die schwebende Angelegenheit zwischen Beamten- und Arbeiterrat und Amtsleitung unparteiisch untersucht und zur Zufriedenheit des Personals geklärt werden würde.

Schmidt vom Transportarbeiterverband forderte das mitbestimmende Recht für die Ausschüsse. In der nachfolgenden freien Aussprache traten deutlich Zweifel aus der Versammlung auf, ob man den Versprechungen der Behörde Glauben schenken solle, wenn nicht entschlossene und allgemein befriedigende Taten folgen würden. Die Versammlung gab in einer Entschließung den festen Willen kund, daß sie im Geist der neuen Zeit treu hinter ihrem gewählten Ausschuß stehe.

Die örtlichen Beamten- und Arbeiterausschüsse der Postämter von Pankow, Reinickendorf und Niederschönhausen faßten in einer Versammlung folgende Entschließung: Nachdem die von den einzelnen Ausschüssen der Postämter an das Reichspostamt und das Reichsfinanzministerium gerichteten Eingaben ergebnislos geblieben sind, wird nunmehr gemeinsam erneut und dringend gefordert, die Teurungszulage der Klasse A der Beamten der nördlichen Vororte, rückwirkend vom 1. Januar 1919 ab sofort zu bewilligen, da die Lebensführung in den nördlichen Vororten um nichts billiger ist als in Berlin. Diese Tatsache wird allein dadurch bewiesen, daß den Gemeindebeamten der drei nördlichen Vororte und auch den preußischen Beamten in Reinickendorf die höheren Teuerungszulagen der Klasse A bereits gezahlt sind. Die Zurücksetzung der Reichsbeamten hat zu einer großen Erbitterung der Beamtenschaft geführt, die sich stellenweise schon in Streikdrohungen Luft gemacht hat. Es ist nur den örtlichen Ausschüssen mit vieler Mühe bisher gelungen, das Personal von seinem der Allgemeinheit schädlichen Vorhaben zurückzuhalten. Eine sofortige Regelung nach Berliner Grundsätzen kann die Ruhe wieder herstellen. Die Beamtenausschüsse der nördlichen Vororte hoffen, daß die vorgesetzten Behörden ihnen das nötige Verständnis entgegenbringen werden.

Deutscher Metallarbeiterverband. Donnerstag, den 12. Juni, abends 5 Uhr, Versammlung aller in den Knopf- und Korsettstangenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 1). Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission über unsere Lohnforderung. 2. Diskussion.

Abends 5½ Uhr: Branchenversammlung der Schraubendreher, Automatenrichter sowie aller in Schraubenfabriken beschäftigten Personen in Graumanns Festsälen, Naunynstr. 27. Tagesordnung: 1. Bericht über das Ergebnis der Hauptausschußverhandlung betreffs der Entlohnung der Schraubendreherinnen. 2. Stellungnahme zu den Abänderungsvorschlägen der Unternehmer über einzelne Punkte des Branchenbeschlusses. 3. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Abends 6½ Uhr: Branchenversammlung aller Aufzugsmontöre und Helfer im Patzenhofer Bierpalast, Friedrichstr. 134. Tagesordnung: Fortsetzung der Branchenversammlung vom 3. Juni 1919.

Kassenboten und Einkassierer aus den Generalagenturen und Assekuranzbureaus der Versicherungsbranche. Zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der in den Berliner Generalagenturen und Assekuranzbureaus tätigen Kassenboten und Einkassierer ersuchen wir dieselben um sofortige Einsendung ihrer Adresse und Firma an den Kollegen Friedrich Luckow, Berlin N. 113, Carmen-Sylvastr. 29.

Einkassierer, Einnehmer, Kassenboten, Hausdiener und Lagerarbeiter aus den Bank-, Abzahlungs-, Nähmaschinen-, Versicherungs-, Automaten- und Engrosgeschäften! Donnerstag, den 12. Juni, abends 6 Uhr, im „Dresdener Kasino", Dresdener Straße 96, an der Prinzenstraße, Branchenversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Rätesystem und Demokratie". 2. Diskussion. 3. Die Lohnbewegung der Kassenboten aus den kleineren Versicherungsgesellschaften. 4. Die Antwort der „Volksfürsorge"-Hamburg und unsere weitere Stellungnahme zu derselben. 5. Branchenangelegenheiten.

Verband der Porzellanarbeiter. Emaillebranche: Heute, Mittwoch, abends 6 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21, Branchensitzung. Schildermaler: Freitag, 13. Juni, abends 7 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21, Branchensitzung. Auszahlung der Streikunterstützung.

Soziales.

Schlendrian bei Ansprüchen der Kriegsbeschädigten.

Zu dieser kürzlich im „Vorwärts" veröffentlichten Notiz wird uns u. a. geschrieben: Welches ist der Grund, daß die Verhältnisse so, wie im „Vorwärts" geschildert, liegen? Es wird in den verschiedensten Versammlungen von den Kriegsbeschädigten eine Entmilitarisierung des Rentenwesens gefordert. Aber das Gegenteil von dem wird von den verantwortlichen Stellen der Versorgungsabteilungen getan. Die Kriegsbeschädigten gehen von der richtigen Erkenntnis aus, daß von demjenigen, den man anständig bezahlt, auch produktive Arbeit geleistet wird. Ein Soldat wird nicht immer jenes Maß von Verantwortungsgefühl in sich tragen wie ein freier Angestellter. Wie sieht es nun in Wirklichkeit aus? Bei der Versorgungsabteilung des Bezirkskommandos III Berlin, Bülowstr. 88, haben nach langen, mühevollen Kämpfen um ihre nackte Existenz etwa 40 ehemalige Feldzugsteilnehmer erreicht, daß sie auf Zivilvertrag angestellt wurden. Am 27. Mai händigte man uns endlich den Vertrag aus und eine Stunde später wurden sämtliche Zivilangestellte zum 30. Juni gekündigt. Ob diese Kollegen mit Eifer und Lust an die Arbeit gehen, ist wohl sehr zweifelhaft, wenn sie es dennoch tun, so einzig und allein aus dem Grunde, weil sie die wirtschaftliche Notlage der Kriegsbeschädigten voll und ganz erkannt haben. Um am 30. Juni nicht ohne eingearbeitete Kräfte zu sein, hat man Freiwillige eingestellt; wenn man auch zurzeit nicht weiß, wo diese hingesetzt werden sollen. Da sie nun aber einmal da sind, so klettert eben einer über den anderen. Wenn diese Zustände noch 14 Tage anhalten, dürfte die Verwirrung sich nur noch vergrößern, so daß bald kein Aktenstück mehr aufzufinden sein wird. Aufgabe der Regierung wäre es, hier energisch zuzufassen und das ganze Versorgungswesen in eine Zivilbehörde umzuwandeln, bei der nicht nur Kapitulanten den Vorrang haben.

Kündigungen während des Lohnkampfes sind ungültig.

Eine Konfektionsfirma hatte vier ihrer Angestellten zum 31. Januar gekündigt. Sie überging damit einen Schiedsspruch der Schlichtungskommission, nach welchem Kündigungen in dieser Zeit für ungültig erklärt worden waren. Infolgedessen klagten die ehemaligen Angestellten jetzt auf Zahlung ihres Gehaltes noch für Februar. Das Gericht war der Ansicht, daß die Kündigung nach dem Schiedsspruch auf keinen Fall hätte stattfinden dürfen, die Kläger also im Recht seien, schlug jedoch vor, das Gehalt zu zahlen, jedoch mit der Verpflichtung von seiten der Kläger, die erhaltene Erwerbslosenunterstützung an die Stadt Berlin zurückzuzahlen. Der Vergleich wurde von beiden Parteien angenommen.

Härten bei der Erwerbslosenfürsorge.

Das berechtigte Bestreben, unlautere Elemente vom Bezug der Unterstützung fernzuhalten, darf nicht zu ungerechtfertigten Härten ausarten. Die leitenden Stellen müssen dafür sorgen, daß an sich gerechtfertigte Bestimmungen keine schikanöse Anwendung finden.

Aus einer Fülle uns vorgetragener Fälle greifen wir folgenden heraus:

Ein Metallarbeiter erhielt bei Aufgabe seiner Beschäftigung am 31. Januar vom Unternehmer eine Abfindung von 300 M. Seit Anfang Februar bezog er Erwerbslosenunterstützung. Am 21. März wurde sie ihm plötzlich entzogen. Grund: er hätte angeben müssen, daß eine Abfindungssumme gezahlt sei. Soweit wird das Verhalten der Fürsorgestelle durch die Vorschriften gestützt.

Nachdem aber die 300 M. aufgebraucht und 8 Wochen verstrichen waren, während welchen der Arbeiter für sich und seine Frau sonst 360 M. Unterstützung zu beziehen berechtigt gewesen wäre, wird ihm auf Vorstelligwerden eröffnet, er bekomme überhaupt keine Unterstützung mehr, da er den Empfang der Abfindungssumme von 300 M. verschwiegen habe. Auch der Hinweis darauf, daß er nicht gewußt habe, daß er zu der Mitteilung verpflichtet gewesen, er auch bei der Anmeldung nicht gefragt worden sei, hat nichts genützt. Es verblieb bei der Ablehnung, auch auf Beschwerde hin.

Ende Mai wurde der Mann noch schwer krank. Er glaubte nun, von der Erwerbslosenfürsorge versichert zu sein. Seinen Angehörigen wurde der Bescheid, seit 21. März sei er abgemeldet.

Warum hat man den Arbeitslosen nicht darauf hingewiesen, damit er innerhalb der gesetzlichen Frist von 3 Wochen die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung hatte?

Bei einer solchen Handhabung wirken an sich vernünftige Vorschriften als Fallstricke zur Sabotierung der Rechte der Arbeitslosen.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen frage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 3. Hof links, 4 Treppen, 4 bis 7. Sonnabends 3 bis 5 Uhr nachmittags her. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

Aller Abonnent 62. Rufen Sie sofort das Mieteinigungsamt, Zimmerstraße 90, an. Die Steigerung ist zu hoch. — **E. B. 40.** Leider ja. — **E. W. 100.** Mit dem ersten desjenigen Monats, der demjenigen folgt, in dem der Steuerpflichtige in Arbeit getreten ist. — **M. M. Cablow.** Fragen Sie bei der Waffenstillstandskommission, Berlin, Budapester Straße 14, an. — **A. W. 35.** Wenn der Gläubiger sich mit der Ratenzahlung nicht einverstanden erklärt und im Besitz eines Urteils ist, kann er trotzdem Pfändung veranlassen. — **O. F. 36.** 1. Ja, noch in einigen Abschnitten. 2. Ja. — **A. J. 121.** 1. Ja. Der Vormund kann jedoch bei der Gemeinde die Fortzahlung der Kriegsunterstützung beantragen. Eine Verurteilung zu einer einmaligen Abfindungssumme ist nicht möglich. Das ist Sache der Vereinbarung mit dem Vormund, mit der Zustimmung des Vormundschaftsgerichtes. Die Höhe des Satzes richtet sich nach dem ortsüblichen Satz der Gemeinde, in der das Kind geboren ist, bezw. erzogen wird. — **A. D. 8.** Ja. — **Wellsow.** Fragen Sie beim Auswärtigen Amt an. — **Idylleg.** 1. Wahrscheinlich ja. 2. und 3. Darauf können Sie die Antwort verweigern. 4. Staatsanwaltschaft. — **W. 57.** Austrittserklärung beim Amtsgericht Charlottenburg. Solange Sie der Kirche angehören, fordert diese auch Kirchensteuern. — **Sasse, Hohenneuendorf.** 1. Erfahren Sie bei dem Amtsvorsteher bezw. Landrat, in dessen Bezirk das Grundstück gelegen ist. 2. Vorläufig sind noch keine Bestimmungen getroffen. — **A. 786.** Das Jugendsekretariat Bellevuestr. 7 erwartet Ihren persönlichen Besuch.

Verantwortlich für Politik Dr. Werner Peiser, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Eine Hausbibliothek gratis für alle Leser des **„Vorwärts"**

Alle Leser des „Vorwärts" erhalten gegen Einsendung des nebenstehenden Gutscheines ein Gratis-Probeheft der rühmlichst bekannten illustrierten Zeitschrift

„Welt und Wissen".

Dieselbe bringt von ersten Schriftstellern gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissenschaften. Jedes Heft enthält etwa 20 Artikel aus allen Wissenschaften.

Die Vielseitigkeit kennzeichnen einige Beispiele:
Die Geschwindigkeit der Gedanken.
Der Wille und dessen Gymnastik.
Die Fernphotographie.
Das Leben der Tiefseefische.
Warum ist die Sonne heiß?
Sind Gedanken übertragbar?
Photographie ohne Licht.
Das Leben unter Wasser.
Wie entsteht eine Zeitung?
Lebensregeln für das Alter.
Hygiene der Geistesarbeit.
Von den Wundern der Natur.
In den Wäldern Sumatras.
Eine Fahrt im Unterseebot.
Wie lange soll man schlafen?
Weshalb frieren wir? usw.

Außerdem erhält jeder Abonnent als Gratisprämie eine große illustrierte **Hausbibliothek gratis** und zwar zu jedem Jahrgang drei Werke, zum Beispiel:
Asien: Land und Leute.
Illustr. Tierkunde.
Bilder aus dem Leben der Pflanze.
Illustr. Buch der Chemie.
Illustr. Buch der Technik.
Illustr. Himmelskunde.
Afrika: Land und Leute.
Im Reiche der Physik usw.

Gutschein für die Leser des **„Vorwärts"**.
An den Verlag „Welt und Wissen", Berlin-Schöneberg, Am Park 11.
Ich bestelle hiermit ein Probeheft kostenlos.
Name: _____
Ort: _____

A. WERTHEIM
G. m. b. H.
Leipziger Straße * Königstraße
Rosenthaler Straße * Moritzplatz
Versand-Abteilung Berlin W 66

Luisianatuch leinenartige Ausrüstung, ca. 77 cm breit . . . . . Meter **10.50**
Blauleinen Drell schwere Qualität, ca. 80 cm breit, für Berufskleidung und Schürzen . . . . . Meter **10.50**
Renforcé feinfadiger Wäschestoff, ca. 80 cm breit . . . . . Meter **11.50**
Roh-Nessel schwere Qualitäten, ca. 80 cm breit . . . . . Meter **11.50**
Hemdentuch kräftige Qualität, ca. 80 cm breit . . . . . Meter **12.50**
Mako-Batist (ausgewasch. Ballonstoff), f. feine Wäsche geeign., □ Meter **13.00**
Blaudruck doppelseitig, ca. 95 cm breit, kräftiges Gewebe, für Kleider und Schürzen **13.50**
Mullwindeln dreifach, ca. 80 × 80 cm **3.25**